

Da gehen wir oder gehe ich mit der Forderung der Arbeiterkammer komplett d'accord, wenn es heißt, mehr Einfluss der öffentlichen Hand bei den Abfallentsorgungsunternehmen und -anlagen, eine Kooperation der Kommunen und des Landes mit den Abfallentsorgungsunternehmen auf Basis von Betreibermodellen mit Einbindung der Interessengemeinschaften. Das wäre ein Weg. Das würde vor allem eine Entsorgungssicherheit, Kostenkontrolle und die Sicherstellung des Einhalts einer rechtlichen Voraussetzung sein bei gleichzeitiger Eliminierung der Planungsunsicherheit der Abfallwirtschaft, die bei den Abfallwirtschaftsunternehmen über künftig zu errichtende Anlagen herrscht. Das würde das beseitigen.

Und wenn wir jetzt reden von einer thermischen Verwertung, dann wäre sichergestellt, dass man sagt, jetzt gibt es einen übergeordneten Verein, der auch mit der dementsprechenden Anlieferung von thermisch verwertbarem Müll den Betrieb einer thermischen Verwertungsanlage sichert – wenn nötig, immer vorausgesetzt, wenn nötig. Vor allem es würde diesem Mülltourismus Einhalt gebieten.

Der große Hauptaspekt wäre, es würde endlich der niedrige Deponiepreis auch den Konsumenten zugute kommen. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 16.17 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dirnberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dirnberger (16.17 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, geschätzte Damen und Herren! (Abg. Schinnerl: „Bist du nicht für eine Senkung der Gebühren?“)

Ja selbstverständlich, keiner bezahlt gerne Abgaben und Gebühren, das steht außer Frage. Nur, Herr Kollege Schinnerl, gesenkt hat der Landesrat keine Wohnnebenkosten, sondern er hat sie gefördert. (Abg. Schinnerl: „Das Bauen ist billiger geworden!“) Das hat ja mit dem Bauen nichts zu tun. Wir reden jetzt von den Wohnungsnebenkosten. (Abg. Schinnerl: „Für die Bürger ist das gesenkt!“)

Nach meinem Wissen werden die Wohnungsnebenkosten wie die Müll-, Wasser- und Abwassergebühren gefördert. Dadurch entsteht für den Bürger, wie du richtig erwähnst, eine Senkung. Das heißt, diese Forderung nach den anderen Landesräten erscheint mir ein bisschen suspekt, weil ja diese Faktoren Abwasser, Wasser und Müll jetzt schon einfließen.

Ich habe mich aber vielmehr zu Wort gemeldet deswegen, heute ist es ja vermieden worden, aber in den vergangenen Diskussionen vor einigen Monaten und in den letzten Jahren ist es immer so durchgekommen, ja die Gemeinden sind die Bösen. Da muss ich schon erwähnen, dass eigentlich der Gesetzgeber – und das ist der Bund und das sind wir, das Land – immer wieder Aufgaben den Gemeinden erteilt. Wir wollen ein sauberes Wasser, wir wollen reine Abwasser dann wieder zufließen lassen und wir wollen natürlich eine reine Umwelt. Das heißt, die Mülltrennung und dergleichen muss funktionieren.

Ich habe mich deshalb ein bisschen umgeschaut in meinen Nachbargemeinden. Durchschnittlich zahlt der Bürger 50 Schilling für das Wasser, 100 Schilling

für das Abwasser und 50 Schilling für die Müllbeseitigung, Mülltrennung und dergleichen. Das heißt 200 Schilling pro Monat und Person. Und Majcen Franz hat es schon erwähnt, wenn man dann vergleicht, was für das Handy und dergleichen ausgegeben wird, dann ist das oft ein Vielfaches.

Mir ist schon bewusst, dass für einzelne sozial schwache Familien natürlich auch 200 Schilling viel Geld sein kann.

Nur eines lass ich nicht zu, dass dann immer hingehackt wird auf die Gemeinden, die vom Gesetz her verpflichtet sind, alle Maßnahmen zu treffen, auch dafür Sorge zu tragen, dass Kostendeckung erreicht wird, aufgefordert, ja sogar dazu verpflichtet sind und schlussendlich dann die Buhmänner sein sollen.

Also irgendwo müssen wir uns schon entscheiden, was wir wollen. Wenn wir eine saubere Umwelt wollen, dann kostet das etwas und das muss jemand zahlen. Und das müssen wir auch bei der Gesetzgebung wissen, schlussendlich bezahlt es immer der Konsument. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 16.19 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landesrätin Mag. Jost-Bleckmann. Ich erteile ihr das Wort.

Landesrätin Mag. Jost-Bleckmann (16.20 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Kollege Majcen hat gesagt, das ist ein realistischer Bericht, der uns sagt, wo etwas möglich ist. Nur, wenn du diesen Bericht aufmerksam gelesen hast, dann wirst du schon auch nachgelesen haben, dass es hier einige Möglichkeiten gäbe, hier noch etwas zu tun. Und da liegt es einerseits am Landtag, andererseits an der Regierung und andererseits auch an der Bundesregierung etwas zu tun. Und es gäbe noch sehr viel zu tun. Das ist für mich der Punkt.

Einerseits gäbe es die Möglichkeit, hier diesen Landtagsbeschluss umzusetzen. Das ist ein Beschluss, den wir gemeinsam hier gefasst haben, dass hier etwas zu tun ist in diesem Bereich, dass hier die Landesregierung aufgefordert wird, das, was in ihren Möglichkeiten steht, zu tun.

Es gäbe hier Möglichkeiten im Raumordnungsbereich – würde ja auch mich betreffen. Es war der Landtag derzeit leider noch nicht in der Lage, hier zu endgültigen Verhandlungen zu kommen, weil das ja einerseits von der ÖVP, andererseits von der SPÖ verhindert wird, dass es hier überhaupt zu Unterausschussverhandlungsterminen kommt beziehungsweise es wird ewig dahingezogen, damit es noch zu keinem Entschluss und somit auch zu keiner Verbesserung für die Bürger kommt. (Abg. Dirnberger: „Was soll da billiger werden?“) Es gäbe Möglichkeiten, nur muss man es auch hineinschreiben. (Abg. Dirnberger: „Was wird billiger?“)

Es geht einmal darum, dass überhaupt ein Termin stattfindet, lieber Kollege, dass bei den Einkaufszentrenverordnungen und bei diesen Bereichen hier auch der Unterausschuss endlich zu einem Ergebnis kommt und nicht immer herumgeredet und sich vor jeder politischen Verantwortung gedrückt wird. Es geht darum, dass auch hier im Landtag einmal Ent-

scheidungen getroffen werden und nicht gesagt wird, jetzt schieben wir wieder alles auf die lange Bank und warten, bis irgendwann einmal irgendwas passiert. (Beifall bei der FPÖ.)

Dann und nur dann können wir für die Bürger etwas verändern. Ich glaube, das weißt du selber auch.

Die andere Möglichkeit, steht auch in diesem Bericht, die Rechtsabteilung 7 schreibt es hier, bei den Kanalisationsbeiträgen könnte auch etwas gemacht werden. Ja auch hier vermisse ich schon irgendwie eine Initiative von irgendeiner Seite. Und da gehe ich schon davon aus und bin sehr enttäuscht, dass es seitens der anderen Regierungsmitglieder zu keiner Initiative gekommen ist. Denn wenn hier ein ordentlicher Antrag eingebracht worden wäre, der es geschafft hätte auch zu einer Reduzierung bei den Kanalisationsbeiträgen beizutragen, dann hätten die Gemeinden sicherlich etwas unternommen. Es ist schon sehr sonderbar, dass wir so viele unterschiedliche Beitragsarten haben und so viele unterschiedliche Berechnungen haben, dass wir Beiträge nicht nur von den Bereichen, von denen du gesprochen hast, sondern Beiträge von 50 bis 1500 Schilling haben beim Kanal. Beim Wasser gibt es sogar Unterschiede von 5 bis 500 Schilling.

Da fragt sich doch jeder Bürger, hier habe ich eine Gemeinde, wo ich 5 Schilling für das Wasser zahle, in der Gemeinde nebenan muss ich 500 Schilling zahlen. Das ist eben die Frage, wie das da hier zustande kommt. Hier wäre es auch höchst an der Zeit gewesen. Leider ist nichts passiert in diesem Bereich – Kanalisationsbeitrag auch ewige Verhandlungen, die zu keinem Ende geführt haben.

Und das ist schon für mich sehr erfreulich, dass das Einzige, wo etwas passiert ist und der Einzige, der sich Gedanken gemacht hat, wo man hier wirklich helfen könnte, der damalige Referent, der Herr Landesrat und jetzige Minister Schmid ist. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich weiß schon, dass das hier nicht gerne gehört wird, aber er war der Einzige von den Regierungsmitgliedern, der diesem Auftrag des Landtags, der ja ein gemeinsamer Auftrag war, nachgekommen ist und sich überlegt hat, wo kann ich wirklich helfen und wo kann ich hier etwas beitragen. Und dann ist es eben auch, weil es ja alle beschlossen haben – die SPÖ nur halb, die hat ja da nicht ganz mitbeschlossen –, zu diesem gemeinsamen Beschluss bei der Wohnbeihilfe-Neu gekommen.

Und dann, Kollege Majcen, zeige mir den, der das Auto „Mausi 1“ fährt, der auch noch die Wohnbeihilfe kassiert und bekommt. Weil damit sind wirklich nur die gemeint, die wirklich Armen, denen wir auch damit geholfen haben, die sonst mit 8500 bis 10.000 Schilling auskommen müssen und sich teilweise das Wohnen gar nicht leisten können, die hier diese Zuschüsse kriegen. Da müsst ihr euch einmal anschauen, welche Bereiche das sind. Da würde ich echt bitten, mir diesen zu zeigen, der hier dieses Wunschkennzeichen hat und dann auch noch Wohnbeihilfe bezieht. Weil wenn ich mit 8000 bis 10.000 Schilling im Monat auskommen muss, dann schaue ich mir das schon an, wie ich mir dann ein Wunschkennzeichen leisten kann. Ich weiß nicht, was das kostet, ein Wunschkennzeichen, ich glaube 1000 bis

3000 Schilling. Da möchte ich wirklich wissen, wer das ist, weil wir uns hier wirklich bemüht haben, da zu helfen, wo es notwendig ist, wo die echten Bedürfnisse sind.

Wenn wir jetzt zu dem Unselbstständigen Entschliebungsantrag kommen, dann frage ich mich schon, wenn hier so vorgegangen wird, dass hier an die Bundesregierung herangetreten wird – wir würden uns auch freuen, wenn hier nichts gekürzt wird –, warum wurden dann, nachdem der Herr Landesfinanzreferent ja da so gut gearbeitet hat, 300 Millionen dem Wohnbau weggenommen? Warum sind hier die Gelder entnommen worden, wenn man jetzt meint, es darf hier doch ja nichts passieren bei den Zweckzuschüssen? Wenn es möglich ist, hier Gelder zu entziehen und dem Budget zuzuführen, dann brauchen wir uns nicht wundern, dass dann der Finanzminister sich vielleicht überlegt, wenn es da möglich ist etwas abzuzwacken, dann kann ich mir von diesem Geld auch etwas holen. Denn wir wissen alle, dass uns diese 300 Millionen, die der Landesfinanzreferent uns pro Jahr wegnimmt, vielleicht nicht heute fehlen werden, aber dieses Geld wird bei einer langfristigen Berechnung dem Wohnbau fehlen. Und das wissen Sie alle, die das beschlossen haben, dass diese Wohnbaugelder hier eben nicht dem Wohnbau zugute kommen, sondern dem Budget einverleibt werden, um damit vielleicht wieder beim Fernseh- und Rundfunkschilling ein bisschen aufzufetten oder in anderen Bereichen aufzufetten (Abg. Mag. Erlitz: „Kommt auch den Menschen zugute!“) und wir dann langfristig den Wohnbau doch nicht finanzieren können. Das wissen Sie heute. Sie haben das vollen Wissens beschlossen und tragen selber dazu bei, dass der Bundesfinanzreferent auf Grund dessen sich jetzt auch überlegt, na, wenn das möglich ist, dann kann ich ja insgesamt auch diese Zweckzuschüsse hier verhindern und reduzieren. Das ist nämlich der Grund.

Und da ist es dann sehr scheinheilig, sich hier hinzustellen und zu sagen, jetzt werden sie aber aufgefordert, das nicht zu tun. Sie haben den ersten Schritt gesetzt, die erste Tat gesetzt, dass hier überhaupt Überlegungen angestellt worden sind. Und da sollen Sie einmal vor der eigenen Tür kehren, bevor Sie dann großartig hier was verkünden. (Beifall bei der FPÖ. – 16.26 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile es ihm.

Abg. Majcen (16.26 Uhr): Ich muss mich deswegen zu Wort melden, weil die Nachfolgerin des einzigen Landesrates, der jemals etwas für den Wohnbau getan hat (Beifall bei der FPÖ.), möglicherweise noch nicht den Unterschied erkannt hat zwischen dem Sitzen da und dem Sitzen dort oder vielleicht eine Mischrolle einnimmt. Deswegen muss ich schon Folgendes sagen.

Zu den Unterausschussverhandlungen in der Raumordnung hier sich herzustellen und zu sagen, wir verzögern oder wir behindern, ist ein starkes Stück, weil – und ich habe das schon mehrmals ausgeführt – wenn die Rechnung so lautet, wie sie jemand im Auftrag des damaligen besten Landesrates, den der Wohnbau in der Steiermark jemals gehabt hat (Beifall

bei der FPÖ.), bei einer Sitzung in der Grazer Burg sagt, es hat 22 Termine gegeben, die von der ÖVP und von der SPÖ abgesagt wurden, dann ist das falsch. Es hat 22 Terminvorschläge gegeben. (Landesrätin Mag. Jost-Bleckmann: „Die alle nicht in Anspruch genommen worden sind!“) Nein, und es ist unfair zu sagen, vier haben wir euch gegeben, ihr habt nur einen davon genommen, da sind drei abgesagt dabei. So kann es nicht gehen und die Rechnung ist falsch.

Abgesehen davon haben wir uns sowohl beim Baugesetz als auch beim Raumordnungsgesetz geeinigt auf das Einsetzen von Untergruppen, die getagt haben, zu den Bereichen Seveso, zu den Bereichen Einkaufszentren und so weiter. Das heißt, die Verhandlungen sind außerhalb des Unterausschusses wie vereinbart weitergegangen. (Landesrätin Mag. Jost-Bleckmann: „Ist es euer Wille, das jetzt noch abzuschließen?“)

Und ich habe hier einen Brief, den ich selber am 8. März an den Herrn Schinnerl geschrieben habe mit der Bitte die Raumordnungsunterausschüsse weiter fortzusetzen, so rasch als möglich, weil wir zu den Seveso-Richtlinien kommen wollen, weil wir zu den Punkten, bei denen wir gesagt haben, die könnte man vielleicht vor der Landtagswahl noch beschließen, kommen wollen – auch mit eurer Zustimmung.

Daher ist es falsch – und deswegen habe ich diese Wortmeldung abgegeben –, wenn die Frau Landesrätin hier sagt, wir haben etwas behindert, verzögert, blockiert oder sonst was. Wir möchten auch fertig werden.

Und was die Einkaufszentren mit den Wohnnebenkosten zu tun haben, da bin ich mir noch nicht ganz klar. Allerdings sind das vielleicht auch Nebenkosten, die Entfernung von der Wohnung zum Einkaufsmarkt und vielleicht wird das dann billiger, wenn mehr Einkaufszentren entstehen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 16.29 Uhr.)

Präsident: Frau Landesrätin, ich erteile Ihnen das Wort.

Landesrätin Mag. Jost-Bleckmann (16.29 Uhr): Da muss ich schon noch einmal kurz etwas dazu sagen, lieber Kollege. Auch wenn ich jetzt auf der Regierungsbank sitze, wird es mich nicht daran hindern, meine Wortmeldung in dem Sinne abzugeben, wie ich meine, dass sie richtig ist, und nicht, wie du es vielleicht gerne hören würdest. Das einmal vorab. (Beifall bei der FPÖ.)

Dein Wort in Gottes Ohr. Ich bin die Erste, die sich freut, wenn wir hier in den Bereichen, die du genannt hast, Seveso, das ist ja hoffentlich doch schon abgeschlossen, Einkaufszentren und vielleicht noch in dem einen oder anderen Punkt wirklich zu einem Abschluss kommen könnten. Denn es hat für mich wirklich – und das habe ich noch im Landtag live erlebt – sehr danach ausgesaut, dass überhaupt kein Wunsch besteht, hier die Raumordnungsverhandlungen, aber auch nur überhaupt, zu irgendeinem Abschluss zu bringen. Weil da sind einige Bereiche drinnen, die zu vielen Erleichterungen führen könnten, vor allem für die Gemeinden und für

die Bürger, wenn wir auch vom Bauland und von diesen Bereichen reden. Also da wäre etwas drin, aber das ist der Bereich, den ihr sowieso nicht regeln wollt und der euch derzeit sowieso nicht interessant. Also da wäre sehr wohl etwas möglich. Das möchte ich schon sagen. Und wo ein Wille, da ein Weg. Und das haben wir schon sehr oft bewiesen, dass man innerhalb von kurzer Zeit sehr wohl etwas machen kann, wie mit der Wohnbeihilfe, wo das hier gemeinsam beschlossen worden ist. Und wo kein Wille ist, da ist halt dann auch kein Weg. Das ist leider beim Kanalisationsbeitrag passiert und wird leider bei anderen Dingen halt auch passieren. (Beifall bei der FPÖ. – 16.31 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wir kommen zu den Abstimmungen.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ und ÖVP, betreffend Wohnbauförderung, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

12. Bericht des Ausschusses für Vereinbarungen und Staatsverträge über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1318/3, zum Beschluss Nr. 1591 des Steiermärkischen Landtages vom 14. Dezember 1999 über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger und Kröpfl, betreffend legislative Vorkehrungen für die spätere Umsetzung der Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über die Einführung eines einheitlichen Energieausweises für Gebäude.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Heibl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Heibl (16.31 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Diese Vorlage gründet auf einem Antrag von Dipl.-Ing. Getzinger und Kröpfl, betreffend legislative Vorkehrungen für die spätere Umsetzung der Vereinbarung gemäß Artikel 15 a über die Einführung eines einheitlichen Energieausweises für Gebäude.

Dazu berichtet die Rechtsabteilung 14:

Das Österreichische Institut für Bautechnik bearbeitet derzeit als Koordinierungsstelle der Bundesländer die Form und den Inhalt des Energieausweises für Gebäude. Gleichzeitig wird auch im Österreichischen Normungsinstitut an einer Vereinheitlichung des Energieausweises für Gebäude gearbeitet. Da sich die Vertreter der österreichischen Bundesländer über die unbedingt notwendigen thermischen Gebäudekennwerte und der dazugehörigen Berechnungsmethode noch nicht einig sind, ist die derzeitige Einführung eines Energieausweises für Gebäude bauphysikalisch nicht sinnvoll.

Weiters wird berichtet: Die Heizwärmebedarfsberechnung wird bereits seit zirka einem Jahr im Geschoßbauförderungsbereich in der Steiermark vollzogen.

Für die Vereinheitlichung der Berechnungsmethode sind zahlreiche Vergleichsberechnungen erforderlich. Diese benötigen eine entsprechende Zeit. Der Energieausweis allein ist ohne anerkannte Rechenmethode des Heizwärmebedarfs als Regel der Technik nicht wirksam. Voraussichtlich wird es sich noch in diesem Jahr entscheiden, ob in allen Bundesländern einheitlich der Heizwärmebedarf nachgewiesen wird.

Sollte dies nicht möglich sein, wäre eventuell die Rechtsabteilung-14- und Fachabteilung-1 a-Methode als Regel der Technik im Sinne der Paragraphen 4 bis 6 der Wärmedämmverordnung, LGBl. Nr. 103/1996 im Baurecht gemeinsam mit dem dazugehörigen Energieausweis einzuführen.

Die Rechtsabteilung 3 gibt folgende Stellungnahme ab:

Die Ausarbeitung von Novellierungsentwürfen auf dem derzeitigen Entwurfsstand der Vereinbarung gemäß Artikel 15 a über die Einführung eines einheitlichen Energieausweises für Gebäude wird aus Sicht der Rechtsabteilung 3 zum derzeitigen Zeitpunkt nicht als zweckmäßig erachtet.

Ein vorzeitiger Beschluss des Landtages könnte insofern einen Widerspruch zu einem späteren Verhandlungsergebnis, betreffend eine Artikel-15 a-Vereinbarung, darstellen.

Zusammenfassend wäre daher festzuhalten:

Eine inhaltliche Verankerung des einheitlichen Energieausweises im Steiermärkischen Baugesetz wäre grundsätzlich zu begrüßen.

Wie allerdings vor allem aus der Stellungnahme der Rechtsabteilung 3 hervorgeht, wäre es unter Umständen kontraproduktiv, zum gegenwärtigen Zeitpunkt einen entsprechenden Landtagsbeschluss zu bewirken.

Darüber hinaus erscheint eine inhaltliche Berücksichtigung des Landtagsbeschlusses vom 14. Dezember 1999 im Steiermärkischen Baugesetz vollkommen ausreichend zu sein, da die Bestimmungen dieses Gesetzes auch bei der Errichtung oder Sanierung geförderter Bauten einzuhalten sind.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1591 des Steiermärkischen Landtages vom 14. Dezember 1999 über den Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger und Kröpfel, betreffend legislative Vorkehrungen für die spätere Umsetzung der Vereinbarung gemäß Artikel 15 a über die Einführung eines einheitlichen Energieausweises für Gebäude, wird als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen. (16.35 Uhr.)

Präsident: Ich bedanke mich und erteile dem Herrn Berichterstatter auch als Redner das Wort.

Abg. Heibl (16.35 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist uns allen bekannt, dass die Hälfte des Energieverbrauches in unserem Land – und wir haben ja durchaus schon öfter darüber gesprochen – für die Raumheizung benötigt wird, also im engen Zusammenhang mit Gebäuden steht.

Aber es steht auch fest, dass der wirtschaftliche Druck auf Bauherren, ob das jetzt Private sind oder die öffentliche Hand, nicht sehr groß ist und daher die Energieeinsparung bei Gebäuden eher so am Rande behandelt wird. Es gibt einen eindeutigen Trend bei Gebäuden, der geht in folgende Richtung: Angestrebt werden geringe Errichtungskosten, das heißt geringe Anfangskosten. Es gibt durchaus auch eine Vorliebe für technische Gebäudeausrüstungen, also elektrische Anlagen, Klimaanlage et cetera. Und es steckt natürlich auch eine große Branche dahinter oder mehrere Branchen, die wirtschaftliches Interesse haben für diese technischen Ausrichtungen. Daher gibt es hier durchaus unterschiedliche Auffassungen.

Meiner Meinung nach gibt es die größten Möglichkeiten zur Verringerung von Energie im Bereich der Sanierungen – ganz eindeutig. Aber nur bei der Hälfte der Sanierungen wird auch Wärmedämmung betrieben. Und bei den Bauten vor allem der fünfziger, sechziger, siebziger Jahre – damals hat man ja gebaut, um ein Dach im Prinzip über dem Kopf zu haben, und weniger um ein qualitativ hochwertiges Haus zu haben, ein hervorragend isoliertes. Die Fassaden sind meist noch intakt und nicht zu erneuern. Und wenn man jetzt extra die Wärmedämmung bei diesen Gebäuden aus diesen Jahren, wie ich sie jetzt genannt habe, anbringt, dann ist das natürlich eine hohe Investition und die Amortisation, wenn ich nur die Wärmedämmung anbringe, bei etwa zehn bis 20 Jahren, das schreckt so manchen Bauherrn zurück, diese Investition zu tätigen.

Aber, meine Damen und Herren, ganz eindeutig, die ökologische Seite in der Gebäudeplanung gewinnt an Bedeutung. Und der größte Bedarf besteht – und das sagen Fachleute, nicht ich, sondern solche, die sich wirklich auskennen – jedoch bei der passiven Wärmedämmung, Energieeinsparung. Das heißt, hier brauchen wir Planungskonzepte und Vorgaben, wie das funktionieren kann. Es steht natürlich fest, wenn ich einen Baugrund kaufe auf einem Südhang wird er natürlich teurer sein, als wenn ich einen Baugrund auf einem Nordhang erwerbe. Die passive Wärmedämmung Energieeinsparung wird an Bedeutung gewinnen.

Auszeichnungen – und dieser Energieausweis ist ja im Prinzip eine Auszeichnung – sind von großer Bedeutung. Dieser Energieausweis, den wir fordern, muss die Eigenschaft „energiesparend“ einfach so weit bringen, dass das Ganze einen Marktwert hat, dass man dieses Haus, wenn es diesen Energieausweis gibt, auch leichter verkaufen kann, leichter vermieten oder verpachten kann. Das ist der Grund, dass wir diesen Energieausweis einführen sollten, neben den anderen Notwendigkeiten.

Meine Damen und Herren, eine aufregende Architektur alleine ist heute einfach zu wenig. Die Wohnzufriedenheit hängt von vielen Faktoren ab und nicht zuletzt natürlich auch vom Energieverbrauch für dieses Haus, für dieses Gebäude, in dem ich wohne oder in dem ich mein Büro et cetera habe. Es hängt ab, welche Oberflächentemperaturen an den Außenwänden erreicht werden. Es hängt ab, ob Zug in diesem Gebäude vorherrscht, ob Sonneneinfall zur Genüge vorhanden ist.

Der nächste Schritt – das ist zwar nicht in der Vorlage beinhaltet und war auch nicht im Antrag – ist meiner Meinung nach ein Gebäudebuch. Man kann auch sagen ein Gebäudetagebuch, wie immer man will. Und in diesem Buch müssten enthalten sein – das wäre ein Dokument – die Baupläne, ganz logisch, in einfacher Ausführung, die Angaben über Baustoffe, spätere Instandsetzungen, bauliche Veränderungen, Zubauten, natürlich auch der geforderte Energieausweis, wenn es dazu kommt – und wie es aussieht, wird es einen einheitlichen österreichweit in absehbarer Zeit geben. Weil genau die nächste Generation, die diese Wohnbauten und diese Gebäude erben oder erwerben wird, die wir heute bauen, dann die Renovierungen und die Sanierungen in 30, 40, 50 Jahren durchzuführen hat. Und wenn es hier ein Dokument gäbe – dieses Gebäudebuch –, wo enthalten ist, wann was gemacht wurde, mit welchen Materialien und in welcher Ausführung und so weiter, dann würden sich viele Gebäudeeigentümer in der Zukunft leichter tun. Auch bei jedem Verkauf wäre ein derartiges Gebäudebuch ein Vorteil.

Ich bin daher überzeugt, dass der von uns angestrebte Energieausweis eine richtige und gezielte Maßnahme ist, um hochwertige Gebäude zu errichten, aber diese auch hochwertig zu erhalten. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 16.41 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich der Frau Landesrätin Mag. Jost-Bleckmann das Wort.

Landesrätin Mag. Jost-Bleckmann (16.41 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich kann nur anschließen beim Abgeordneten Heibl, dass ich auch glaube, dass dieser Energieausweis eine sehr gute Sache ist, die ehebaldigst gemacht werden sollte. Deshalb habe ich zu dem Ganzen auch dazugeschrieben, dass wir das inzwischen als Zwischenbericht machen, weil ich glaube, wir sollten es auch anstreben, möglichst schnell hier einen Endbericht zu bekommen, der dann lautet: Wir haben jetzt österreichweit einen Energiepass, der genau das alles beinhaltet, was Sie gesagt haben, weil ich eben auch glaube, dass das für die Zukunft etwas sehr Wichtiges ist und auch für die nächste Generation, von der Sie ja gesprochen haben, sicherlich das ist, was an Anforderungen verlangt wird auch an ein Haus, weil dort in meinen Augen auch sicherlich die Zukunft hingeht.

Nur, eines ist dabei nicht zu vergessen, dass wir in der Steiermark hier schon sehr gut sind. Wir haben hier sehr viel aufgeholt. Wir sind inzwischen schon an dritter Stelle bei den Niedrigenergiehäusern. Ich habe erst letzte Woche das tausendste Niedrigenergiehaus in der Steiermark sozusagen eröffnet, die ja alle Förderungen bekommen und hier ja von unserer Seite, seitens des Landes eine sehr gute Förderung erhalten, dass also unterstützt wird, dass es hier Niedrigenergiehäuser gibt. Insofern ist ja auch schon zu überlegen, ob man denn nicht bei der Niedrigenergie die 65-Grenze auf 60 reduziert.

Also es gibt hier einiges zu tun und ich glaube auch, dass es beiträgt zur besseren Vermarktung.

Ich möchte nur noch eines dazusagen, bei der Wärmedämmung, die sie als Allererstes angesprochen haben, gibt es auch schon Förderungen. Auch hier wird schon sehr viel getan, weil natürlich hier auch schon erkannt wurde, dass das sehr wichtig ist und dass das auch ein Bereich ist, der gefördert werden sollte und es hier im Bereich seitens der Wohnbauförderung ja schon sehr gute Förderungen gibt, die Sie ja selber sicherlich auch kennen.

Aber insofern hoffe ich, dass wir bald zu dem gemeinsamen österreichweiten Energiepass kommen und diesen Endbericht bald bekommen. Es liegt nicht nur in unserer Macht, sondern das liegt in der österreichweiten Macht, dass man sich hier endlich einigt und eine gemeinsame Vorgangsweise hat. (Beifall bei der FPÖ. – 16.43 Uhr.)

Präsident: Danke sehr!

Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich bitte daher jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, dies durch ein Handzeichen zu bekunden. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich komme zum Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Kontroll-Ausschusses über den Landesrechnungshofbericht Nr. 91, betreffend stichprobenweise Prüfung des Rechnungswesens des Gemeinnützigen Steirischen Wohnungsunternehmens Frohnleiten Ges.m.b.H., 8130 Frohnleiten, Mayr-Melnhof-Straße 14.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (16.44 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Ich berichte: Der Kontroll-Ausschuss hat in seinen Sitzungen am 14. September 1999, 12. Oktober 1999 und am 9. Mai 2000 über den Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 91, betreffend die stichprobenweise Prüfung des Rechnungswesens des Gemeinnützigen Steirischen Wohnungsunternehmens Frohnleiten Ges.m.b.H., 8130 Frohnleiten, Mayr-Melnhof-Straße 14, Einl.-Zahl 1472/1 beraten und nachstehenden Beschluss gefasst:

Der Kontroll-Ausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 91, betreffend die stichprobenweise Prüfung des Rechnungswesens des Gemeinnützigen Steirischen Wohnungsunternehmens Frohnleiten Ges.m.b.H., 8130 Frohnleiten, Mayr-Melnhof-Straße 14 wird zur Kenntnis genommen. (16.45 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Ich darf Ihnen auch das Wort als Redner erteilen.

Abg. List (16.45 Uhr): Geschätzter Herr Präsident Dipl.-Ing. Hasiba, beste steirische Frau Landesrätin für den Wohnbau zuständig, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Wir haben hier einen Landesrechnungshofbericht, der im wahrsten Sinne des Wortes ein „schwarzer“ Bericht, ein „dunkelschwarzer“ Bericht ist.

Der Landesrechnungshof hat bei diesem Bericht eine Fülle von kritischen Bemerkungen festgestellt und aufgezeigt. Der Prüfungszeitraum erstreckt sich auf insgesamt fünf Jahre, von 1993 bis 1997. Dabei wurde kritisch angemerkt, dass die Jahresabschlüsse 1995 und 1996 besonders verspätet erstellt wurden.

In mehreren Fällen hat dieser Wohnbauträger die Einjahresfrist für die Endabrechnung von Bauprojekten nicht eingehalten und verspätet nachgereicht.

Weiters stellt der Landesrechnungshof fest, dass Einsparungen im gesamten Bereich der Repräsentationskosten und Werbungen möglich gewesen wären und er distanziert sich von der Meinung des Wohnbauträgers. Gewisse Aufwendungen haben eher einen Spendencharakter als einen Werbecharakter. So werden beispielsweise eine Werbetafel für den Wohnbauträger in Frohnleiten angeführt und bestimmte Pokale, die für verschiedene Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden. Oder etwa die 100.000 Schilling an Spenden sind fraglich, die an den Malteser-Hospitaldienst überwiesen wurden. Diese drei Beispiele aus dem Repräsentationsbereich zeigen, dass sie eher Spendencharakter und nicht Werbecharakter haben.

Auch einen Pachtvertrag, den die Bauvereinigung Frohnleiten mit der Betriebsgesellschaft „Altenheim Schloß Weyer“ abgeschlossen hat, kritisiert der Landesrechnungshof, da er mit einer gemeinnützigen Genossenschaft nichts zu tun hat. Hier wird festgestellt, dass nämlich durch den pauschalierten Pachtzins von rund 600.000 Schilling im Jahr der Siedlungsgenossenschaft erhebliche und nicht unbeträchtliche Verluste im Laufe der Zeit entstanden sind. So wird aufgezeigt, dass 1996 insgesamt 430.000 Schilling und 1997 rund 222.000 Schilling an Verlusten von der Wohnbaugenossenschaft getragen wurden. All diese Verluste wären vermeidbar gewesen, wurden aber bewusst vom Bauträger in Kauf genommen.

Diese Abgänge, geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, müssen alle Mieter des Wohnbauträgers zahlen.

Insgesamt im allgemeinen Bereich stellt der Landesrechnungshof fest, dass Einsparungen und Verbesserungen in fast allen wirtschaftlichen Bereichen möglich gewesen wären und auch möglich sind.

Der echte Skandal aber in diesem Rechnungshofbericht, der zu Lasten der Mieter geht, liegt beim Personalaufwand. Die Gemeinnützigkeit wird gemein zur Eigennützigkeit, könnte der Slogan beim Personalaufwand durch den gesamten Rechnungshofbericht sein. Hier gibt es äußerst strittige Vergünstigungen für den Wohnbaumanager dieser Bauvereinigung.

Am 31. März 1997 wurde der Herr Ing. Alois Kálnoky als Geschäftsführer aus dem Betrieb entlassen. Das bedeutet, er ist ausgeschieden und hat dabei eine Abfertigung von 387.453 Schilling brutto ausbezahlt bekommen. Auch die Pensionsanwartschaft in der Höhe von 7.015.558 Schilling wurde abgefunden. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen, eine Pensionsanwartschaft wurde ab-

gefunden in der Höhe von über 7 Millionen Schilling. Gemeinnützigkeit – der Slogan wieder – wird gemein zur Eigennützigkeit, oder besser schon wieder könnte man sagen. Diese Pensionsabfertigung, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages, kollidiert massivst mit der Gemeinnützigkeit eines gemeinnützigen Wohnbauträgers. Auch der Revisionsverband äußerte ähnliche Zweifel.

Tags darauf vom 31. März, am 1. April 1997, wurde der Geschäftsführer wieder eingestellt mit einer 50-prozentigen Beschäftigung mit einem monatlichen Bruttogehalt von 50.000 Schilling. Das wurde im Dienstvertrag festgelegt. Jetzt geht es erst richtig los, Gemeinnützigkeit wird gemein zur Eigennützigkeit.

Zu diesem Teilzeitvertrag und auch schon im vorigen Vertrag größtenteils beinhaltet, bekommt der Geschäftsführer jetzt eine Dienstvilla, ein Dienstauto weiterhin und zusätzlich Sonderhonorare.

Die unentgeltlich zur Verfügung gestellte Dienstwohnung ist nämlich ein vom Geschäftsführer selbst privat erbautes Objekt, das vom Herrn Mayr-Melnhof erworben worden ist. Gleichzeitig wurde dieses Objekt, nachdem es vom Herrn Mayr-Melnhof erworben wurde, wiederum dem Geschäftsführer überlassen, sozusagen als Dienstwohnung. Die Betriebskosten, die jährlichen, werden ebenfalls von der Siedlungsgenossenschaft bezahlt. Für Heizung, Beleuchtung und ähnliche Dinge werden jährlich rund 140.000 Schilling von der Siedlungsgenossenschaft für den Geschäftsführer berappt. Gemeinnützigkeit wird wiederum gemein zur Eigennützigkeit!

Man kann hier zweifelsohne Mutmaßungen anstellen, sollte dieser neue Dienstvertrag mit dem Herrn Ing. Kálnoky gelöst werden, ob es hier nicht zu einer Delogierung kommt oder ob er diese unentgeltlich zur Verfügung gestellte Dienstwohnung verlassen muss. Ich denke einmal, der Herr Ing. Kálnoky und die Wohnbaugenossenschaft werden sicher eine gemeinsame Lösung finden und sich einigen, dass vermutlich doch der Herr Ing. Kálnoky weiterhin in der Dienstwohnung bleiben kann, sollte der Vertrag irgendwann einmal gelöst werden.

Der Herr Ing. Kálnoky hat ein Dienstauto. Auch bei dieser Prüfung – nachdem der Landesrechnungshof diese Siedlungsgenossenschaft bereits einmal geprüft hat – war wieder kein Fahrtenbuch auffindbar. Es konnte kein Fahrtenbuch für das Dienstauto vorgelegt werden. Der Geschäftsführer gab an, dass das im Zuge eines Autowechsels – das Fahrtenbuch – angeblich verloren gegangen sei und er – aus welchen Gründen auch immer – eine Fortführung übersehen hatte.

Hier wird bewusst verabsäumt, eine Trennung der Fahrten zwischen privat und dienstlich vorzunehmen. Hier wird alles vermengt. Es sind alles dienstliche Fahrten, die der Herr Ing. Kálnoky für die Siedlungsgenossenschaft durchführt und tätigt.

Ich glaube, dass auch dieses Verhalten, speziell im Bereich des Fahrtenbuches, steuerrechtlich zu prüfen wäre. Es wird hier wieder die Gemeinnützigkeit gemein zur Eigennützigkeit für den Herrn Ing. Kálnoky.

Gleichzeitig – und das schlägt wirklich dem Fass den Boden aus – wird ein Sonderhonorar je fertiggestellter Wohneinheit in der Höhe von 3500 Schilling dem Herrn Geschäftsführer zugestanden. Das be-

deutet im gegenwärtigen laufenden Programm, das für zwei Jahre noch läuft – in diesem Programm sind dem Wohnungsunternehmer rund 150 Wohneinheiten zugesichert worden –, dass der Geschäftsführer mit weiteren 500.000 Schilling rechnen wird können. Logische Folge: „Gemeinnützigkeit wird gemein zur Eigennützigkeit!“

Diese Vorgangsweise des Bauträgers, das wiederholte Ausscheiden und Wiedereinstellen des Geschäftsführers, das ja bereits 1987 passierte und 1997, wie kurz vorgetragen, jetzt wiederum passierte, ist einzigartig, ungewöhnlich und auch sehr, sehr bedenklich in der Steiermark.

Bei diesen Vorgangsweisen handelt es sich, wörtlich den Landesrechnungshof zitiert, „um eine reine Geldbeschaffung für den Geschäftsführer, was nicht den Grundsätzen der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit eines Wohnbauträgers entspricht“.

Auch stellt der Landesrechnungshof in diesem Bericht in seinen Ausführungen fest, dass der Aufsichtsrat beim neuen Dienstvertrag für den Herrn Ing. Kálnoky, aus welchen Gründen auch immer, seiner Aufsichtspflicht nicht nachgekommen ist.

Und das alles zu Lasten der Mieter für die Vergünstigungen des Geschäftsführers.

Ich habe auch kein Verständnis für die hilflosen Versuche – möchte ich einmal so sagen – einer Pflichtverteidigung im Kontroll-Ausschuss der Kollegen Purr, Riebenbauer und auch eines Kollegen Ing. Hans Löcker, den ich sehr schätze. Ich hätte es eher erwartet, dass ihr, meine werten Kollegen, hier eine klare Distanzierung von dieser reinen Geldbeschaffungsangelegenheit für den Geschäftsführer vorgenommen hättet. Aber das war nicht der Fall. Man weiß auch die Gründe, warum das nicht der Fall war.

Wäre es aber ein anderer Wohnbauträger gewesen, der mit anderen handelnden Personen ähnliche Missstände getätigt hätte, wäre sicherlich diese Alibi-handlung, die im Kontroll-Ausschuss getätigt wurde, ausgeblieben. Ich glaube auch, dass ihr, werte Kollegen von der ÖVP, hier ein volles Programm gegen diese Missstände und gegen den Wohnbauträger gefahren wärt und nicht nach Parallelitäten gesucht hättet, die im weitesten Sinne zum Fall oder zum so genannten Fall der Frau Dr. Annelie Hochkofler führen sollten.

In der Steiermark legen von 32 Wohnbauträgern 31 den Begriff „Gemeinnützigkeit“ korrekt aus und setzen diesen in allen ihren Bereichen gewissenhaft und korrekt um. Hier ist das nicht der Fall. Die Gemeinnützigkeit gemein exzessiv zur Eigennützigkeit auszunützen ist zwar rechtlich möglich, aber moralisch verwerflich und wird, geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, von uns Freiheitlichen bei der Bauvereinigung Frohnleiten entschieden abgelehnt. (Beifall bei der FPÖ.)

Als Konsequenz zu diesem Landesrechnungshofbericht stellen die Abgeordneten meine Person, Ing. Peinhaupt und Dr. Tremmel einen Unselbstständigen Entschließungsantrag, der wie folgt lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Gemeinnützigen Steirischen Wohnungsunternehmen Frohnleiten Ges.m.b.H., 8130 Frohn-

leiten, Mayr-Melnhof-Straße 14 keine weiteren Wohneinheiten aus dem Wohnbauförderungsprogramm zur Verfügung zu stellen, solange der abgeschlossene Dienstvertrag mit dem Geschäftsführer aus dem Jahre 1997 mit nicht gerechtfertigten Sonderregelungen aufrechterhalten wird.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Unselbstständigen Entschließungsantrag, damit hier diese Missstände beim Gemeinnützigen Wohnbauträger Frohnleiten raschest abgestellt werden können. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 16.57 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer, dem ich es erteile.

Abg. Hagenauer (16.57 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Wir werden dem Entschließungsantrag der Freiheitlichen Partei zustimmen, wie wir auch die Kritik, die vom Herrn Abgeordneten List vorgetragen wurde, teilen.

Herr Kollege List, Ihre Kritik, ich weiß nicht, ob Sie sich dessen bewusst sind, ist haarscharf an einem Misstrauensantrag dem zuständigen Regierungsmitglied gegenüber entlang gegangen. Der Herr Landesrat Schmid ist, wenn ich mich nicht irre, seit zehn Jahren verantwortlich für das Ressort.

Die Meinung, betreffend die letzte Zahl, die Sie genannt haben, dass es sich hier bei dieser Genossenschaft, bei der Frohnleitner, um ein „schwarzes Schaf“ handelt, die teile ich übrigens nicht, denn in der Tat ist es so, dass, wenn wir uns die Landesrechnungshofberichte anschauen, die Kontrollberichte, ein ganzes Dutzend ich Ihnen sofort jetzt auf den Tisch legen könnte, wo mehr oder weniger schwer wiegende Verstöße, etwa im Bereich der Vergabe, aufgetreten sind. Und ich weiß, wovon ich rede bei diesen Sachen.

Im Extremfall, etwa auch eines renommierten Bauträgers, ist es so weit gegangen, dass der Rechnungshof bei der dritten Kontrolle schon etwas indigniert festgestellt hat, dass er sich frage, warum er überhaupt diesen Bauträger noch prüft, wo er doch davon ausgehen muss, dass man bei einer etablierten Genossenschaft nicht sagen kann, das sei die schiere Unkenntnis, sondern dass die ganz genau wissen, was sie machen und ganz bewusst offenbar sich einfach nichts scheren um die Bestimmungen. Und die Rechtsabteilung 14 hat dann so reagiert beziehungsweise das Ressort, dass man bei Anbotsöffnungen – man höre und staune – einen Abgeordneten der Abteilung dann nach Knittelfeld hinaufgeschickt hat, um das Ärgste zu verhindern beziehungsweise die Einhaltung von Normen auf diese Art und Weise zu erzwingen.

Was will ich damit sagen? (Abg. Ing. Löcker: „Ist das ein Geheimnis?“) Ist überhaupt kein Geheimnis. Wir haben in der Steiermark letztlich – das halte ich jetzt der FPÖ zugute, nur der Herr Landesrat, mache ich Sie aufmerksam, ist seit zehn Jahren für das Ressort verantwortlich –, wir haben in der Steiermark traditionell ein System, wo ich mich frage, wie auch im konkreten vorliegenden Fall, ja wie schaut das denn aus mit den Förderungshöhen einmal grundsätzlich, wie schaut

denn das aus, wenn das alles an Untaten, was wir jetzt eindringlich geschildert bekommen haben, wenn das alles drinnen ist? Dieser Bauträger hat ja nicht pleite gemacht, genauso wenig wie andere. Das ist ja offenbar alles drinnen. Könnte es nicht sein, dass hier einfach die Förderungssätze viel zu hoch sind? Könnte es nicht hier sein, dass so etwas wie ein Wettbewerb überhaupt nicht stattfindet, dass es sich hier gewissermaßen um eine geschlossene Gesellschaft handelt seit eh und je?

Ich kann mich erinnern an die Parteienverhandlungen am Beginn dieser Legislaturperiode, wo ein Mysterium der steirischen Landespolitik stattgefunden hat, dass nämlich die Initiative der privaten Baufirmen, man möge sie auch im geförderten Wohnbau tätig werden lassen, nur von den Grünen und von den Liberalen unterstützt wurde. Nur von uns! Die Handelskammer hat bei ihren lieben Kollegen von der ÖVP zum Beispiel keine Unterstützung gefunden für dieses ihr Ansinnen. Und ich frage Sie jetzt an dieser Stelle, wäre das nicht ganz gescheit, wenn man hier auch so etwas wie einen Hauch von Wettbewerb hineinbringen würde oder zumindest – und der Vorwurf geht an den Herrn Landesrat Schmid – radikalere und konsequentere Kontrollmaßnahmen und Sanktionen, um dieses Vokabel in einem wie mir scheint sachlich gerechtfertigten Zusammenhang zu verwenden, Sanktionen einmal endlich riskieren würde? Weil dass man Förderungen nicht konsequent auch kontrolliert, das können Sie mir nicht erzählen. Der Herr Landesrat Pörtl, der da hier ist, wird Ihnen ein Lied davon singen können, wie es einem kleinen Bauern geht, der um ein paar Schilling Förderung nach dem ÖPUL-Programm zum Beispiel ansucht und wie das beinhardt kontrolliert wird und was diese Bauern, die sich ein bisschen um Ökologie bemühen und da ihr Heil suchen in diesem Bereich, was die alles zu vergegenwärtigen haben. Dort geht das. Wahrscheinlich wird diesen Leuten mehr zugemutet als man zumuten sollte. Warum, frage ich mich, ist das nicht großen Wohnbauträgern zumutbar, dass man diese hart an die Kandare nimmt, wo es doch um Milliarden geht in diesem Bereich?

Jetzt möchte ich an dieser Stelle überleiten zu einer aktuellen Problematik. Das ist der jetzt vor wenigen Tagen abgeschlossene Prozess in erster Instanz um das steirische Baukartell. Ich spreche das hier an dieser Stelle an, weil es sich um genau dieselbe Geschichte handelt aus meiner Sicht, nämlich ein gewisses Wohlwollen, einen gewissen – lassen Sie mich das jetzt locker formulieren und großzügig – Vertrauensvorschuss von Firmen, die diesen eigentlich nicht verdient haben. Das Gericht hat das anders gesehen, wie Sie wissen, es war in der Zeitung zu lesen, die haben die betreffenden Herrschaften beziehungsweise Firmen zu erheblichen Strafen verknackt. Dieses Wohlwollen, mit dem wir immer schon konfrontiert waren – für mich das berühmteste Beispiel war der seinerzeitige Bericht in Sachen Pyhrnautobahn, der x Seiten dick nichts anderes aufgelistet hat als Sachen, die das Land hat durchgehen lassen, ohne dass man es hätte durchgehen lassen müssen –, dieses Wohlwollen haben sich diese Firmen offenbar nicht verdient beziehungsweise nicht in jedem Fall verdient, um das großzügig zu formulieren. Es ist daher die Zeit ge-

kommen, jetzt, wo man auch politisch beginnt nachzudenken und politisch beginnt zu handeln, um Konsequenzen zu ziehen. Ich erinnere Sie daran, dass man in bewährter Manier, wie damals die Sache aufgedeckt worden ist – ich meine jetzt das steirische Baukartell –, gesagt hat, na ja, jetzt ist die Stunde der Staatsanwaltschaft, der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Gerichte und dann werden politische Konsequenzen erfolgen. Klammer auf: in der Hoffnung, dass die Luft einmal damit draußen ist. Klammer zu.

Jetzt haben wir ein Verfahren, das eindrucksvoll durchgezogen wurde und mit einem eindrucksvollen Urteil geendet hat. Und jetzt gibt es aus unserer Sicht keinen Grund mehr, sich über die politischen Konsequenzen den Kopf zu zerbrechen, weil die Justiz alleine kann dieses Problem nicht lösen, sie hat ihren Teil erfüllt, jetzt ist die Politik am Zug. Ich bin mir bewusst, dass die Landtagsperiode jetzt zu Ende geht, dass also der von uns seinerzeit geforderte Kontroll-Ausschuss beziehungsweise Untersuchungsausschuss jetzt keinen Sinn mehr macht, rein von der Vorgangsweise. Wir werden allenfalls einen derartigen Antrag im Herbst dieses Jahres neu einbringen.

Was wir aber schon uns erlauben vorzubringen in der Situation, ist das, dass wir einerseits erinnern an Maßnahmen, die eigentlich harmlos waren und seinerzeit versprochen wurden, wie etwa die interne Kommission des Landes, die Maßnahmen ausarbeiten soll. Der Bericht dieser Kommission liegt bis heute nicht vor beziehungsweise öffentlich nicht vor. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass man da sicherheitshalber einmal abgewartet hat, wie der Prozess ausgeht. Aber sei es wie es sei, er ist vorzulegen.

Weiters wurde angekündigt – nicht zuletzt auch von der Frau Landeshauptfrau, die erklärt hat, sie könne dem Vorschlag nach Einsetzung einer Experten-enquete viel abgewinnen –, dass man zumindest einmal aus unserer Sicht, und das geht sich noch aus in der laufenden Periode, eine Experten-enquete von Seiten der Regierung einsetzt beziehungsweise abhält und auf der Basis etwa des sehr fundierten und umfangreichen Berichts, den eine Kommission auf Bundesebene unter der Führung von Herrn Rechnungshofpräsidenten Fiedler ausgearbeitet hat, einmal bespricht und sagt, was man in der Steiermark in diesem Bereich verbessern kann. Dass Verbesserungen notwendig sind, das steht jetzt wohl außer Zweifel.

Ich möchte daher einen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung einbringen des Inhalts, dass der Antrag gestellt wird, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, aus Anlass von zahlreichen Verstößen gegen das Steiermärkische Vergabegesetz und insbesondere aus Anlass der jüngst im steirischen Baukartellprozess sichtbar gewordenen Preisabsprachen in der Bauwirtschaft umgehend eine Enquete, betreffend Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der Korruption im Vergabewesen, abzuhalten. Grundlage für diese Regierungsvorlage sollen unter anderem der Bericht der von der Landesregierung eingesetzten internen Kommission und der „Bericht der Arbeits-

gruppe zur Bekämpfung von Korruption im Vergabewesen" des Bundesrechnungshofes sein. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 17.09 Uhr.)

Präsident: Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat. Ich bitte darum.

Landesrat Ing. Ressel (17.09 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu dem Entschließungsantrag des Herrn Abgeordneten Hagenauer möchte ich zum Einen einmal bemerken, dass es gut war, dass die Grüne Fraktion derartige Unterlagen in die Hand bekommen hat und der Staatsanwaltschaft übermitteln konnte. Zum derzeitigen Stand von Seiten des Verkehrsressorts aus darf ich sagen, dass mit Schreiben vom 15. Mai, also gestern, der Herr Landesamtsdirektorstellvertreter an den Herrn Landesamtsdirektor die Arbeitsmappe über Auftragsvergaben übermittelt hat und wir mit gestrigem Tag als Verkehrsressort auch diese Mappe bekommen haben. Mit gleichem Tag, vom 15. Mai, sind die von mir verlangten Empfehlungen des Landesanwaltes eingegangen und Dr. Held empfiehlt, zivilrechtliche Ansprüche gegen die Personen und Firmen bereits jetzt geltend zu machen, da im Strafverfahren diese Ansprüche nicht geklärt werden und die Verjährungsfrist von drei Jahren damit unterbrochen wird. In der heute stattgefundenen Dienstbesprechung ist diese Vorgangsweise mit den Abteilungsvorständen abgesprochen worden und es wird so vorgegangen.

Mit gestrigem Datum wurde mir der Vorschlag der Fachabteilung 2a übermittelt, den verurteilten Firmen ein Schreiben mit der Aufforderung, vertrauensbildende Maßnahmen zu setzen und die uns mitzuteilen, zukommen zu lassen, und heute von mir so genehmigt.

Und zum Dritten darf ich noch einmal auf diesen Bericht der Arbeitsgruppe hinweisen, die im Wesentlichen im Bereich der Auftragsvergaben im Verkehrsressort, wie wir das in der Kürze der Zeit eruieren konnten, wenig Veränderungen bringen wird. Aber wir sehen durchaus auch Verbesserungen für andere Bereiche des Landes im Bereich der Auftragsvergabe.

Ich darf da ergänzend noch hinzufügen, dass die Auftragsvergaben im Internet bekannt gegeben werden, dass wir in Kürze in der Lage sind den gesamten Text der Ausschreibung im Intranet darzustellen, dass es aber aus rechtlichen Erwägungen nicht möglich ist Anbote aus dem Internet herabzuladen und dann einzureichen und dass damit von Seiten des Landes sämtliche Möglichkeiten, die bisher zur Verfügung gestanden sind, auch ausgenützt wurden. Dazu gehört ebenfalls also eine Bekanntgabe der Sublieferanten, die von Seiten des Landes bei den Auftragnehmern gefordert wird und dazu gehört des Weiteren die Erklärung der auftragnehmenden Firmen, dass sie bei einem Vergehen gegen diese Regeln mit einer zweijährigen Auftragsperre einverstanden sind.

So weit, so gut, ich wollte Ihnen nur den letzten Stand aus der Sicht des Verkehrsressorts zu diesem Antrag übermitteln. (Beifall bei der SPÖ. – 17.13 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile es ihm.

Abg. Majcen (17.13 Uhr): Ich mache es mir natürlich nicht einfach, ist klar. Ich wollte nur Folgendes sagen: Es gibt seit vielen Jahren immer wieder die Berichte des Rechnungshofes, unter anderem auch zu Vorgängen im Bereich des Geschoßwohnbaus durch gemeinnützige Wohnbauträger. Wir sind diesen Berichten in den letzten Jahren eigentlich immer sehr positiv gegenübergestanden und tun es auch weiterhin, weil das für uns als Landtag eine Möglichkeit war, informiert zu sein, ob die Wohnbauförderungsmittel, die vom Land Steiermark eingesetzt werden, durch die Wohnbauträger ordnungsgemäß, widmungsgemäß verwendet werden. Und wir sind immer dem Rechnungshof sehr dankbar gewesen und sind es auch heute noch für seine ausführliche Prüfungstätigkeit.

Es hat in den letzten Jahren relativ wenige grobe Beanstandungen gegeben. Es hat einige Vorwürfe gegeben, die rechtlich nicht in Ordnung waren. Es hat einige gegeben, die sachlich in Ordnung oder nicht in Ordnung waren, aber rechtlich in Ordnung waren.

Heute befassen wir uns mit einer Sache, wo man sagt, rechtlich, nach Auskunft einiger Institutionen und Prüfinstanzen, ist die Sache in Ordnung, sie hat trotzdem einen Beigeschmack. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, im Ausschuss, es möge die Stellungnahme des oder der Betroffenen in den Rechnungshofbericht eingefügt werden. Diesem Wunsch ist seinerzeit vom Landesrat Schmid, der gesagt hat, nur er kann eine Stellungnahme einbringen, nicht gefolgt worden. Wir haben daraufhin den Antrag gestellt, dann möchten wir haben, dass die Stellungnahmen des oder der Betroffenen, in dem Fall der Gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft Frohnleiten und des Herrn dort tätigen Geschäftsführers Ing. Kálnoky, im Anhang kommen. Es ist uns mitgeteilt worden, das ist nicht möglich. Wir möchten nur darauf verweisen, dass wir eine ähnliche Vorgangsweise auch im seinerzeitigen Fall Hochkofler angestrebt haben und der Meinung sind, es müsste möglich sein.

Aus dem genannten Grund werden wir diesem Rechnungshofbericht, nicht aus inhaltlichen, sondern aus formalen Gründen, nicht zustimmen und ich bitte Sie um Verständnis dafür. (Beifall bei der ÖVP. – 17.16 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Gennaro das Wort.

Abg. Gennaro (17.16 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Dieser Rechnungshofbericht zeigt, wie es eigentlich nicht sein dürfte. Und wenn du, Kollege Majcen, da jetzt herausgehst und sagst, wir stimmen dem Bericht nicht zu aus inhaltlichen Gründen, ich möchte das

auch der Fairness halber sagen, nicht, dass man das jetzt politisch auswerten will, nur, ich würde mir die Diskussion anschauen, wenn das in irgendeiner Form eine andere, egal wem immer zugehörige, Wohnbaugenossenschaft ist, wie die Diskussion auf eurer Seite ausschaut. Und wenn du jetzt versuchst, aus formalen Gründen den eindeutigen Bericht des Rechnungshofes zu widerlegen, vielleicht und man soll schauen und man könnte und Stellungnahme, der ist für mich so klar, dass ich sage, wir haben da im Haus – und deswegen sind wir aufgerufen etwas zu tun – Handlungsbedarf, meine Damen und Herren. Ja, wann denn sonst als wie jetzt nach so einem Bericht müssen wir einmal Konsequenzen ziehen. Wir erinnern uns – und ich bin lange genug im Landtag – an Rechnungshofberichte für Wohnbaugenossenschaften, wo letztendlich ja immer der Mieter zum Handkuss gekommen ist und wir haben, Gott sei Dank sage ich, deutliche Verbesserungen bei den Wohnbauträgern erreicht durch die Situation, dass wir den Rechnungshof dort hingeschickt haben. Und wenn das bitte, wie in der bereits ausgeführten Form – das will ich nicht wiederholen – kein Skandal ist, der sich gewaschen hat, dann frage ich, wann dann? Und deswegen werden wir sicherlich auch diesem Entschließungsantrag aus der Sache heraus zustimmen zum Schutze, meine Damen und Herren, für die Mieter, zum Schutze für andere Wohnbauträger, denn wenn irgendwann weiter wieder einmal etwas drinnen steht, dann werden die zu Recht sagen, ja bei uns regts euch auf und da lasst ihr das durchgehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, und gerade die Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, Kálnoky, da habe ich heute schon einmal gesagt, da kriege ich einen Adrenalinstoß, weil da haben wir schon im Haus einmal fast ein Jahr gefightet und da habt ihr nicht einmal gewusst, und das ist typisch wieder, und der Herr Präsident hat gesagt, ich bin eigentlich der Verteidiger vom Grafen. Ich bin kein Ankläger und kein Verteidiger, aber wenn ich zuschauen muss, wie manche Leute die Zugänge haben, sich die Millionen vom Steuerschilling holen und das dann so läppisch hinstellen und so tun, es war nichts, da werden wir in der Öffentlichkeit nichts lesen von dem Bericht, was sich da oben abgespielt hat. Und da hat auch niemand gewusst, dass die Frau seinerzeitige Präsidentin im Jahr 800.000 Schilling über die Gesellschaft für Gesundheitsschutz bitte kassiert hat aus Steuermitteln, dass wir im Landtag das haben beschließen müssen, bis ihr draufgekommen seid, dass das so ist.

Ich halte diesen Bericht für einen Skandal und, meine Damen und Herren, wir sind aufgefordert zu handeln. Es darf, solange diese Zustände bei der Wohnbaugenossenschaft sind, kein Schilling öffentlicher Förderung dort hinkommen. Bitte um Unterstützung! (Beifall bei der SPÖ. – 17.19 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ing. Löcker das Wort.

Abg. Ing. Löcker (17.19 Uhr): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich muss meinem Vorredner das Kompliment machen, dass er schon längere Zeit im Landtag sitzt, wie er selbst gesagt hat, und dass ich noch nicht so

lange da bin. Aber immerhin bin ich auch schon lange genug da um zu erkennen, wie der Hase läuft oder wo der im Pfeffer liegt.

Wenn ich so Begebenheiten und heftigste Diskussionen in diesem Gremium der vergangenen Jahre Revue passieren lasse, dann fällt eine gewisse Gesetzmäßigkeit auf.

Erstens einmal, dass Vorkommnisse in der Nähe von Wahlen immer zu Skandalen werden, die sonst unkontrolliert übergangen oder sehr ruhig behandelt werden. Und zweitens – und das ist jetzt in diesem Fall besonders –, dass dann auch sozusagen die Rechtsmittel eines Demokratiestaates nicht voll ausgeschöpft werden, nämlich dass man dem Betroffenen und Beschuldigten auch das, glaube ich, Minimalrecht zukommen lässt, seine persönliche Stellungnahme den hier urteilenden Mitgliedern des Landtages und schließlich auch abstimmenden, über Ehre und Sonstiges, zukommen zu lassen.

Ich darf da vielleicht zurückziehen. Da hat es einmal einen Rechnungshofbericht des Bundes gegeben über die Pyhrnautobahn und dann haben wir einen Skandal gesehen und dann haben wir zwei Jahre lang untersucht und ein Lastwagen voll Papiere wurde herbeigeschafft, sechs bis acht Sekretärinnen wurden dauerbeschäftigt. Die Kosten für diesen Untersuchungsausschuss sind, vorsichtig angenommen, ein zweistelliger Millionenbetrag gewesen. Und was ist dann herausgekommen?

Der Hauptangeklagte Talirz ist im größten Prozess der Nachkriegsgeschichte – in einer Sporthalle in Innsbruck hat er stattfinden müssen – von allen Dingen freigesprochen worden. Aber wir Hobbykriminalisten und wir Hobbyrichter haben vorher schon lange das Urteil gewusst. Natürlich weil im Jahr 1995 Landtagswahlen waren und weil damals vorher Krainer Straßenbaureferent war und man musste ja irgendeinen Aufhänger für die Medien haben, um jemand mit dem Kübel anzuschütten.

Wir haben jetzt eine sehenswerte Ausstellung in Frohnleiten eröffnet – „Die Ritter sind zurück“ steht am Plakat oben. (Abg. Gennaro: „Was hat das mit dem Tagesordnungspunkt zu tun?“) Das sind Kosten und Beschäftigung dieses Landtages mit Rechnungshofberichten. Ich beziehe mich nur auf Rechnungshofberichte zur Objektivierung.

Auf dem Plakat – und ich gratuliere der Gemeinde Frohnleiten – steht oben: „Die Ritter sind zurück.“ Man könnte darunter in Klammer dazuschreiben, eine gewisse Frau Hochkofler auch. Aber auch diese ist da im Landtag beschuldigt worden in beachtlicher Art und Weise. Und wer sich erinnern kann – da braucht man kein Langzeit-, sondern nur ein Kurzzeitgedächtnis haben –, hat festgestellt, dass bisher die Frau Dr. Hochkofler in allen Instanzen Recht bekommen hat. Aber wiederum haben die Hobbykriminalisten und die Hobbyrichter dieses Raumes schon lange vorher verurteilt und festgestellt, was alles entsetzlich und skandalös ist. (Abg. Mag. Erlitz: „Der Vertrag ist eh ein Skandal, bitte!“) Ja, das stimmt. (Abg. Mag. Erlitz: „Ja also, um nichts anderes geht es!“)

Ich möchte hier nicht missverstanden werden.

Ich sage nicht, dass alles bei der Pyhrnautobahn astrein war, ich sage auch nicht, dass alles im Fall Ritterausstellungen astrein war. Nur etwas sollten wir als Gesetzgeber schon berücksichtigen. Wenn Gerichte solche Fälle überprüfen und dann zur Erkenntnis kommen, dass kein strafbarer Tatbestand vorhanden ist, dann sollten wir, die auf die Verfassung angelobten Mandatare, erst recht diesen Standpunkt teilen und nicht vorher in Gasthausmanier sagen, das sind diese Bösen, Bösen. Ich verteidige sie keineswegs, aber ich möchte nur den Rechtsstaat – falls das überhaupt noch erlaubt ist in diesem Gremium – klarstellen.

Jetzt kommen wir zur Frohnleitner Geschichte. Der beschuldigte Kálnoky hat einen Dienstvertrag, der 20 Jahre alt ist. Ich sage ganz offen, ich wäre auch froh, wenn ich einen solchen Dienstvertrag hätte oder gehabt hätte. Wir wissen ohnehin, dass wir Politiker – die ja sich sehr rühmen, dass sie die Hosen immer runter lassen und trotzdem vom Wähler draußen nicht verstanden werden und noch immer als die „Obnehmer“ bezeichnet werden, und selbst dann, wenn man schon ohne Hose herumlaufen würde, würde man von uns dasselbe sagen – froh wären, wenn wir die Hälfte jener Begünstigungen hätten, die in weiten Bereichen der Privatwirtschaft selbst heute noch gültig sind. Wir brauchen nur die Verträge von kleinen Filialleitern von Banken anschauen und sonstige Sachen, deren Abfertigungsregelungen und sonstige Dinge, ja da ist ja selbst Kálnoky noch ein Waisenkind.

Aber wir spielen da eine Bewusstseinspaltung. Das eine ist die hohe Moral, der wir hier nachzuhängen haben, und das andere ist die Wirklichkeit, die draußen ist, die aber mit diesen Worten, die hier oft angewandt werden, in keiner Weise übereinstimmen.

Zur Sache noch einmal: Ich meine, Kálnoky hat Landesrat Schmid eine Stellungnahme zugemittelt über die Abteilung 14. Diese wurde nicht weitergereicht. Der Rechnungshof selbst hat eine Stellungnahme – und ich sage das deswegen, weil ich vor einer Stunde mit Kálnoky telefoniert habe, das war der einzige Kontakt, den ich gehabt habe, aber das hat er mir gesagt – bei ihm oben abgeholt, aber sie trotzdem auch nicht in diesen Bericht hinein verarbeitet.

Als wir bei der letztzitierten Ausschusssitzung vor einer Woche gesagt haben, wir wollen die Stellungnahme Kálnokys eingearbeitet haben, hat der Direktor des Rechnungshofes gesagt, das sei ohne weiters möglich, kein Problem. Das war vor einer Woche noch. Und dann hat die Mehrheit von SPÖ und FPÖ uns niedergestimmt. Er darf nicht eingearbeitet werden, obwohl der bei Hochkofler eingearbeitet wurde und bei anderen Fällen auch.

Ich gebe nur zu bedenken, ob das sehr demokratisch ist, weil ich glaube, dass auch der Beschuldigte das Recht zur Stellungnahme hat.

Laut Kálnoky – sage ich nur – sind diesem Bericht zwei Gutachten beigelegt, eines von Prof. Korinek, der sagt, dass die Pensionsabfertigungsregelung des Herrn Kálnoky nicht im Widerspruch mit dem Gemeinnützigkeitsgesetz gestanden sei. Ich zitiere nur. Und Prof. Egger aus Graz, der Jurist, hat gesagt, dass das

keine Ersparnis gewesen wäre, wenn man ihm seine Pension ausbezahlt hätte, denn sie ist ja nach der Lebenserwartung errechnet worden und halt einmalig und vorzeitig abgefertigt worden. So die Meinung.

Diese Provision von 3500 Schilling pro Wohnung, die früher angeschnitten wurde von meinem Kollegen List, den ich auch schätze, die soll sich – ich zitiere nur laut Kálnoky – ergeben haben, weil er als gerichtlich beeedeter Sachverständiger zusätzlich die ehemalige Parifizierung, jetzige Nutzwertgutachtenberechnung, für alle Wohnungsinhaber durchgeführt hat.

Jetzt muss ich zu etwas Grundsätzlichem kommen. Es ist schon früher zitiert worden, wie viele Wohnbaugenossenschaften sich in der Steiermark auf gemeinnütziger Basis am Markt bemühen. (Abg. List: „32!“) 32 höre ich gerade. Und jetzt hat jeder Wohnungssuchende die Möglichkeit, von Wohnbaugenossenschaft zu Wohnbaugenossenschaft zu gehen, um sich zu erkundigen, wie schaut die Wohnung aus, was kostet sie, was sind die Betriebskosten und Sonstiges. Das heißt erstens, es gibt einen Markt. Und wo es einen Markt gibt – und bei 32 Konkurrenten wird er auch hoffentlich funktionieren –, kann man sagen, dass es auch einen Wettbewerb geben wird.

Darüber hinaus – und das wissen wir auch aus Rechnungshofberichten – hat die Frohnleitner Wohnbaugenossenschaft erstens technisch einwandfrei gebaut, korrekt durchgeführt und die Kosten waren am Markt konkurrenzfähig. Das ist ja wohl das Wichtigste für den Konsumenten. Nach der gesetzlichen Richtlinie bekommt die Genossenschaft einen Anteil von 3 bis 3,5 Prozent von den Baukosten als sogenannten Bauverwaltungsanteile. Diese Größenordnung ist geregelt. Damit muss die Genossenschaft ihre internen Kosten bestreiten.

Wenn wir heute über Vergünstigung oder Nichtvergünstigung von einem Mitarbeiter diskutieren, dann diskutieren wir darüber, wie innerhalb der Genossenschaft dieser Ertrag aus ihren Leistungen aufgeteilt wurde. Ob vielleicht der Geschäftsführer mehr bekommen hat oder weniger oder die anderen umgekehrt.

Aber wir diskutieren über eine betriebsinterne Kostenkalkulation, die nach oben abgegrenzt, also gedeckelt ist. Es müssten sich eigentlich die Mitarbeiter des Herrn Kálnoky beschweren, dass die höhere Gehälter haben müssten, wenn der Herr Kálnoky weniger Pensionsabfertigung hat.

Das wäre ja sehr schön, wenn der Landtag in Zukunft in allen Betrieben festlegt, wie die Kostenaufteilung oder die Gehaltsaufteilung der einzelnen Mitarbeiter abläuft.

Das sind natürlich schon Dinge, die einen nachdenklich stimmen, ohne dass ich mich besonders für Herrn Kálnoky hineinwerfen möchte, sondern im Allgemeinen systembedingt.

Wenn jetzt ein Antrag gestellt wird, dass die Förderungen eingestellt werden an die Frohnleitner Wohnbaugenossenschaft, das ist die Geiselhafte der zukünftigen Wohnungswerber, denn zwei Projekte sind angefangen worden und wenn diese Fördermittel eingestellt werden, werden die Wohnungswerber wieder auf der Straße stehen und die Kosten werden steigen.

Das heißt, man schlägt hier den Falschen, vollkommen Falschen. Und das ist etwas, worüber ich auch meine ernsthaften Gedanken habe.

Ich glaube trotzdem, dass diese heutige Diskussion sinnvoll ist, weil sie grundsätzlich natürlich auch die Tiefen in anderen Bereichen ausgeleuchtet hat, aber dass man trotzdem im Nahen der Landtagswahl auf dem Boden der Tatsachen bleiben soll. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.30 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Tremmel das Wort.

Abg. Dr. Tremmel (17.30 Uhr): Hoher Landtag, sehr geehrter Herr Präsident!

Insofern pflichte ich dem letzten Satz des Vorredners bei, man sollte auf dem Boden der Tatsachen bleiben. Selten, aber doch, passiert es, dass ich dem Kollegen Hagenauer Recht geben muss, wie wertvoll denn ein solcher Rechnungshofbericht ist.

Von keinem der Vorredner – auch nicht von denen der ÖVP – habe ich gehört, dass sie diesen Rechnungshofbericht anzweifeln. Es wurde nur vom Kollegen Majcen gesagt, na ja, sie stimmen deswegen nicht zu, weil hier die Einarbeitung der Stellungnahme Kálnoky im Ausschuss nicht die Mehrheit gefunden hat. Das ist übrigens eine eigene Geschichte. Wir wollen nicht haben, dass dieser Bericht ad infinitum verzögert wird.

Übrigens, Kollege Majcen, das wäre eine Möglichkeit, hier die Wohnnebenkosten umwegsrentabel zu senken, wenn die Frohnleitner Genossenschaft das Direktorengelohnte des Herrn Kálnoky – ist ja nicht so eine große Genossenschaft – anpassen würde den Direktorengelohnten der anderen größeren Genossenschaften, etwa der ÖWG. Aber das ist nicht der Fall. Das ist nicht weniger, sondern erheblich mehr.

Und das erregt den Unwillen der hier Untersuchenden und das haben auch die Leute hier festgestellt. Es würde, meine Damen und Herren der ÖVP, auch der ÖVP gut anstehen, wenn man hier Verbindung aufnehmen und sagen würde, man sollte das endlich einmal ein bisschen anpassen. Das ist ja nicht erst gestern bekannt geworden. Und wenn der Abgeordnete Löcker sagt, er hat jetzt vor kurzem telefoniert, dann hätten Sie ein bisschen früher telefonieren sollen, weil Ihren Freunden war das bekannt.

Kollege Hagenauer hat gesagt, knapp ist der Michel Schmid an einer Amtshaftung vorbei. Wie Sie wissen, Herr Kollege Hagenauer, Untersuchungen des Rechnungshofes, werden unabhängig von einzelnen Ressortwünschen von Regierungsmitgliedern hier vorgenommen. Aber in dem Moment, wo Landesrat Dipl.-Ing. Michel Schmid gewusst hat, dass hier untersucht wird, war er sehr froh darüber. Es ist etwas verworren hier berichtet worden, die Rechtsabteilung 14 habe den Bericht bekommen und Landesrat Michel Schmid hat ihn nicht bekommen, der ehemalige Landesrat und jetzige Bundesminister. Er hat sich geweigert, hier diesen zu unterfertigen, aus seinem Bereich, aus moralischen Gründen. Das sei hier auch ausgeführt. (Abg. Ing. Löcker: „Das ist eine Bevormundung des Landtages!“) Das ist überhaupt keine Bevormundung.

Was ist hier eine Bevormundung bei einem Bericht, der zwar formal richtig ist, aber der moralisch nicht mehr ganz vertretbar ist? Deswegen hat es ja der Rechnungshof gemacht und da hat auch Ihre Fraktion hier zugestimmt, im Ausschuss, zum materiellen Inhalt, was hier vorgelegen ist. Was ist da eine Bevormundung? (Abg. Ing. Löcker: „Hätte der Landtag nicht die Moral überprüfen dürfen?“) Ich verstehe Ihre Frage jetzt nicht. Der Landtag hat ja die Möglichkeit, hier Stellung zu nehmen, und wir nehmen hier Stellung und wir verteidigen hier niemand, verurteilen auch niemand. Aber wir stellen bitte fest – und das steht in diesem Bericht drinnen und da wird hier über Wohnnebenkosten und über alles Mögliche geredet –, dass der Bezug des in Frage stehenden Direktors eindeutig zu hoch ist. Um das geht es bitte. Und das sollte einmal gleichgestellt werden mit den anderen. (Beifall bei der FPÖ.)

Und noch eine Richtigstellung möchte ich hier treffen. Herr Kollege Hagenauer, wenn Sie sagen, bitte erstmals und Sie haben das schon lange gefordert, die Gleichstellung von gewerblichen und gemeinnützigen Institutionen, das hat Landesrat Michel Schmid 1992 gefordert, ist von SPÖ und ÖVP abgelehnt worden. 1997, glaube ich, bei der letzten Novellierung der Wohnbauförderung wurde das ebenso nochmals gefordert und ist auch hier abgelehnt worden. Bitte, so in den Protokollen hier nachzulesen.

Grundsätzlich bin ich dankbar, dass es zu dieser Aufdeckung gekommen ist und es sei hier gesagt – und ich werde es beim nächsten Tagesordnungspunkt genauso sagen –, wir werden sehr genau darauf achten, dass die Feststellungen – und das ist das Recht des Landtages, Herr Kollege – dieses Rechnungshofes sehr genau eingehalten werden und dass hier kontrolliert wird.

Zuletzt noch zum Entschließungsantrag, den Zitz und Hagenauer eingebracht haben. Wir werden dem nicht die Zustimmung geben, weil hier in diesem Entschließungsantrag, in dieser Einrichtung einer Enquete, wird hier quasi also eine gerichtliche Kompetenz arrogiert. Sie haben ja selbst gesagt, Herr Kollege Hagenauer, dass das Gericht hier sehr erfolgreich erhoben und letztlich auch zu Recht verurteilt hat. Ergo dessen möchten wir hier nicht eine Vermengung von diesen Bereichen haben und wir werden diesem Entschließungsantrag nicht unsere Zustimmung geben. (Beifall bei der FPÖ. – 17.35 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hagenauer (17.36 Uhr): Um hier gleich anzuschließen. Das ist ja wirklich kaum mehr nachzuvollziehen, dass also an sich erfahrene Politiker – sei es jetzt der Herr Kollege Tremmel oder der Herr Kollege Löcker – nicht unterscheiden können zwischen den Aufgabenbereichen der Justiz und jenen der Politik, und dann sich auch noch auf die Verfassung berufen, kühnerweise, wo doch genau die Verfassung das regelt, was die Justiz macht und was der Aufgabenbereich der Politik ist. Und das Schlimme ist, ich glaube es Ihnen sogar beiden, wenn Sie das hier so

gesagt haben. Das ist das Schlimme dabei, weil Sie es nämlich wirklich so meinen. Das will in meinen Kopf nicht hinein, dass eben ein Politiker Österreichs beziehungsweise der Steiermark, der die Verfassung kennt, der weiß, was Politik ist, sich dessen nicht bewusst ist, dass politisch noch lange nicht alles „Leiwand“ ist, was bei einem Strafrichter freigesprochen wird. Dass das nicht Stand des politischen Bewusstseins eines Abgeordneten ist, geht mir in den Kopf nicht hinein.

Mehr habe ich dazu nicht zu sagen, es sei denn – das ist die andere Variante –, man verwendet eine relativ patscherte Ausrede, um sich genau aus dem Bereich der politischen Verantwortung hinauszuschrauben.

Das müssen Sie selbst entscheiden, welche der beiden Varianten auf Sie zutrifft.

Jetzt noch zu den Details, ganz kurz. 32 Bau-genossenschaften haben wir im Lande. Daraus zu schließen, dass es eine ausreichende Konkurrenz gibt, weil erstens gibt es regionale Tätigkeiten von Bauträgern, zweitens haben Bauträger – und sei es, weil sie sehr tüchtig waren – sehr viele Grundstücke zum Teil sich beschafft und haben auf diese Art und Weise einfach ein partielles Monopol. Die Konkurrenz und der Markt ist in dem Fall noch lange nicht gegeben.

Zweitens: Die Kritik, die interne Kalkulation der Frohnleitner Wohnbaugenossenschaft als etwas hinzustellen, was uns mehr oder weniger eigentlich nichts angeht, halte ich für unrichtig. Ich habe es eh schon gesagt, wenn derartige Zustände und derartige Ausgaben in dem Kostenrahmen drinnen sind, dann muss ich eben als Politiker den Kostenrahmen senken, weil ich sage, offenbar geht es mit weniger Geld auch. Nicht mehr, nicht weniger.

Noch eine Anmerkung zum Herrn Kálnoky. Das war nicht seine einzige Tätigkeit und das war nicht sein einziges Einkommen. Ich muss es jetzt auch noch einmal der Vollständigkeit halber sagen, weil das auch angeklungen ist. Und zwar will ich jetzt nicht einfach eine Person hier ins Eck stellen, sondern den Umstand, wie manche Leute halt in dem Land, politische Schatzerln, wenn ich das so einmal formulieren darf, sich besonderer Verträge und besonderer Schutzräume erfreuen. Der Herr Kálnoky war auch so einer, neben seiner Tätigkeit für eine Wohnbaugenossenschaft. Er war nämlich sieben Jahre in dieser Grundstücksbeschaffungsgesellschaft und hat in diesen sieben Jahren stolze drei Liegenschaften abgewickelt – in Radkersburg, in Mureck und in Fürstenfeld, in sieben Jahren. Und nicht nur das, das wäre an sich ein Tätigkeitsbereich gewesen, wo man hätte hunderte Liegenschaften umsetzen müssen, weil ja damit ein hohes Maß an etwa Auswirkungen auf zu schaffende Arbeitsplätze verbunden war. Das sage ich nur an der Stelle, damit das nicht untergeht.

Zum Schluss die Anmerkung betreffend den Herrn Bundesminister Schmid. Ich habe nicht gesagt, Amtshaftung, sondern ich habe gesagt, haarscharf an einem Misstrauensantrag vorbei und ich habe das auch insofern begründet, als ich gesagt habe, das ist nicht der einzige Fall, so etwas kommt leider wiederholt vor, in äußerst drastischen Beispielen. Ich sage das jetzt als Hobbykriminologe. Herr Kollege Löcker, als Hobbykriminologe ist es mir eine Ehre, wenn dann in einem

Bericht des Landesrechnungshofes drinnen steht, dass zwei Firmen Angebote abgegeben haben, wo derselbe Rechnungsfehler drinnen war. Dann habe ich also schon Kollegen gefunden bei dieser Tätigkeit als Hobbykriminologe, nämlich die Mitarbeiter des Landesrechnungshofes. Und das ist nur eines von zahlreichen Beispielen, die da drinnen leider Gottes immer wieder aufgezeigt werden.

Das heißt, das Misstrauen und die politische Tätigkeit und die politische Kontrolle und die politischen Konsequenzen sind durchaus angebracht.

Die Pyhrnautobahn da als Gegenbeispiel zu zitieren ist wirklich eine Chuzpe. Ich habe mir jetzt erst wieder, die letzten Tage, angeschaut die Berichte von seinerzeit. Ich habe das ja damals auch schon verfolgt. Da ist zum Beispiel drinnen gestanden, von allen Beteiligten unbestritten, dass das Land – und das ist eine noble Formulierung – die Bauaufsicht im Bereich der Pyhrn nicht ausreichend dotiert hat, dass die Bauaufsicht dort einfach zu schwach ausgestattet war. Jetzt kann ich boshafterweise hergehen und sagen, das war Absicht. Jeder kann mir entgegenen und kann sagen, das ist aber eine böse Unterstellung, Hagenauer, eine ganz böse Unterstellung, fest steht, unbestritten, dass die Bauaufsicht zu schwach ausgestattet war und dass auf Grund dessen dann dort Sachen passiert sind, die hätten nicht passieren dürfen und die dem Steuerzahler Geld gekostet haben. Und das ist sehr wohl eine Sache, die man bitte schön in dem Land noch politisch wird beurteilen dürfen und müssen in Zeiten des Sparpakets, in Zeiten, wo man die Zivildienner auf 43 Schilling am Tag herunter reduziert. Da wird man doch wohl noch über ein paar Milliarden reden dürfen, was im Staate Österreich, unter Umständen, wenn ich davon ausgehe, und das tue ich nach wie vor und das tue ich als Hobbykriminologe, dass so 10, 20 Prozent in weiten Teilen der Bauwirtschaft leider Gottes drinnen sind, wie wir jetzt anhand dieses Prozesses eindrucksvoll vorgeführt bekommen haben.

Zum Abschluss eine Anmerkung zu den Ausführungen des Herrn Landesrates Ressel. Ich nehme einerseits gerne zur Kenntnis, dass hier Maßnahmen gesetzt werden. Ich möchte andererseits aber festhalten, dass das Wort ausreichend, das in dem Zusammenhang gefallen ist, so in dem Sinn nicht gemeint sein kann – vielleicht ist das ein Missverständnis, ich stelle es nur von unserer Seite her klar –, wenn man eine Enquete macht, dann können zum heutigen Zeitpunkt, und das ist ganz offensichtlich so, nicht schon alle Maßnahmen gesetzt sein.

Ich bringe nur ein einziges Beispiel, das auch von Seiten der Verantwortlichen im Lande seinerzeit schon genannt wurde und das aus einem anderen Grund auf Landesebene gar nicht umgesetzt werden kann, aber umzusetzen ist, das ist eine Preisdatenbank.

Eine Preisdatenbank wird man sinnvollerweise auf gesamtösterreichischer Ebene und wenn es leicht geht auf EU-Ebene einrichten, um abgesprochene Angebote auf diese Art und Weise einmal auszuschneiden oder einzuschränken.

Ich sage das nur, das ist ein Beispiel. Ausreichende Maßnahmen sind nicht gesetzt. Ich wiederhole daher unsere Forderung nach Abhaltung einer Enquete, damit man damit einen Startschuss für Maßnahmen,

die noch zu setzen sind, auch für eine Klärung der politischen Verantwortung und für künftige Maßnahmen, die noch im Laufe von Monaten unter Umständen erst erarbeitet werden müssen.

Und ganz zum Schluss noch etwas. Der Herr Ritz, der der Kronzeuge war in diesem Prozess, hat mir jetzt erst in diesen Tagen gesagt, Herr Hagenauer, die größte Abschlagszahlung – hörst du mir zu, Herr Kollege Löcker, entschuldige, einen Augenblick –, die größte ihm bekannt gewordene Abschlagszahlung jemals, was glaubst du, bei welchem Bauvorhaben die angefallen ist? Bei der Autobahnmeisterei Kalwang. (17.45 Uhr.)

Präsident: Nunmehr erteile ich der Frau Landesrätin Mag. Jost-Bleckmann das Wort.

Landesrätin Mag. Jost-Bleckmann (17.45 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Abgeordnete!

Im Laufe der Diskussion hat sich, glaube ich – und da reden wir jetzt nicht über irgendeinen Bauskandal, sondern über die Prüfung der Wohnbaugesellschaft – herausgestellt, und das haben ja alle Redner unterstrichen, dass der Vertrag, der hier mit dem Geschäftsführer abgeschlossen wurde, ein Skandal ist. Dem hat ja auch die ÖVP nicht widersprochen.

Dabei unwidersprochen ist auch, dass wir den Rechnungshof haben als ein Kontrollorgan für den Landtag. Und dass der Landtag auch dann und wann politische Verantwortung wahrnimmt, ich glaube, dass das auch nicht zu viel verlangt ist.

Jetzt sind wir in dem Spektrum von den einen, die sagen, tun wir am besten überhaupt nichts, weil es ist eh alles paletti, und den anderen, die sagen, jetzt müssen wir hier die Mördersanktionen machen.

Und da frage ich Sie schon, Kollege Hagenauer, welche Fälle gibt es bitte noch, denn wir haben in letzter Zeit sehr viele Wohnbaugenossenschaftsberichte gehabt und da ist im Großen und Ganzen immer alles in Ordnung. Wenn Sie mir Fälle aufzählen können, werden wir uns die dann noch einmal genauer anschauen und sehr wohl unserem Auftrag nachkommen. Denn wenn es hier Fälle gibt, so wie diesen, dann ist es sehr wohl auch unsere Aufgabe, sich das anzuschauen beziehungsweise das dann auch im Landtag zu diskutieren. Dazu bin ich jederzeit bereit.

Dann sagen Sie auch noch, die Fördersatzte sind so hoch. Da frage ich Sie auch, ob Sie das wissen, dass wir es geschafft haben, in den letzten acht Jahren die Fördersatzte von 70 Schilling auf 35 Schilling pro Quadratmeter zu senken, also die Wohnbaukosten für die Wohnungswerber haben wir von 70 auf 35 Schilling pro Quadratmeter senken können. Insofern ist uns ja einiges gelungen. Sie haben vielleicht Recht, es könnte noch mehr sein, wenn man es hier öffnen würde. Nur, es ist leider nicht gelungen, eine politische Mehrheit im Landtag zu finden, dass es hier zu einer Öffnung hin zur Privatwirtschaft in diesem Bereich gekommen wäre, der wir Freiheitlichen sehr offen gegenüberstehen. Aber auch das muss man einmal als Demokrat zur Kenntnis nehmen, wenn es keine Mehrheit im Landtag dazu gibt, dann muss man aus dem, was vorhanden, das Beste machen.

Insofern glaube ich, dass dieser Antrag, der hoffentlich dann auch im Landtag die Mehrheit finden wird, der richtige Weg ist hier vorzugehen, nämlich die politische Verantwortung auch seitens des Landtages wahrzunehmen, dass in der Zukunft – und das ist der Unterschied, lieber Herr Kollege Löcker –, dass hier steht, dass keine weiteren Wohneinheiten aus dem Wohnbauförderungsprogramm zur Verfügung gestellt werden. Denn wir wissen ja, dass dann genau das wieder kommt, und die armen Wohnungswerber, die jetzt hier sich für Wohnungen beworben haben, können diese Wohnungen nicht in Anspruch nehmen, weil der böse Landtag oder die böse FPÖ mit der SPÖ gemeinsam irgendwas beschlossen hat. Dann bitte richtig zitieren: Für die zukünftigen Wohneinheiten. Also das, was derzeit gemacht wird, ist keineswegs in Gefahr. Ich bin sehr gespannt, ob wir das dann draußen richtig hören werden.

Und dann auch noch zur Information, die Parifizierung, die du angesprochen hast, mit 3500 pro Wohnung, die liegt jenseits jeglicher Grenze, die für Parifizierungen ausbezahlt werden an diese Leute, die Parifizierungen machen. Das ist sonst pro Wohneinheit ungefähr die Hälfte, wenn nicht sogar weniger in diesem Bereich, was ausbezahlt wird. Also da ist euer Kollege schon sehr, sehr positiv bedacht und sehr gut bedacht damit, wenn das jenseits jeglicher Grenzen hier liegt bei den Parifizierungen.

Und deshalb ist das für mich auch ein Skandal und ich halte es wirklich für wichtig, dass wir etwas unternehmen, aber uns eben nicht diesem Vorwurf auszusetzen, wir tun hier etwas gegen die Wohnungswerber. Wir wollen ja auch keinen einzigen Wohnungswerber schädigen. Ich halte es für richtig, solange der Geschäftsführer in dieser Form angestellt ist, keine zukünftigen weiteren Wohnungseinheiten an diese Wohnungsgenossenschaft auszubezahlen beziehungsweise zu verteilen, damit sie hier einfach einmal sehen, dass der Landtag auch seine politische Verantwortung wahrnimmt. Denn wozu haben wir sonst die ganzen Rechnungshofberichte, wenn dann eh überhaupt nichts daraus passiert, dann können wir uns diese vielen Berichte wirklich sparen, wenn es einmal etwas gibt, wo Konsequenzen vonnöten wären, und dann passiert nichts. Dann ist der Rechnungshof wahrscheinlich auch froh, wenn er nicht mehr so viel überprüfen muss und dann könnten wir uns das alles sparen.

Also insofern bitte ich darum, dass das wirklich richtig gehandhabt wird. Auch eines ist klar, wir wissen auch alle, und darüber ist auch geredet worden, dass es rechtlich natürlich jedem frei steht, einen Vertrag auszuhandeln, wie er will und wie er mag, moralisch ist es jedoch nicht und politisch ist es für mich auch nicht vertretbar. Das heißt, nachdem diese Wohnbaugesellschaft vom Land ja viele Gelder bekommt, dass wir von unserer Seite her Konsequenzen ziehen müssen. Und da verstehe ich nicht, warum Sie hier einzelne Personen so schützen. Das ist für mich wirklich nicht nachvollziehbar, weil wir alle wissen, dass das politisch, auch draußen, nicht vertretbar ist, außer es ist halt jener, der Ihnen besonders wichtig ist, der Ihnen besonders am Herzen liegt oder halt ein besonderer Günstling ist. Und das ist etwas, was wir sicherlich nicht unterstützen.

Ich hoffe, dieser Beschlussantrag findet hier auch die Mehrheit, damit wir politisch endlich die Verantwortung wahrnehmen können. (Beifall bei der FPÖ. – 17.51 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht mehr vor.

Wir haben drei Abstimmungen durchzuführen und es werden Stimmen gezählt, nicht Fraktionen. Daher die Hände entsprechend lang oben zu behalten.

Ich bitte erstens jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Jetzt muss ich Sie bitten, jene, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, noch einmal die Hand zu heben.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Berichtes.

Zweitens bitte ich jetzt die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Landesrechnungshofbericht Nr. 91, zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Drittens bitte ich die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung der Korruption im Vergabewesen, zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist abgelehnt.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

14. Bericht des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 1473/1, über den Landesrechnungshofbericht Nr. 105, betreffend Prüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung des Landeskrankenhauses Deutschlandsberg.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Kröpfl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kröpfl (17.54 Uhr): Hohes Haus!

Ich bringe den Mündlichen Bericht Nr. 359:

Der Kontroll-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 9. Mai 2000 über den Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 105, betreffend die Prüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung des Landeskrankenhauses Deutschlandsberg, Einl.-Zahl 1473/1, beraten und nachstehenden Beschluss gefasst:

Der Kontroll-Ausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 105, betreffend die Prüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung des Landeskrankenhauses Deutschlandsberg, wird zur Kenntnis genommen. (17.54 Uhr.)

Präsident: Danke, Herr Abgeordneter. Ich erteile Ihnen auch das Wort als Debattenredner.

Abg. Kröpfl (17.55 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren!

Der vorliegende Bericht Nr. 105 über die Auslastung, die Gebarung und die Organisation des Landeskrankenhauses Deutschlandsberg ist im

Großen und Ganzen, zum Unterschied von dem, was wir vorher gehört haben, positiv zu sehen. Die vom Rechnungshof aufgezeigten Unzulänglichkeiten und kleineren Mängel wurden bereits behoben oder werden gerade beseitigt.

Da sieht man also, wie rasch Landesrat Dörflinger und die KAGES auf einen Bericht des Rechnungshofes reagieren.

Die Auslastung des Landeskrankenhauses beträgt derzeit zirka 85 Prozent und liegt damit im guten Durchschnitt der steirischen regionalen Spitäler. Aber wegen dieser noch zu geringen Auslastung geht man daran, eine Planbettenreduktion vorzunehmen. Und auch da ist Deutschlandsberg vorbildhaft, denn nicht wie vorgesehen im Jahre 2005 soll dieses Ziel erreicht werden, sondern dieses Ziel wird bereits heuer erreicht werden.

In Kenntnis dieses durchaus positiven Berichtes und auf Grund der vorliegenden Tatsachen habe ich allerdings den Medienrummel, den die FPÖ rund um diesen Bericht veranstaltet hat, nicht ganz verstanden. Wenn Frau Nationalrat Hartinger in der „Kleinen Zeitung“ vom 1. April im Zusammenhang mit den Spitalern von einem Trümmerfeld im Spitalswesen spricht, so kann sie dies wohl nur in Unkenntnis dieses Berichtes und in Unkenntnis der Situation der steirischen Spitäler getan haben. Diese Wortmeldung habe ich eher als Verunsicherung für die Menschen betrachtet oder als Effekthascherei im Zuge eines Wahlkampfes.

Ja selbst der FPÖ-Bezirksvorsitzende Nationalrat Staffaneller, der sonst durchaus nicht so besonnen reagiert, hat sich klar von den Aussagen seiner Kollegin distanziert. Ich zitiere hier aus der „Kleinen Zeitung“ vom 4. April seine Wortmeldung. Er sagt wörtlich: „Hier sollte nicht versucht werden, mit Kleinigkeiten große Politik zu machen. Eine wie immer geartete Skandalisierungskampagne um das LKH Deutschlandsberg lehne ich ab!“ Ich schließe mich dem durchaus an.

Sehr geehrte Damen und Herren, das LKH Deutschlandsberg wurde am 1. April 1985 eröffnet und hatte zu der Zeit 170 Bedienstete. Derzeit haben wir einen Mitarbeiterstand dort von rund 400. In diesen 15 Jahren ist im LKH Deutschlandsberg sehr viel zum Wohle unserer Menschen geschehen. Es wurde ein Notarztssystem aufgebaut, das sich bei dem Busunglück, das uns allen bekannt ist, mit den ungarischen Schülern durchaus bewährt hat. Es ist ein Computertomograph installiert worden, der für unsere Leute draußen riesige Vorteile bringt. Schlussendlich darf ich auch noch erwähnen, dass die Fortbildung der Ärzte und des Pflegepersonals als vorbildlich zu sehen ist.

Als Deutschlandsberger bin ich stolz auf unser Landeskrankenhaus, das durch den großen Einsatz meines Vorgängers, Landtagspräsident in Ruhe Dr. Christoph Klausner, zum Wohle der Menschen unseres Bezirkes errichtet wurde.

Eine gute Einrichtung, wie das LKH Deutschlandsberg, sollte man nicht aus parteipolitischen Gründen schlecht machen. Für konstruktive Verbesserungsvorschläge ist sicher jeder zugänglich und diese werden auch aufgenommen und natürlich auch um-

gesetzt. Polemisationen und Maßnahmen, Miesmachereien werden wir Deutschlandsberger nicht akzeptieren. Wir werden uns vor unser Landeskrankenhaus und die Menschen, die dort gute Arbeit leisten, stellen und diese Menschen vor ungerechtfertigten Angriffen verteidigen.

Sehr geehrte Damen und Herren, es geht heute aber auch um die Erhaltung der Strukturen in unserem Gesundheitswesen. Noch haben alle Versicherten den chancengleichen Zugang zum guten österreichischen Gesundheitssystem, um das uns viele andere beneiden. Noch kann sich das Kranksein jeder leisten. Noch haben wir in Österreich nicht die Zweiklassengesellschaft im Gesundheitswesen wie in anderen Ländern. Wir Sozialdemokraten werden uns gegen jedes System wehren, das den kranken Menschen tief in die Taschen greift. Deshalb sind wir auch gegen einen Selbstbehalt von bis zu 1000 Schilling pro Jahr bei ambulanten Behandlungen, gegen eine Erhöhung des Selbstbehaltes im Spital um rund 43 Prozent, gegen einen generellen Selbstbehalt für alle neuen medizinischen Leistungen, gegen eine Kürzung des Krankengeldes für Schwerstkranke und gegen die Streichung der Zuschüsse für Heilbehelfe.

Wir finden nicht, dass das von FPÖ und ÖVP vorbereitete Paket im medizinischen Bereich sozial gerecht ist. Die Aussage vom Staatssekretär Waneck, der in einer Aussendung behauptet, dass dieses Paket sozial ausgewogen ist, weil es kranke und sozial schwache Menschen nicht zusätzlich belastet, diese Aussage empfinde ich als zynisch und menschenverachtend.

Dort, wo strukturelle Anpassungen im Gesundheitssystem notwendig sind, müssen wir sie sicher machen und sie werden auch gemacht werden. Es darf aber nicht so weit kommen, dass derjenige, der krank ist, auch noch unverhältnismäßig tief in seine Tasche greifen muss.

Wir Sozialdemokraten wollen und werden eine Spaltung der Gesellschaft und die drohende Zweiklassenmedizin verhindern. (Beifall bei der SPÖ. – 18.01 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster auf der Rednerliste ist Herr Kollege Purr. Er hat das Wort.

Abg. Purr (18.01 Uhr): Danke, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich freue mich sehr, wenn das Landeskrankenhaus Deutschlandsberg in einem guten Licht hier dargestellt wird. Ich darf nur in Erinnerung bringen, weil das hier so irgendwo wieder vielschichtig angedeutet wurde, wie das Landeskrankenhaus Deutschlandsberg gekommen ist. Ich kann mir vorstellen, dass es jüngeren Kollegen nicht bekannt ist, wie es da wirklich zugegangen ist. Es hat eine Unterschriftenaktion gegeben, über 20.000, Bevölkerung quer Beet durch den gesamten Bezirk. Die ÖVP mit ihren damaligen Mandatären hat das ausgelöst. So ist es dann überhaupt ins Gespräch gekommen, dass das Landeskrankenhaus Deutschlandsberg eröffnet wurde. So viel, so weit nur für jene, die sich nicht mehr daran erinnern wollen, was damals dort eigentlich vor sich gegangen ist. Teil eins.

Teil zwei: Na ja, bitte, wie der Rechnungshof hier vorgegangen ist, scheint mir doch etwas zwielichtig zu sein. Damit kann ich mich nicht einverstanden erklären und da gilt es auch einmal ein offenes Wort gegen den Landesrechnungshof zu sagen. Denn wenn beispielsweise hier behauptet wird, dass es nur sieben Protokolle von 44 notwendigen gibt, so ist es buchstäblich die Unwahrheit. Man hat dort der Anstaltsleitung nicht einmal die Möglichkeit geboten, das darzustellen, denn seit dem Dienstantritt der Pflegedirektorin, der Frau Gallé, wurden wöchentliche Jour-Fix-Besprechungen der Anstaltsleitung abgehalten und auch Beschlussprotokolle vorgelegt. Das heißt, zwischen 1995 und 1998 haben wöchentliche Besprechungen stattgefunden, in Summe 160. Das ist den kontrollierenden Beamten scheinbar entgangen. Zu Beginn der Kontrolle dort an Ort und Stelle haben die Beamten in Aussicht gestellt, eine Schlussbesprechung vorzunehmen. Meine Damen und Herren, großartig, das gehört sich auch dazu. Ich würde mich wehren, wenn ein Finanzbeamter mir sagt, Herr Purr, wir machen eine Schlussbesprechung bei Ihnen, nur, letztendlich reißt er ab, packt seine Klamotten zusammen und schreibt mir vor, all die Fehler, die er gefunden hat, ohne dass ich dazu Stellung nehmen konnte.

Der Landesrechnungshof hat es bitte so gehandhabt, hat der Anstaltsleitung gesagt, selbstverständlich gibt es eine Schlussbesprechung, nur gemacht hat er sie nie. Infolgedessen muss ich sagen, lieber Landesrechnungshof, schöne Grüße, aber vielleicht überlegt man sich auch in Zukunft die Vorgangsweise.

Lassen Sie mich bitte aber auch noch ein Wort dazu sagen, weil ein Kritikpunkt des Landesrechnungshofes auch darin bestand, dass verschiedene Fahrten dort im Laufe der Zeit in Rechnung gestellt wurden. Ich darf Ihnen sagen, würde man alle berufsbedingten Fahrten dort tatsächlich verrechnen, so hätte das sicher ganz andere Ausmaße angenommen. Da wäre es wesentlich zu einer Verteuerung gekommen. Und vieles hätte sich aus dem Weg räumen lassen, wenn man die Möglichkeit geboten hätte, das auch zu diskutieren, das auch der Anstaltsleitung vorzulegen und der Anstaltsleitung die Möglichkeit zu geben, dazu Stellung zu nehmen. Das war nicht möglich.

Ich freue mich wirklich darüber, dass das Krankenhaus Deutschlandsberg exzellent geführt wird, zur Zufriedenheit der Bevölkerung. Wir möchten diese Einrichtung nicht missen, über 400 Beschäftigte dort, mit vielen, vielen idealistisch gesinnten Ärztinnen und Ärzten, die auch so auf diese Art und Weise den Notarzdienst eingerichtet haben. Das gilt es wirklich zu unterstreichen, denn anders wäre es ja dazu nicht gekommen.

Aber alles in allem sage ich im vollen Bewusstsein und mit voller Berechtigung, der Landesrechnungshof möge auch in der Vorgangsweise ein Augenmerk auf seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter legen, denn so kann es ja bitte nicht sein, dass die Anstaltsleitung dazu nicht Stellung nehmen darf und zuerst der Bericht in die Öffentlichkeit gelangt. Im Interesse der Beschäftigten des Landeskrankenhauses, der Belegschaft, der Anstaltsleitung verweise ich darauf in aller Öffentlichkeit und verwende mich gerne für die einsatzbereiten Menschen, die dort dazu beitragen,

dass es eine Sicherheit, eine Versorgung in Notfällen gibt und für alle jene, die sie dringend brauchen. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 18.05 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster auf der Rednerliste ist Herr Kollege Dr. Tremmel. Er hat das Wort.

Abg. Dr. Tremmel (18.05 Uhr): Herr Präsident, meine Herren Landesräte, meine Damen und Herren des Landtages!

Einmal der Gigel und einmal der Gogel, so könnte man sagen. (Gemeint sind ÖVP und SPÖ. – Abg. Riebenbauer: „Furchtbar!“) Nein, furchtbar ist es überhaupt nicht. Alle haben geschwärmt und wenn man die seinerzeitigen Protokolle hier durchliest, wie der Landesrechnungshof eingerichtet wurde, waren alle nicht nur dafür, sondern haben gesagt, jawohl, das ist wirklich eine unabhängige Kontrolle.

Wenn er jetzt natürlich etwas erwischt, wo es ein bisschen ans Eingemachte geht, dann wird man empfindlich. Dann werden Wortmeldungen uns vorgehalten von Kollegen.

Meine Vorgängerin Beate Hartinger hat hier etwas ganz Spezielles angeschnitten, ist bis jetzt noch nicht in Diskussion. Hier geht es um einen Fahrtkostenzuschuss. In den Dienstverträgen der Primärärzte steht drinnen, dass der Hauptwohnsitz – dort steht noch ordentlicher Wohnsitz, das ist seit 1995 falsch – in Deutschlandsberg zu nehmen ist. Das hat die Beate Hartinger kritisiert. Abgeordneter zum Nationalrat Staffaneller hat gesagt, das soll man unter dem Motto „Wohl des Patienten“ – und das geschieht ja in diesem Krankenhaus, dass man hier sehr wohl auf die Leute schaut – sehen. Faktum, meine Damen und Herren, ist, viele von Ihnen sind in einem öffentlichen Bereich hier angestellt. Jetzt stellen Sie sich vor, es wird hier irgendwo eine Zulage verrechnet – ich unterstelle das gar nicht den beiden Primärärzten –, die nicht genehmigt ist, und er weiß davon. Das Mindeste, meine Damen und Herren, ist, dass der hier ein Disziplinarverfahren kriegt.

Und man kann es bitte nicht so locker handhaben.

Nicht, dass man gegen die gute Einrichtung des Krankenhauses spricht. Es gibt hier Bereiche, die werden vom Rechnungshof ausgesprochen belobigt. Zum Beispiel etwa die Apothekenführung. Aber dass etwa die Konsiliarärzte zwar eine Anwesenheitsliste haben, aber die Ist-Zeit nicht verrechnet wird. Was heißt denn das, die Ist-Zeit ist nicht verrechnet? Also hier wird das zeitliche Ausmaß nicht festgestellt.

In der Schlussfeststellung des Rechnungshofes und aber auch des zuständigen Landesrates steht drinnen, das wird abgeschafft.

Grundsätzlich bin ich sehr froh, dass es hier das gegeben hat.

Nicht ganz habe ich die Ausführungen des Herrn Kollegen Kröpfl verstanden, der hier den Sprung auf einmal von Deutschlandsberg hin zu den Kassen gemacht hat. Und er hat gesagt, wir Sozialdemokraten werden nicht zulassen, dass es zu einer Zweiklassengesellschaft kommt. Sie Sozialdemokraten haben zugelassen, dass dazu Ansätze da sind, indem Sie uns die Verschuldung der Krankenkassen verschwiegen haben. Zuerst 0,5 Milliarden, dann 2,5 Milliarden, zu-

letzt, wie wir das übernommen haben, 6 Milliarden. Da liegt der Pudel begraben, das ist des Pudels Kern. (Beifall bei der FPÖ.)

Die Schulden, die Sie uns hinterlassen haben. Wir werden es verhindern, dass es zu einer Zweiklassengesellschaft kommt. Wir werden aber auch verhindern, dass diese sozialistische Verschwendungspolitik im einmaligen Ausmaß hier fortgeführt wird. Wir werden das sanieren. (Landesrat Dörflinger: „Das hat aber mit dem Tagesordnungspunkt nichts zu tun!“)

Bitte wieder zurück, weil der Herr Landesrat sich emotioniert, aufgeregt hat, zum Landeskrankenhaus Deutschlandsberg.

Herr Kollege Purr, Sie haben die Protokolle erwähnt, sieben von 44 Anstaltsleitungssitzungen. Und ich lese Ihnen bitte vor, was hier auf Seite 4 des Berichtes steht – er ist gar nicht herinnen, redet und verschwindet dann, aber ich sage es trotzdem. „Der Landesrechnungshof hat bei seiner Einschau für den Zeitraum von Jänner 1995 bis September 1998 (das sind 44 Monate) lediglich – und bitte, jetzt merken Sie auf – „sieben von 44 geforderten Anstaltsleitungssitzungsprotokollen vorgefunden.“ So steht es drinnen. (Landesrat Dörflinger: „Ein Wahnsinn!“) Ja net, das ist Wahnsinn.

Oder ist es nicht notwendig, dass hier entsprechend koordiniert wird, dass hier entsprechend besprochen wird, dass hier verbindliche Beschlüsse gefasst werden? Wenn das nicht notwendig ist, Herr Landesrat, dann tust du mir leid, weil dann verstehst du von einer Führung eines ordentlichen Landeskrankenhauses sehr wenig, weil in anderen geschieht das.

Hier steht dann weiter, und das sei hier auch positiv erwähnt. „Erst seit dem Dienstantritt des neuen Betriebsdirektors werden die in der Anstaltsordnung geforderten Anstaltsleitungssitzungen regelmäßig abgehalten und entsprechende Niederschriften verfasst.“

Es wird doch noch erlaubt sein, meine Damen und Herren, hier entsprechende Mängel aufzuzeigen und dafür zu sorgen, dass diese beseitigt werden. Nicht mehr und nicht weniger wollen wir. Herr Landesrat, wir werden sehr genau darauf achten, weil es hat ja geheißt, die sind bereits behoben, diese Mängel, weil wir werden sehr genau darauf achten, ob sie wirklich überall behoben sind. (Beifall bei der FPÖ. – 18.12 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Das Schlusswort hat der Herr Landesrat.

Landesrat Dörflinger (18.12 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte mich beim Abgeordneten Kröpfl und beim Klubobmannstellvertreter Purr für die sachlichen Wortmeldungen bedanken. Lieber Paul, über die Gesundheitspolitik reden wir einmal getrennt. Ich glaube, da werden wir noch viel Hetz und viel Gaudi haben, wenn es ums Eingemachte geht. (Abg. Dr. Tremmel: „Wir werden viel machen, wenn wir beide wollen!“)

Was das Landeskrankenhaus Deutschlandsberg betrifft, möchte ich dir vier Zitate vorlesen. Der gute Rat für jemanden, der so Politik macht, dass man eben

Leute „einizaht“, dass man möglichst viel skandalisiert und dies alles zusammen macht.

Originalzitat: „Hier sollte nicht versucht werden, mit Kleinigkeiten große Politik zu machen. Eine wie immer geartete Skandalisierungskampagne um das LKH Deutschlandsberg lehne ich strikt ab. Er selbst habe sich bei dem stationären Aufenthalt von den Vorzügen dieser Krankenanstalt, den ausgezeichneten Behandlungsmethoden, der guten Betreuung sowie einem funktionierenden Verwaltungssystem überzeugen können.“ (FPÖ-Abgeordneter Staffaneller.)

Ich glaube, der weiß, was er sagt, sagt das Richtige. (Abg. Dr. Tremmel: „Ich habe es vom Staffaneller!“)

Ich wünsche dir nicht, dass du einmal ins Krankenhaus Deutschlandsberg kommen musst, damit du weißt, wie gut es dort ist. Aber vielleicht fragst den Staffaneller, der weiß das auch. (Abg. Dr. Tremmel: „Günter, das war eine gefährliche Drohung!“ – Beifall bei der SPÖ. – 18.13 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

15. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1438/1, betreffend den Abverkauf des landeseigenen Grundstückes Nr. 84/3 aus dem Gutsbestand der EZ. 190, KG. 64110 Grazer Vorstadt, an das Österreichische Rote Kreuz.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Herrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Herrmann (18.14 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Mit Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom 27. September 1999 wurde der unentgeltlichen Überlassung der benötigten Flächen an das Österreichische Rote Kreuz zur Errichtung der Bezirksdienststelle Hartberg im Bereich des LKH Hartberg-Alt (8845 Quadratmeter der Gesamtfläche von 10.764 Quadratmeter) grundsätzlich zugestimmt.

Mit Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom 8. November 1999 wurde der Überlassung der benötigten Flächen an den Bund zur Errichtung des Finanzamtes Hartberg im Bereich des LKH Hartberg-Alt ebenfalls grundsätzlich zugestimmt, sofern sich – in diesem Fall aber – der Verkaufserlös im Rahmen des Gutachtens der Fachabteilungsgruppe Landesbaudirektion, Fachabteilung 4 c bewegt.

Weiters wurde ausgeführt, dass der Beschluss der Steiermärkischen Landesregierung vom 4. Juli 1994 sinngemäß anzuwenden ist, so dass eine öffentliche Ausschreibung dieses Grundstücksverkaufes nicht erforderlich ist.

Mit Schreiben der Rechtsabteilung 12 vom 24. November 1999 wurde dem Bund ein Anteil des Grundstückes Grazer Vorstadt im Ausmaß von 1919 Quadratmeter mit dem darauf befindlichen Gebäudeanteil (Näheres siehe Plan und Gutachten des Ingenieur-

büros Friedl-Rinderer) zum Preis von 2,852.800 Schilling zum Verkauf angeboten.

Die Finanzlandesdirektion für Steiermark ist in höchstem Maße an einer Mitnachnutzung des LKH Hartberg-Alt interessiert. Auch das Bundesministerium für Finanzen, vertreten durch den Bundessteuerinspektor, hat eindeutig seine Präferenz hierfür geäußert. Seitens des Bundesministeriums für wirtschaftliche Angelegenheiten ist an die Landesbaudirektion – in mittelbarer Bundesverwaltung – ein Planungs- und Kostenvergleich in Auftrag gegeben worden, welcher die Realisierung des Teilankaufes durch den Bund bisher noch nicht ermöglicht hat.

Es erscheint daher sinnvoll, dem Österreichischen Roten Kreuz auch die vom Bund für die Errichtung des Finanzamtes Hartberg benötigten Flächen – 1919 Quadratmeter samt Gebäudeanteil – abzutreten, sofern sich der Verkaufserlös im Rahmen des Gutachtens der Fachabteilung 4 c, also 2,852.800 Schilling, bewegt. Ansonsten würde sich nämlich eine Schlechterstellung des Landes Steiermark ergeben. Dadurch erhält das Österreichische Rote Kreuz eine Gesamtfläche von 10.764 Quadratmeter.

Das Land Steiermark, vertreten durch die Rechtsabteilung 12, hat mit Wirksamkeit ab 1. Jänner 2000 die Verwaltung des gegenständlichen Grundstückes von der Steiermärkischen Krankenanstaltengesellschaft mbH. übernommen.

Das Österreichische Rote Kreuz hat die Absicht, so schnell als möglich mit der Errichtung der Österreichischen Roten-Kreuz-Dienststelle Hartberg im LKH Hartberg-Alt zu beginnen und fallen seit dem 1. Jänner 2000 nicht unbeträchtliche laufende Instandhaltungskosten an.

Zufolge des Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung vom 3. April 2000 wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der vorstehende Bericht wird genehmigend zur Kenntnis genommen.

Zweitens: Der Abverkauf des landeseigenen Grundstückes Nr. 84/3 aus dem Gutsbestand der EZ. 190, KG. 64110 Grazer Vorstadt im Ausmaß von 10.764 Quadratmeter an das Österreichische Rote Kreuz zu einem Gesamtbetrag von 2,852.800 Schilling wird unter der – oben angeführten – auflösenden – Bedingung genehmigt. (18.18 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für den Bericht.

Herr Kollege Herrmann ist gleichzeitig erster Redner.

Abg. Herrmann (18.18 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident!

Wenn wir heute diese Vorlage beschließen, dann ist das eine sinnvolle und gute Nachnutzung des LKH Hartberg-Alt.

Jeder, der weiß, wie das bestehende Dienststellengebäude aussieht, weiß, dass es eine Änderung geben muss. Diese Dienststelle ist eingeeengt, sie kann sich nicht mehr ausdehnen auf diesem Platz, wo sie jetzt ist. Und sie kann aber vor allem auch verkehrstechnisch nie gut erreicht werden. Vor allem wenn man in den nördlichen Bereich wegfahren muss, ist die Fahrt nur durch eng und winkelige Gassen möglich.

Wenn man das derzeitige Finanzamt sieht, dann weiß man, dass dieses auf drei Gebäude aufgeteilt ist. Und jeder, der es gesehen hat – Klubobmann Flecker, wir waren auch im Keller des Finanzamtes –, muss sagen, es ist Zeit, dass dieses auch menschliche Räume erhält.

Nun steht eben das Landeskrankenhaus Hartberg-Alt als Alternative für diese beiden Institutionen da. Das Rote Kreuz hat schon verhandelt mit dem Sanatorium Schmidt, dass man das ankauft. Nun sollte man den Vergleich ansehen. Beim Sanatorium Schmidt hätten wir erstens einmal 18 Millionen – so war die erste Schätzung – an Kaufpreis aufbringen müssen, beim LKH Hartberg-Alt ist für das Rote Kreuz 0 Schilling aufzubringen. Beim Sanatorium Schmidt wäre die Auffahrt zu der Landesstraße zu errichten gewesen. Hier beim alten Landeskrankenhaus ist das schon vorhanden.

Wie schon in meinem Bericht erwähnt, gab es zwei Landesregierungsbeschlüsse, am 27. September 1999 8845 Quadratmeter für das Rote Kreuz unentgeltlich und am 8. November 1999 für das Finanzamt, wie es heißt die benötigte Fläche für das Finanzamt, der Verkaufserlös sollte sich im Rahmen des Gutachtens bewegen. Es wurde auch eine Machbarkeitsstudie vom Ingenieurbüro Friedl-Rinderer erstellt.

Jetzt ist er nicht da, mein Freund Abgeordneter Lopatka – seine Pressemeldungen waren dieser Sache nicht dienlich, denn am 23. Februar dieses Jahres hatte er gesagt, „Landesrat Dörflinger hat kläglich versagt“, obwohl er wissen muss, dass eben diese beiden Landesregierungsbeschlüsse vorhanden sind und dass auch diese Machbarkeitsstudie vorliegt. Aber leider ist er nicht da, darum kann ich mit ihm jetzt nicht sprechen. Aber ich glaube, eines ist schon klar, wenn man versucht, irgendwas hinzuschmeißen, irgendwas wird schon hängen bleiben, denn die Bevölkerung draußen weiß ja nicht, dass es diese Landesregierungsbeschlüsse gibt.

Ich glaube, wir können uns bei unserem Landesrat, aber auch beim Land Steiermark wirklich bedanken, dass wir diese Flächen unentgeltlich bekommen.

Wie gesagt, inzwischen ist auch diese Prüfung vom Bund erfolgt. Dort ist geprüft worden, ob man das alte Finanzgebäude umbaut, wo auch der Keller und das Dachgeschoß umgebaut werden und der Vergleich, wenn man das Landeskrankenhaus Hartberg-Alt ausbaut. Und hier ging es zugunsten des Landeskrankenhauses. Es wäre der Umbau des alten Finanzamtes um 12 Millionen teurer gekommen. Ich glaube, das ist eine gute Sache.

Ich weiß, es gibt die Diskussionen draußen, obwohl wir es geschenkt bekommen, müssen die Gemeinden mehr bezahlen. Aber das ist eben so, unser Bezirkshauptmann hat halt immer die Wünsche, eine Sozialstation mit Wohnungen hätte es eben beim Sanatorium Schmidt nicht gegeben, im alten Landeskrankenhaus gibt es sie, und es sind auch die Quadratmeter um zirka 1400 höher als im Sanatorium Schmidt.

Ich glaube, wir vom Bezirk sollten uns alle bedanken beim Land Steiermark, dass hier eine so gute Lösung gefunden wird. Ich bin der Meinung, für uns ist das immer klar gewesen, dass dieser Beschluss heute positiv ausgehen wird. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 18.23 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist Herr Kollege Riebenbauer.

Abg. Riebenbauer (18.23 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Nach dem Motto „In der Kürze liegt die Würze“ werde ich wieder einmal handeln. Der Herr Kollege Herrmann hat ja sehr vieles, was uns gemeinsam in dieser Angelegenheit betrifft, schon gesagt und mit dem heutigen Beschluss setzen wir ein endgültiges Zeichen und den Grundstein für den Bau der Orts- und Bezirksstelle Hartberg im bisherigen alten LKH.

Ein langwieriger Denkprozess, Diskussionsprozess geht zu Ende. Ich glaube, dass sehr viele dazu beigetragen haben, dass dies nun ermöglicht wird, sei es nun die Mitfinanzierung des Landesverbandes des Roten Kreuzes oder auch die Mitfinanzierung von der Frau Landeshauptmann und sei es eben die Zurverfügungstellung des Grundstückes durch die Landesregierung und heute auch durch uns, durch den Landtag.

Das alte Krankenhaus Hartberg ist eben in der Nähe des neu geschaffenen Kreisverkehrs und da wissen wir, dass dies verkehrstechnisch sicherlich sehr günstig ist. Es ist vor allen Dingen auch deshalb so günstig, weil es in der Nähe des neuen Landeskrankenhauses ist und eben die Notärzte sofort zur Verfügung stehen werden.

Was uns ja immer wieder bedrückt hat und was auch wir in einem Antrag im Landtag eingebracht haben, war die Situation des Finanzamtes Hartberg in dem bisherigen Gebäude, wo dringend Sanierungsbedarf ist und wo wir hoffen, dass dieses Finanzamt Hartberg auch in das alte LKH Hartberg übersiedeln kann. Meine Information ist, dass die letztgültige und endgültige Entscheidung zurzeit im Finanzministerium aufliegt und hoffentlich bald auch endgültig fixiert wird.

Ich möchte mich bei allen bedanken, die sich bemüht haben, dass dieser Beschluss zustande gekommen ist. Ich möchte aber auch allen ehrenamtlichen und hauptberuflichen Mitarbeitern des Roten Kreuzes danken, denn wir fühlen uns durch ihre Arbeit in unserem Bezirk in Sicherheit.

Einen kleinen Wermutstropfen haben die Gemeinden in dieser Angelegenheit. Herr Landesrat Dörflinger, du hast in „Steiermark Aktuell“ darüber informiert, dass das alte LKH den Gemeinden eigentlich gratis zur Verfügung gestellt wird und dass es dadurch auch den Gemeinden wesentlich weniger kostet. Irgendwo ist da die Rechnung schief gegangen, weil es kostet jetzt den Gemeinden mehr als vorher. Das gehört noch ausdiskutiert. Aber das ist halt so. Ich glaube, du weißt da gar nichts davon, dass das jetzt so ist. Jedenfalls hast du in dieser Aussendung gesagt, das kostete vorher 60 und jetzt 25 Millionen. Da haben die Bürgermeister gesagt, was ist denn jetzt los, jetzt sollen wir auf einmal mehr zahlen? Aber das ist der einzige Wermutstropfen in diesem Diskussionsbeitrag. Geschätzte Kosten für das Sanatorium Schmidt wären 43 Millionen gewesen, Leistung der Gemeinden – soweit ich meine Aufstellung habe – ist 8,5, und jetzt haben wir 53 Millionen und Leistung der Gemeinden 25,5 Millionen Schilling.

Aber wir werden versuchen, dass die Gemeinden den bestmöglichen Beitrag leisten.

Zu diesem Diskussionspunkt noch einen kleinen Beitrag. Angeblich gibt es eine Presseinformation der Freiheitlichen, wonach unser Klubobmann Schützenhöfer heute verhindert hätte, dass man einen Entschließungsantrag eingebracht hätte zum Thema „Notarzwagen Vorau“. Ich kann nur konkret dazu nach meiner Information sagen, dass darüber nicht abgestimmt wurde, dass Schützenhöfer das nicht verhindert hat, sondern dass man sich dann eben geeinigt hat, einen eigenständigen Antrag einzubringen.

Wenn das, was ich jetzt gesagt habe, nicht stimmt, dann bitte ich mich zu korrigieren, und wenn es stimmt, dann bitte die Presse zu korrigieren. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 18.27 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster auf der Rednerliste ist Herr Kollege Schreiner. Er hat das Wort. (Abg. Ing. Schreiner: „Ich ziehe zurück, danke!“) Er zieht zurück.

Dann hat der Herr Landesrat das Wort.

Landesrat Dörflinger (18.27 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bedanke mich sehr herzlich für die positiven Beiträge zu diesem Thema. Man sieht, dass, wenn man versucht gemeinsam irgendwas zu machen, dass man es besser zusammenbringt, als wenn einer dem anderen jeweils unterstellt, dass der andere ganz etwas anderes will.

Ich freue mich ganz besonders, dass das alte LKH einer Nutzung zugeführt wird, die nicht nur sinnvoll ist, sondern vor allem jenen Leuten auch wirklich nützt, die sich unentgeltlich, freiwillig, tagaus, tagein in den Dienst der Sache stellen, nämlich den Leuten des Roten Kreuzes, die zum Teil hier hinten vertreten sind. Ich glaube, ihr habt es wirklich verdient, dass ihr eine ordentliche Unterkunft bekommt, dass ihr eine ordentliche Unterbringung findet. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube auch, dass wir wahrscheinlich mit dieser Geschichte ein Modell schaffen werden, dass wir nämlich versuchen werden, viel mehr noch als bisher, die Roten-Kreuz-Dienststellen direkt in die Nähe der Krankenhäuser zu bringen. Das bietet sowohl dem Notarzt als auch anderen Bereichen natürlich Vorteile.

Ich freue mich wirklich, dass das geklappt hat. Ich sage dazu, für mich der Wermutstropfen ist noch, dass ich nicht den Mitarbeitern des Finanzamtes Hartberg heute auch gratulieren kann, dass etwas Neues kommt. Ich hoffe, weil ich mir das Haus dort auch selber angeschaut habe, weil die Alternativen, die es dort gäbe, nämlich das Haus bei laufendem Betrieb umzubauen, für die Mitarbeiter dort wirklich eine Katastrophe wäre, dass wir es schaffen, gemeinsam noch eine endgültige Entscheidung zustande zu bringen, so dass neben dem Roten Kreuz die Finanz hineinkommt. Ich habe dazugesagt, bei manchen steuerpolitischen Entscheidungen wird es wahrscheinlich eh günstig sein, wenn einer ins Finanzamt geht, dass gleich das Rote Kreuz daneben ist und wir ihn dann ins LKH hineinbringen können.

In dem Sinne ist es eine sehr synergetische Lösung. Ein steirisches Glückauf! Danke und alles Gute! (Beifall bei der SPÖ. – 18.29 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Nunmehr bitte ich Sie mit mir darin übereinzustimmen, dass wir die Tagesordnungspunkte 16 bis 19 gemeinsam behandeln, aber selbstverständlich getrennt abstimmen. Ich bitte um Zustimmung mit der Hand. Gegenprobe.

Wir dürfen also so vorgehen.

16. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1092/2, zum Beschluss Nr. 1223 des Steiermärkischen Landtages vom 27. April 1999 über den Antrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Purr, Riebenbauer und Dr. Lopatka, betreffend Vorlage eines Berichtes über die Situation des Sports im Bundesland Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (18.30 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf zum gegenständlichen Antrag berichten, dass eine Vorlage über die Situation des Sportes im Bundesland Steiermark seitens der Landesregierung dem Landtag vorgelegt und in der letzten Ausschusssitzung behandelt worden ist.

In dieser Regierungsvorlage wird festgestellt, dass im Vergleich mit den einzelnen Budgets anderer Bundesländer die Steiermark in vielen Bereichen einen Nachholbedarf hat. So beim Kurswesen, bei Investitionen, bei der Nachwuchs- und Jugendförderung, bei der Veranstaltungsförderung, bei der Trainerförderung, bei Breiten- und Gesundheits-sportförderung, aber auch bei der Spitzensportförderung und bei diversen Vorhaben der Sportverbände.

Ich bitte, diesen vorliegenden Bericht des Ausschusses zur Kenntnis zu nehmen! (18.30 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Danke für den Bericht.

17. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1203/56, zum Beschluss Nr. 1329 des Steiermärkischen Landtages vom 30. Juni 1999 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Kehsmiri, Gross, Gennaro, Schützenhöfer und Straßberger, betreffend Anhebung des Sportbudgets ab 2001 für Sportförderung in den Bereichen Breitensport, Nachwuchssport, Behinderten- und Versehrten-sport, zumindest auf den österreichischen Durchschnitt.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (18.31 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zu dieser Vorlage darf ich folgenden Bericht geben, den Sie alle vor sich liegen haben und auch kennen, wie ich annehme.

Eine Gegenüberstellung wird in dieser Vorlage aufgezählt bezüglich des Sportbudgets, aufgeschlüsselt nach den Bundesländern, wo die Steiermark mit 64,271.000 Schilling das Schlusslicht im Sportbudget 1998 hat. Die interne Aufteilung des Sportbudgets ergibt sich für den Breitensport, Spitzensport und die Vereine.

In dieser Analyse ist aber nicht berücksichtigt der Pflichtbeitrag des Landes für das Stadion Liebenau, Aufwendungen für das Landessportzentrum Steiermark und die amtsinternen Pflichtbeiträge.

Somit sind in der oben angeführten Analyse ausschließlich die Sportförderungsmittel des Landes Steiermark für 1998 enthalten.

Ein Resümee daraus: 83,7 Prozent werden für Breitensportaktivitäten zur Verfügung gestellt, das sind 51,406.681 Schilling. 16,3 Prozent werden für Spitzensportaktivitäten aufgewendet, das sind 10,008.000 Schilling.

Die Landesregierung stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1329 des Steiermärkischen Landtages vom 30. Juni 1999 über den Antrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Gross, Gennaro, Schützenhöfer und Straßberger, betreffend Anhebung des Sportbudgets ab 2001 für Sportförderung in den Bereichen Breitensport, Nachwuchssport, Behinderten- und Versehrten-sport auf zumindest österreichischen Durchschnitt, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme! (18.33 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Danke für diesen Bericht.

18. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1203/55, zum Beschluss Nr. 1324 des Steiermärkischen Landtages vom 30. Juni 1999 über den Antrag der Abgeordneten Straßberger, Tasch, Gross und Korp, betreffend Vorlage eines Ersuchens an die Bundesregierung, dass Sportförderungsmittel des Bundes in einem 40-prozentigen Anteil neben WM und EM auch für international bedeutsame Sportveranstaltungen zur Verfügung gestellt werden.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Dr. Lopatka. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Lopatka (18.33 Uhr): Ich darf zum Tagesordnungspunkt 18 folgenden Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler bekannt geben.

Dieser Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen, dass der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1324 des Steiermärkischen Landtages vom 30. Juni 1999 über den Antrag der Abgeordneten Straßberger, Tasch, Gross und Korp, betreffend Vorlage eines Ersuchens an die Bundesregierung, dass Sportförderungsmittel des Bundes in einem 40-prozentigen

Anteil neben WM und EM auch für international bedeutsame Sportveranstaltungen zur Verfügung gestellt werden, als Zwischenbericht zur Kenntnis zu nehmen. Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (18.34 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz:

19. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahlen 1212/2 und 1231/2, zum Beschluss Nr. 1424 des Steiermärkischen Landtages vom 28. September 1999 über die Anträge der Abgeordneten Dr. Flecker, Bacher, Mag. Erlitz, Tasch, Kröpfl und Straßberger, betreffend die Bewerbung der Region Murau für die Snowboard-WM im Jahr 2003 am Kreischberg.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Mag. Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (18.34 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1424 des Steiermärkischen Landtages vom 28. September 1999 über die Anträge der Abgeordneten Dr. Flecker, Bacher, Mag. Erlitz, Tasch, Kröpfl und Straßberger, betreffend die Bewerbung der Region Murau für die Snowboard-WM im Jahr 2003 am Kreischberg.

Über diesen Beschluss Nr. 1424 hinausgehend, wird sich der Bewerber, die Region Kreischberg/Murau, nach Kontakten mit der FIS und dem ÖSV auch um die Freestyle-WM 2003 bewerben.

Des Weiteren wird für den Fall, dass für 2003 kein Zuschlag erfolgt, eine Bewerbung für 2005 vorbereitet.

Hiezu erstattet die Steiermärkische Landesregierung folgenden Bericht:

Dieser Bericht wird als Beilage „Bewerungskonzept Murau/Kreischberg“ vorgelegt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher zufolge ihres Beschlusses vom 31. Jänner 2000 folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Das vorliegende Bewerbungskonzept zum Beschluss Nr. 1424 des Steiermärkischen Landtages vom 28. September 1999 über die Anträge der Abgeordneten Dr. Flecker, Bacher, Mag. Erlitz, Tasch, Kröpfl und Straßberger, betreffend die Bewerbung der Region Murau für die Snowboard-WM im Jahr 2003 am Kreischberg, wird zur Kenntnis genommen.

Zweitens: Die Bewerbung von Murau/Kreischberg um die Snowboard- beziehungsweise Freestyle-WM 2003 beziehungsweise 2005 wird unterstützt.

Drittens: Die für die Bewerbung 2003 notwendigen Landesmittel in der Höhe von 2 Millionen Schilling werden im Wege einer Sonderfinanzierung zur Verfügung gestellt. Die Bedeckung hat gesondert über die Landesfinanzabteilung zu erfolgen.

Viertens: Bei Zuschlag durch den für die Bewerbung zuständigen FIS-Kongress ist dem Steiermärkischen Landtag umgehend ein Gesamtkonzept mit allen infrastrukturellen Notwendigkeiten und finanziellen Auswirkungen gesondert vorzulegen. Ich bitte um Annahme des Antrages. (18.36 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Erster Redner ist ebenfalls Herr Kollege Erlitz. Er hat das Wort.

Abg. Mag. Erlitz (18.36 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nach einer Marathondebatte sind wir jetzt endlich beim Thema „Sport“ angelangt. Aber es freut mich, dass diesem Thema heute doch ein breiterer Raum eingeräumt wird. (Abg. List: „Ohne Landesrat!“) Ohne Landesrat.

In politischen Sonntagsreden wird ja zwar immer von der Bedeutung des Sports gesprochen, der für viele Menschen doch ein wesentlicher Gestaltungsbereich ihrer Freizeit ist, der junge Menschen vor Langeweile und Müßigkeit und letztlich vor dem Griff zum Alkohol und zu Drogen bewahrt und der nicht zuletzt auch einen enormen gesundheitlichen Wert aufweist, denn wie wir wissen, in der Zeit der Herzinfarkte und Haltungsschäden ist eben der Ausgleichssport zur wahren Medizin geworden. Somit ist gerade die sportliche Breitenarbeit längst zur eigentlichen Schicksalsfrage der Menschen geworden.

Dennoch erhält der Sport in der politischen Diskussion, in der tagespolitischen Diskussion meines Erachtens bei weitem nicht jenen Stellenwert, der ihm eigentlich zukommen müsste. Eher selten, auch hier im Landtag, wird über dieses Thema gesprochen. Ich würde sagen, Weihnachten findet glaube ich öfter statt als sportpolitische Diskussionen hier in diesem Haus – leider.

Man beklagt zwar, dass durch diverse Sparmaßnahmen, Sparpakete des Bundes der Schulsport arg in Mitleidenschaft gezogen wird, vor allem im Bereich der unverbindlichen Übungen, die starken Einschränkungen ausgesetzt sind. Die Folge wissen wir. Sie ist unter anderem, dass die Kinder immer größere Defizite im motorischen und auch im koordinativen Bereich aufweisen. Mit einem Wort, unsere Kinder werden immer patscherter. Ich komme darauf später noch einmal zurück.

Aber die Sportpolitik im Allgemeinen, aber auch die Sportpolitik des Landes wird leider nicht in der Form initiativ, durch spezielle Modelle diese Defizite zu beseitigen oder zumindest zu reduzieren. Vielmehr setzt die Sportpolitik des Landes ihre Schwerpunkte, wie wir wissen, im Eventbereich – ich nenne hier den A1-Ring – oder im Bereich der Subventionspolitik von Profivereinen – ich nenne die Fußballvereine –, ohne diese Fördergelder mit obligatorischen, transparenten und evaluierbaren Jugendsportprogrammen zu junktieren.

Für mich als Sportsprecher, und ich betone Sportsprecher meiner Partei, ist nicht entscheidend, wie viele Menschen zum A1-Ring am Wochenende gefahren sind oder wie viele ins Schwarzenegger-Stadion gepilgert sind und wie viele Paar Würsteln, wie viele Krügerl Bier dort konsumiert wurden, für mich als Sportsprecher ist entscheidend, wie viele Menschen in diesem Lande – von der Jugend angefangen bis zu den Pensionisten und auch Behinderten – regelmäßig aktiv Sport betreiben und ihren sportlichen Neigungen nachkommen auf vorhandenen Sportstätten, oder eben nicht nachkommen auf nicht vorhandenen Sportstätten.

Aber auf diesem für mich doch eminent wichtigen Aufgabengebiet ist uns die Sportpolitik in diesem Lande, so meine ich, doch noch sehr vieles schuldig geblieben, vor allem dann, wenn man weiß, dass etwa 35 Prozent der Bevölkerung nur selten und ein knappes Viertel überhaupt keinen Sport betreibt. Und auf 10 Prozent sinkt der Anteil der sportlich Aktiven, wenn man davon ausgeht, dass, um sicher medizinisch messbare Wirkungen zu erzielen, man mindestens zwei Stunden pro Woche sportlich aktiv sein sollte.

Hier müssen seitens der Landespolitik einfach mehr Aktivitäten gesetzt werden, um einerseits den Sporttreibenden entsprechende Rahmenbedingungen und Sportstätten zur Verfügung zu stellen, andererseits den vielen ehrenamtlichen Funktionären zu zeigen, dass ihre Arbeit geschätzt und der Gesellschaft auch etwas wert ist.

PR-Aktionen, Plakataktionen mit „Steiermark ist das Sportland Nummer 1“, das ist einfach hier zu wenig. Hier sind Taten gefragt. Und vor allem, es sind verstärkte Bemühungen um die Gruppe der Sportpassiven notwendig.

Unter dem Aspekt ihres gesellschaftlichen und letztlich gesundheitspolitischen Auftrages darf es der Landessportpolitik nicht gleichgültig sein, dass noch sehr viele Steirer und Steirerinnen nicht regelmäßig beziehungsweise fachlich gut betreut sportlich tätig sind, weil sie sich vielleicht auch mit dem Thema Sport gar nicht auseinandersetzen möchten. Das heißt, hier ist eine entsprechende Animationsarbeit gefragt. Aber diese Animationsarbeit auf Seiten der Sportpolitik des Landes hieße auch, diese Sportpolitik des Landes neu zu orientieren, hieße auch, hier neue Schwerpunktsetzungen festzuhalten.

Andererseits, wie wir auch natürlich wissen, hat sich die sportliche Jugendarbeit in den letzten Jahren sicherlich erschwert und auch geändert. Die Jugend von heute ist freiheitsliebend und ihre Ansprüche an Unabhängigkeit, Individualität, Spontanität sind hoch. Und diese Gruppe der Individualsportler stellt im Gegensatz zu den Vereinsmitgliedern auch wesentlich höhere Ansprüche an Beschaffenheit und Ausstattung der Sportstätten und vor allem ist ihnen auch eine entsprechende Atmosphäre wichtig.

Um nun einerseits das passive sportliche Verhalten zumindest zu reduzieren beziehungsweise eben den Individualsportlern entsprechende Möglichkeiten der Umsetzung ihrer sportlichen Neigungen zu ermöglichen, hat meine Fraktion oder ein Teil meiner Fraktion eigentlich die Hausaufgaben des Sportreferenten des Landes übernommen – aber wir lassen ihn durchaus abschreiben, – und zwei mögliche Modelle zur Erreichung dieser von mir gerade angesprochenen Ziele überlegt und stellen diese auch zur Diskussion.

Und zwar, Punkt eins, haben wir uns die Einrichtung eines Jugendsportförderungsfonds überlegt. Das heißt die Einrichtung eines Fonds, der beim Land eingerichtet sein soll und natürlich auch mit einer entsprechenden Summe ausreichend dotiert werden müsste. Sport muss uns auch etwas wert sein!

Verein, Gemeinde und Schulen könnten Projekte im Bereich des Jugendsports erarbeiten und so eine Förderung aus dem Fonds beim Land Steiermark

beantragen. Und es würde in diesem Zuge sicher auch ein Wettbewerb der besten und kreativen Ideen entstehen, der in der Folge eben unsere sportliche Landschaft zu entsprechender Prosperität führt und vielen Jugendlichen attraktive Angebote unterbreitet. Ist eine Möglichkeit, ist ein Diskussionsbeitrag – Jugend-sportförderungs-fonds.

Und hier hätte auch, das muss ich dazusagen, eine Jugendsportförderung durchaus für Profivereine Platz. Ich bin nicht gegen die Förderung von Profivereinen, nur muss man das Geld verfolgen können, man muss es evaluieren dürfen und genau nachvollziehen dürfen, wofür wurde das Geld eingesetzt. Für Jugendsportförderung kann das Geld selbstverständlich auch solchen Profivereinen zur Verfügung gestellt werden, aber wenn eben diese Profivereine ein entsprechendes Projekt vorlegen können und eben dieses Projekt durch das Land evaluiert werden kann.

Ich nenne ein Beispiel, das da hineinpassen würde: Das Kooperationsmodell zwischen dem GAK – Profiverein Liebherr GAK – und meiner Schule, der HIB Graz-Liebenau. Wir haben so ein Kooperationsmodell jetzt mit dem GAK beschlossen. Das heißt, es wird hier eine Fußballnachwuchsakademie errichtet. Wir stellen dem GAK unsere Sportstätten zur Verfügung, diese, sofern sie die Begabungen haben, diese BNZ-Schüler gehen bei uns in die Schule und können auch das Internat besuchen.

So ein Modell könnte natürlich auch entsprechende – dieses Jugendsportfördermodell – Förderungen vom Land lukrieren dürfen. Das ist nachvollziehbar, das ist evaluierbar, man kann jederzeit schauen, was mit dem Geld passiert.

Wogegen ich bin ist, dass man das Geld einfach dem Verein gibt und die machen halt damit irgendeine Weihnachtsfeier, kaufen sich einen tollen Sänger ein oder kaufen sich einen neuen Spieler ein. Das soll nicht passieren.

Geld ja – auch für Profivereine –, wenn das Geld wirklich in die Jugendsportförderung hineinfließt, aber nachvollziehbar muss das sein.

Das zweite Modell, das wir hier anbieten können, wäre die Einrichtung eines – so haben wir es einmal genannt – Jugendsportkoordinators, eines Sportkoordinators, der auf der Gemeinde- oder Bezirksebene eingerichtet werden könnte, je nachdem wie groß die Gemeinde ist, je nachdem wie groß der Bezirk ist.

So, wie sich eben Gemeinden, erfreulicherweise muss ich sagen, Musikschulen leisten zur Förderung von musischen Begabungen, so sollten sie sich auch einen Sportkoordinator leisten oder einen Sportkoordinator einsetzen, der, so wie in den Musikschulen die Lehrer, zum Teil vom Land bezahlt werden könnte. Also so könnte dieser Sportkoordinator auch teilweise vom Land finanziert werden – über die Verteilung kann man reden.

Dieser Sportkoordinator sollte einerseits sportlicher Animator sein, er sollte Referententätigkeiten übernehmen in dieser Gemeinde und andererseits wäre er auch ein wichtiges Verbindungsglied zwischen, und ich sage jetzt, dem Kindergarten, der ein äußerst wichtiger Bereich ist, und Schule auf der einen Seite und den Vereinen auf der anderen Seite. Also ein

Verbindungsglied zwischen Kindergarten/Schule und den Vereinen in der Gemeinde.

Die traditionellen Angebote – darf ich dazusagen – decken ja meist die Bedürfnisse für den Spitzen- und Leistungssport ab, aber den Trends im Freizeitsport und hier vor allem der polysportiven Betätigung sollte eben viel mehr Beachtung geschenkt werden.

Der Sportkoordinator weiß nämlich dann ganz genau, welche Kundenwünsche bestehen vor Ort, indem er ja unmittelbar die Jugend kontaktiert, die Jugend unmittelbar fragt, denn die direkte Kommunikation ist hier eminent wichtig.

Und für die Wissenschaft – ich komme noch einmal auf den Kindergarten zurück – steht jedenfalls fest, Sporterziehung muss im Kindergarten beginnen. Wir wissen, dass es gerade hier große Defizite gibt. Trotz der anhaltenden Fitnesswelle und dem Streben nach Extremleistungen beklagen also immer wieder Mediziner, und das seit mehreren Jahren, den stetig schlechter werdenden Gesundheitszustand nicht nur der erwachsenen Bevölkerung, sondern auch bei Kindern. Schon bei Kindern und Jugendlichen ist die körperliche Leistungsfähigkeit und der Gesundheitszustand oft in einem Besorgnis erregenden Zustand. Es gibt Defizite im motorischen Bereich, aber auch Defizite im sozialen Verhalten, was man auch bei Schülern immer wieder feststellen kann. Bei Volksschulkindern ist das bereits feststellbar. Das heißt, diese Erziehung im motorischen Bereich, im koordinativen Bereich, aber auch im sozialen Verhalten muss im Kindergarten beginnen.

Das heißt, hier müsste man bereits mit dieser sportlichen Arbeit beginnen. Eine Möglichkeit, wie gesagt, früh präventiv wirksam zu sein, besteht sicherlich darin, das tägliche Bewegungsquantum bei Kindern und Jugendlichen einfach wieder zu erhöhen. Die Sporterziehung, die seit Jahrzehnten an den Schulen praktiziert wird, reicht jedoch nicht aus, die bestehenden Defizite zu beheben, sage ich hier ganz offen. Das heißt, hier muss eben in dem Fall, sage ich noch einmal, die Landessportpolitik einsetzen und hier sind grundlegende strukturelle Veränderungen erforderlich, um auf diese aktuelle Situation adäquat reagieren zu können und diese Defizite zu beseitigen. Abgesehen von diesen erforderlichen Veränderungen im Schulbereich sollte eben, wie gesagt, bereits im Kindergarten mit einer Art Sporterziehung begonnen werden und der hier angesprochene Sportkoordinator könnte in diesem Zusammenhang sicherlich eine entscheidende Rolle spielen.

Und ich darf dazu jetzt auch einen Unselbstständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Landtages einbringen, betreffend neue Wege in der Jugendsportförderung. Ich darf den Vorspann streichen, ich habe schon begründet, warum wir den Sportkoordinator brauchen beziehungsweise diesen Förderungsfonds und ich darf nur den Antrag selbst vorlesen.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens zur Förderung des Jugendsportes in der Steiermark einen Landesjugendsportförderungsfonds einzurichten und diesen entsprechend zu dotie-

ren. Aus diesen Mitteln sollen Jugendsportprojekte von Gemeinden, Vereinen und Schulen gefördert werden und zweitens ein Konzept zur Einrichtung von Sportkoordinatoren und -koordinatorinnen auf Gemeinde- beziehungsweise Bezirksebene zu erarbeiten, um Kinder und Jugendliche frühzeitig an den Sport heranzuführen.

Es mag schon Gemeinden geben, wo es da und dort so eine Art Sportkoordinator gibt, meistens sind es Lehrer, Pflichtschullehrer, AHS-Lehrer, die auch bereits eine Verbindung herstellen zwischen Verein und Schule, aber das ist eher auf Zufall ausgerichtet. Hier müsste man eben professioneller vorgehen, um hier wirklich in allen diesen Gemeinden Koordinatoren einzurichten. Aber dort, wo schon etwas vorhanden ist, diese Strukturen sollte man klarerweise bestehen lassen oder quasi kopieren, wenn sie gut funktionieren.

Ich darf aber noch einen Entschließungsantrag einbringen. Einer seriösen Sportpolitik müsste es auch ein Anliegen sein, die Vielfalt des sportlichen Angebotes zu erhalten und zu fördern. Und es sind in erster Linie die Vereine die Garanten für ein breit gefächertes polysportives Angebot. Deswegen ist eine der wichtigsten Aufgaben der Sportpolitik den Vereinen entsprechende Hilfen anzubieten, denn auch sie sind letztendlich einem für sie gefährlich werdenden Struktur- und Wertewandel ausgesetzt.

Meine Damen und Herren, am 11. Dezember 1997 wurde aus diesem Grund in der Landtagssitzung der Beschluss gefasst, die Landesregierung aufzufordern, eine Novellierung des Steiermärkischen Landessportgesetzes zu erarbeiten, in der eine ausreichende und ausgewogene Förderung der vielen kleinen Sportvereine festgeschrieben wird. Und es mag – ich muss es hier sagen – ein deutliches Indiz dafür sein, dass einfach ein für mich zumindest wesentlicher Aufgabenbereich der Sportpolitik in diesem Lande, denn Sport- und Bewegungserziehung ist einfach als gesellschaftlicher Auftrag zu sehen, dass ein wesentlicher Aufgabenbereich der Sportpolitik in diesem Lande einfach nur sporadisch oder rudimentär wahrgenommen wird. Denn bis heute liegt, trotz eines entsprechenden Ersuchens des Unterausschusses am 24. November 1999 keine diesbezügliche Vorlage vor, obwohl der Termin Ende März gewesen wäre. Aus diesem Grunde darf ich einen weiteren Entschließungsantrag betreffend Novellierung des Landessportgesetzes der Abgeordneten Mag. Erlitz, Dr. Flecker und Keshmiri hier einbringen.

In der Landtagssitzung vom 11. Dezember 1997 wurde der Beschluss gefasst, die Steiermärkische Landesregierung aufzufordern, im ersten Halbjahr 1998 dem Landtag einen Entwurf einer Novellierung zum Steiermärkischen Landessportgesetz 1988 vorzulegen, in dem eine ausreichende Förderung kleiner Sportvereine und eine ausgewogene Förderung sämtlicher Sportvereine vorgesehen wird.

In der Folge wurde von Seiten der zuständigen Abteilung in einer Regierungsvorlage vom Juni 1998 darauf hingewiesen, dass eine Novelle ausgearbeitet wurde und ein Novellierungsentwurf dem Landtag im Herbst 1998 nach Beendigung des Begutachtungsverfahrens vorgelegt wird. In weiterer Folge wurde diese Regierungsvorlage einem Unterausschuss zu-

gewiesen und in der Unterausschussverhandlung am 24. November 1999 kamen die Verhandler und Verhandlerinnen darüber überein, den zuständigen Landesrat zu ersuchen, eine Regierungsvorlage zum Landessportgesetz bis zum 31. März 2000 vorzulegen. Im Dezember 1999 wurde ein Brief mit erwähntem Inhalt an das zuständige Regierungsmitglied verfasst. Leider ist bis zum heutigen Datum keine Regierungsvorlage zur Novellierung des Landessportgesetzes dem Landtag vorgelegt worden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag umgehend eine Regierungsvorlage zur Novellierung des Steiermärkischen Landessportgesetzes 1988 zur Beschlussfassung vorzulegen, wobei in der Novellierung eine ausreichende Förderung kleiner Sportvereine und eine ausgewogene Förderung sämtlicher Sportvereine vorgesehen werden soll. Für die entsprechende Vollziehung – auch das Budget betreffend – ist zu sorgen.

Ich bitte auch um Annahme dieses Antrages und bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 18.54 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist Herr Kollege Bacher. Er hat das Wort.

Abg. Bacher (18.55 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Kollege Erlitz, du hast einige Themen angeschnitten, da gäbe es vieles zu sagen, aber vorweg möchte ich betonen, dass die Steiermark wirklich das Sportland Nummer eins in Österreich ist, nicht nur wegen ihrer Spitzensportler, sondern es ist in den letzten Jahrzehnten in unserem Land unheimlich viel in den Gemeinden, Dörfern, Städten passiert. Und ich danke der Sportabteilung sehr für diesen Bericht, der auch ausführlich darstellt, was in den letzten Jahren in diesem Land in Sachen Sport passiert ist. In 3000 Sportvereinen sind über 350.000 Mitglieder organisiert, 150.000 aktive, an Wettkämpfen teilnehmende Sportler. Und was ganz wichtig ist, in fast jeder Gemeinde in der Steiermark gibt es sportliche Einrichtungen. Kollege Erlitz, ich glaube nicht, dass man das durch einen Koordinator noch wesentlich steigern kann. Ich glaube, dass der Sport für die Jugend ganz, ganz wichtig ist und der Sport braucht Vorbilder. Die ewige Diskussion Spitzensport und Breitensport ist, glaube ich, müßig. Wir sehen das jetzt beim Fußball in der Steiermark und ich wünsche dem GAK heute alles Gute, dass sie den Cup nach Hause bringen. Wir freuen uns alle, weil wir Steirer sind. (Abg. Gross: „Ich bin zwar Sturm-Anhänger, aber trotzdem!“)

Auch als Sturm-Anhänger und wir freuen uns, wenn unsere Sportler Erfolge haben. Man sieht, wie die Stadien gefüllt sind, wenn guter Fußball, wenn Leistungen erbracht werden. Das setzt voraus, dass in den Vereinen Jugendarbeit geleistet werden muss. Dafür bedanke ich mich wirklich sehr, denn in unseren Vereinen wird das sehr intensiv gemacht. Es ist auch interessant, dass es fast in jedem Ort und in jedem Dorf einen ausgebauten Fußballplatz gibt. (Abg. List: „Tennisplätze!“)

Und auch Tennisplätze, wenn man sich erinnert. Ich kann mich noch erinnern, als ich ein Kind war, war der Tennissport ein Sport für die reichen Leute. (Abg. Porta: „Jetzt spielt alles nur mehr Golf!“) In der Zwischenzeit haben wir 2100 Tennisplätze in der Steiermark. Das war unvorstellbar vor 30, 40 Jahren. Es gibt in fast jeder Region einen Golfplatz. Das ist zwar allerdings jetzt noch für die älteren Herren, so wie ich meine, aber der Golfsport nimmt ständig zu. Das heißt, das Land, die öffentliche Hand tut sehr viel für Sporteinrichtungen in der Steiermark, auch wir hier im Landtag. Mehr als 50 Prozent gehen Gott sei Dank in den Breitensport. (Abg. Mag. Erlitz: „Immer noch zu wenig!“)

Natürlich ist es zu wenig. Und du weißt auch auf Grund des Berichtes, dass wir in der Steiermark das geringste Budget in Österreich für den Sport überhaupt haben.

Wir müssen es auffetten, na selbstverständlich. Aber ich glaube, dass das Geld alleine es nicht ausmacht, damit die Leute mehr Sport betreiben. Ich glaube, dass es wichtig ist, dass man sich geistig damit auseinandersetzt, dass man bereit ist, Bewegung zu machen. (Abg. Mag. Erlitz: „Das fehlt uns, das ist die Animationssache, Hotels anbieten und so weiter. Man braucht nicht immer nur Geld!“ – Abg. Gross: „Nur dass unsere jungen Leute auf ihre eigenen Kosten zu den Veranstaltungen fahren müssen, damit sie dort ihre Leistung einbringen können, das soll es nicht sein!“)

Nein, ich glaube nicht, dass wir das immer jemand anderem aufbürden können, die verantwortlich sind, dass man die Jugend zum Sport bringt. Das beginnt schon bei uns selber auch.

Haben wir die richtige Vorbildwirkung? Sind wir selber bereit zu sagen, liebe Jugend, gehen wir gemeinsam Rad fahren, gehen wir gemeinsam Tennis spielen, gehen wir gemeinsam Golf spielen, gehen wir gemeinsam Ski fahren? Gehen wir mit der Jugend! Wir verlangen immer von der Stelle aus, die Kindergärten, die Schulen, die öffentliche Hand hat das zu übernehmen. (Abg. Mag. Erlitz: „Nicht jedes Kind hat solche Eltern, verstehst, die die Kinder zum Sport motivieren. Das heißt, um diese Defizite zu beheben, brauche ich wieder den Kindergarten, damit man die Kinder, die da vernachlässigt werden, auch zum Sport bringt. Darum geht es!“) Ich gebe dir schon Recht, ich glaube nur auch, dass das ein zutiefst gesellschaftspolitisches Problem ist, weil viele auch nicht mehr die Zeit aufbringen, mit ihren Kindern zu Hause zu reden, weil natürlich das Fernsehkastl eine wichtige Rolle spielt und auch andere Dinge.

Ich glaube, dass es wichtig und notwendig ist, bei uns selber zu beginnen. Der Sport beginnt im Kopf. Und wir tun beim Sport manchmal so wie bei der Gesundheit. Alle sind dafür verantwortlich, dass wir immer kränker werden, dass wir immer mehr Geld brauchen und wehe, wenn jemand einmal davon redet, dass wir ein bisschen sparen müssen, bricht die Welt zusammen. Umgekehrt wissen wir, dass jeder fünfte Österreicher einmal im Jahr im Krankenhaus liegt. Sind wir wirklich so kranke Leute in dem Land?

Ich glaube, da hat die Politik eine wesentliche Aufgabe, darauf hinzuweisen, dass der Sport natürlich schon bei der Jugend, im Kindergarten, in der Schule beginnt. Und dann kommt das große Loch, wenn sie aus der Schule herauskommen, wenn sie in das Berufsleben eintreten. Ich glaube, dass die Vereine eine ganz wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielen. Ich erinnere daran – jetzt ist ja diese große Diskussion über das Laufen im Gange –, zum Beispiel Dr. Strunz, wer ihn kennt und der erlebt, wie der selber begeistert ist für den Laufsport, hat ja vieles auch in Österreich bewegt. Und es gibt so quasi eine Bewegung, eine Laufbewegung in diesem Land. Diese Dinge, meine ich, sollte man fördern.

Ich glaube, dass die Steiermark mit ihren Sportlandesräten und nicht zuletzt auch mit Gerhard Hirschmann viel für den Sport in der Steiermark getan hat. Ich danke Ihnen sehr herzlich dafür. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich komme noch zu einem anderen Thema, und zwar ist das die Bewerbung zur Snowboard- und Freestyle-WM der Region Kreischberg/Murau. Ich darf auch Sie sehr herzlich einladen, Sie sind ja heute auch beworben worden mit einem guten Zirbengeist. (Abg. Gross: „Der haltet sich aber nicht bis dorthin!“) Nein, aber du kannst ihn austrinken. Es ist auch gestattet, hier einen Schluck zu genießen.

Und es gibt sogar ein schönes Prospekt dazu. Ein paar haben mich schon gerügt, dass es nicht auf Deutsch ist, es ist Englisch, es wird die deutsche Fassung nachgeliefert. Es sind aber auch ein paar Bilder dabei, lieber Kurt Tasch, dass du auch ein bisschen etwas siehst von der Region Murau.

Ich glaube, dass sich die Region heute auch sehr sympathisch präsentiert hat. (Abg. Tasch: „Es sind auch Bilder drinnen!“)

Ja, für den Kurt Tasch haben wir ein paar Bilder hinein getan.

Aber ich glaube, dass es für die Region Murau/Kreischberg – (Abg. Tasch: „Eines kann ich dir sagen!“) Kurt, ich freue mich sehr, dass du uns unterstützt bei dieser Weltmeisterschaft, weil wir uns das wirklich auch verdient haben. Wir haben euch bei der Nordischen WM den Vortritt gelassen, obwohl es uns damals schon zugestanden wäre, dass man in Murau so etwas macht. Ich erinnere nur daran, dass der WSV Murau 103 Jahre beim Österreichischen Schiverband ist – er zählt, glaube ich, zu den ältesten Wintersportvereinen von Österreich – und dass die Kreisch-Indios eine ganz junge, neue Truppe sind, die vor allem im Snowboardbereich bei uns sehr viel bewegt haben.

Der Kreischberg hat sich so ein bisschen zu einem Trendsportort für Snowboard entwickelt, beim Freestyle müssen wir uns noch ein bisschen „zuwihalten“ – das werden wir aber auch noch machen.

Ich bitte, dass man dieser Bewerbung zustimmt, vor allem dann – und ich hoffe, dass das wirklich auch gelingt –, wenn wir bei dieser Vergabe in Melbourne jetzt Ende Mai den Zuspruch bekommen, dann könnte die Weltmeisterschaft 2003 in der Region stattfinden, dass wir vor allem dann vom Landtag die notwendigen Mittel kriegen, dass wir das auch durchführen können.

In diesem Sinne wünsche ich uns alles Gute und ein sportliches Glückauf! Danke! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.04 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt ist Frau Kollegin Dietrich am Wort. Bitte schön!

Abg. Dietrich (19.04 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Sport hat in unserer Gesellschaft einen sehr hohen Stellenwert und Spitzensportler sind Idole, sind Menschen, mit denen direkt ein Kult betrieben wird. Denken wir an den Hermann Maier oder an den Ivica Vastic. Sie sind also enorme Werbeträger für die Wirtschaft. Das sind also Menschen, die etwas bewegen in unserem Land.

Auch für die Jugend hat Sport eine große Bedeutung und die Jugend hat entsprechend ihrer eigenen Jugendkultur neue Sportarten, Sportarten, die es vor zehn, 15 Jahren noch gar nicht gegeben hat. Ich denke an Streetball, ich denke an Inlineskaten, Snowboarden und vieles andere mehr.

In diesem Zusammenhang möchte auch ich mich seitens unserer Fraktion für die Bewerbung des Kreischberges, der Murauer für die Snowboard-WM 2003 aussprechen. Wir unterstützen diese Initiative, weil wir nicht glauben, dass Event-Politik, dass Großveranstaltungen kontraproduktiv sind zum Volkssport. Wir haben da einen anderen Zugang als der Kollege Erlitz. Wir glauben, dass diese Großveranstaltungen eine Chance bringen, Jugendliche zu motivieren, junge Menschen anzusprechen, nämlich dann, wenn es gelingt, unserem Antrag entsprechend, die Jugend mit einzubinden. (Abg. Mag. Erlitz: „Wenn dem so wäre, Frau Kollegin, dann frage ich mich, wo ist die Großveranstaltung Streetball?“) Herr Kollege Erlitz, da ist uns gerade Kärnten um ein Eck voraus. Die Kärntner haben gesagt (Abg. Mag. Erlitz: „Sie reden von großen Events!“), wir als Land Kärnten fördern dieses Streetballevent nur unter der Voraussetzung, dass unsere heimischen Sportler, unsere Jugendlichen dort mitspielen können. Und siehe da, binnen einem Jahr sind in ganz Kärnten Streetballplätze entstanden. Alle haben mitgespielt. (Abg. Mag. Erlitz: „In der Steiermark spielen sie auch und wir haben kein Event!“)

Die Vereine schauen, dass sie sich ja qualifizieren können und dieses große Publikum ausnützen können, um sich selbst einmal dort darzustellen. Und das ist unser Zugang, warum wir gesagt haben, dieser Weg scheint uns der richtige. Diesen Weg möchten wir auch in der Steiermark beschreiten.

Der Weg in Kärnten (Abg. Mag. Erlitz: „Wir in Kärnten?“), ich als Kärntnerin, Kollege Erlitz, da ist die Grenze sehr eng.

Nachdem Kärnten im Moment so eine positive Vorreiterrolle für uns spielt ist es klar, dass wir uns dort auch anlehnen.

Noch einmal zurück zum Sport. (Abg. Gross: „Sportliche Nacheiferei. Sehe ich das richtig?“) Sehr gut, Frau Kollegin.

Sport ist für die Jugendlichen wichtig, weil er einerseits zur körperlichen Ertüchtigung beiträgt und andererseits lernt man dort auch Verhaltensweisen,

Verhaltensmaßnahmen, die für das ganze Leben entscheidend sind, zum Beispiel wie man mit Sieg und Verlust, mit verlieren, gewinnen umgeht.

Wenn ich die heutige Landtagssitzung so rückblickend betrachte, so vermisse ich bei einigen Kollegen sportliche Erfahrungen, weil ich habe den Eindruck, dass viele mit einer Niederlage nicht so leicht umgehen können. (Abg. Mag. Erlitz: „Weil sie es im Kindergarten nicht gelernt haben!“) Vielleicht im Kindergarten.

Aber trotzdem, wenn man dann geballte Aggression, geballte Ablehnung, Pauschalurteile auf andere hinwirft, nur weil man halt gerade einmal eine Niederlage einzustecken hat, (Abg. Mag. Erlitz: „Sie meinen sicherlich den Pauli Tremmel, er ist gerade nicht da!“) Wen ich meine, das bleibt Ihrer Phantasie überlassen.

Aber ich glaube, dass Sport insgesamt so positiv ist, dass wir alle, quer über die Fraktionen im Landtag, sportliche Aktivitäten begrüßen und ich bringe nun meinen Beschlussantrag ein. Unselbstständiger Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich und List. Wir stellen den Antrag, die Landesregierung wird aufgefordert, dass Großveranstaltungen bevorzugt Landesförderungen erhalten, wenn sie auch jugendliche Sportler im Rahmen dieser Großveranstaltung präsentieren können. (Beifall bei der FPÖ. – 19.09 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als Nächstem erteile ich dem Herrn Abgeordneten Korp das Wort.

Abg. Korp (19.09 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Frau Kollegin Waltraud Dietrich hat nicht ganz zu Unrecht die Wirkung von Idolen angesprochen. Wir kennen sie alle unsere Idole, aber noch wichtiger als Idole sind, meinen wir, sogenannte Idealisten. Menschen, die ihre Freizeit, ihr Engagement in den Dienst einer bestimmten Sache stellen, egal ob es in einem Judoverein ist, in der Nachwuchsarbeit, ob das bei einem Sportverein, bei den Nachwuchsmannschaften U 10, U 12, U 14, U 16 oder egal in welchen Bereichen auch immer passiert und ohne diese Idealisten würde es kein Vereinsleben in unserer Gesellschaft geben. Damit will ich zum Ausdruck bringen, Idole sind als Vorbilder natürlich wichtig, aber viel wichtiger sind die angesprochenen Idealisten, denn die leisten die wirkliche Basisarbeit, das was unsere Jugend so braucht, ihnen eine Sinnggebung zu geben, vernünftige Freizeitbeschäftigung. Und wenn man das miterlebt, mit welchem Herz und mit welchem Bemühen und mit welcher Begeisterung diese Menschen am Werk sind, dann kann man nur sagen Hut ab, größte Achtung und größten Respekt.

Daher sind wir Sozialdemokraten auch immer wieder bemüht, auf die Bedeutung und Wichtigkeit des Breitensportes in unserem Land hinzuweisen, weil dieser Breitensport ist eigentlich die Basis für alles. Auch unsere sogenannten Idole haben sich irgendwann einmal auf dieser Basis des Breitensportes bewegt, sonst wären sie wohl das nicht geworden, was der eine oder andere heute sein darf, ein Idol. Das zum Grundsätzlichen.

Geschätzte Damen und Herren, ich möchte vielleicht auch, weil wir heute eine große Abordnung des Kreischberges im Einheitslook hier im Landtag miterleben durften – sie haben nicht die Zeit gehabt, so lange auszuharren bis ihr Tagesordnungspunkt hier im steirischen Landtag drankommt –, aber man hat bei dieser Gruppe aus dem Bezirk Murau eben auch das gemerkt, was ich jetzt angesprochen habe. Eine Gruppe von Idealisten, die gesagt haben, Freunde, das packen wir an, das gehen wir an, streifen wir die Ärmel auf, es wäre doch gelacht, dass wir hier im Bezirk Murau eine derartige Veranstaltung nicht auch schaffen könnten, selbst gegen scheinbar übermächtige Konkurrenz in der Bewerbung am 1. Juni. Ich finde, dass das auch eine Grundhaltung ist, die vorbildlich ist, an der sich viele ein Beispiel nehmen können und an der sich viele orientieren können. Sie geben nicht auf, sie sagen, wir sind auch so gut wie die anderen und sie rennen den Berg im wahrsten Sinne des Wortes so lange an bis sie oben sind, um das in der sportlichen Sprache zu sagen. Ich bin daher auch sehr glücklich, dass es im Vorlauf möglich war, ausgehend von einem Antrag unseres Klubobmannes Dr. Kurt Flecker am 15. Juni 1999, dem dann 14 Tage später der Antrag des Kollegen Bacher gefolgt ist, schließlich und endlich, nachdem es ja hier geradezu lächerlich wäre, einen Vaterschaftsstreit zu veranstalten, eine Verschmelzung der beiden Anträge, die ja denselben Inhalt hatten, erfolgt ist für eine Sache, die der Bezirk Murau wirklich braucht.

Wenn man selbst ein geborener Murauer ist und die Strukturen da oben kennt, weiß man, dass gegenwärtig aus dem Bezirk Murau, weil es einfach keine Betriebe gibt oder zu wenig Betriebe gibt und praktisch keine Industriebetriebe gibt, 3500 Bürgerinnen und Bürger aus diesem Bezirk in andere Bundesländer auspendeln müssen, um überhaupt eine Arbeit zu haben. Und weitere 500 müssen sogar im Ausland arbeiten, um einem geregelten Erwerb nachgehen zu können. Das ist also die Arbeitsplatzstruktur im Bezirk Murau, die man in solchen Zusammenhängen einfach sehen und erwähnen muss und ihre Chance liegt wirklich im Tourismus. Und man kann dieser Gruppe von Persönlichkeiten, die wir heute zum Teil hier gesehen haben, nur gratulieren, dass sie gesagt haben, Freunde, Murau ist ein hervorragender Bezirk, das ist eine Gegend, eine Landschaft, die man immer herzeigen kann, wir haben es genauso schön wie anderswo und jetzt probieren wir es einmal und wir sind ein Zentrum der Snowboarder geworden und das hat der Kreischberg allemal bewiesen. Ich wünsche den Initiatoren vom Kreischberg und allen denen, die in diesem Bemühen mit auf dem Wege sind wirklich alles Gute und ich glaube, wir alle wünschen ihnen, dass sie am 1. Juni auch Erfolg haben. In diesem Sinne ein herzliches steirisches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. – 19.15 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als Nächster ist Herr Kollege Dr. Lopatka am Wort.

Abg. Dr. Lopatka (19.15 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir sind sehr froh darüber, dass die jahrelang entschlossene Haltung von Landesrat Gerhard Hirschmann nun doch Wirkung zeigt und diese Entschlie-

bungsanträge eigentlich genau das fordern, was Landesrat Gerhard Hirschmann sich schon längst von der SPÖ-Fraktion gewünscht hat, nämlich die notwendige Unterstützung vor allem auch seitens des Finanzlandesrates, um für den Sport mehr tun zu können. Besser später als nie, kann ich dazu nur sagen und daher ist es für uns kein Problem, diesen Entschliebungsanträgen unsere Zustimmung zu geben, denn dass mehr Geld für den Sport gerechtfertigt ist, ich glaube, darüber sind wir uns einig.

Eine Anmerkung noch zum Kollegen Erlitz. Ich halte es einfach für unehrlich, wenn er hier versucht, Sturm und GAK gegen den Breitensport auszuspielen. Das, was Sturm und GAK an öffentlichen Mitteln bekommen seitens des Landes müssen sie belegen, und zwar dahin gehend belegen, dass sie dieses Geld für Nachwuchsarbeit ausgeben, also genau das, was gefordert wird. Kollege Erlitz, sprich mit Landesrat Dörflinger, der wird es dir für den GAK bestätigen und du wirst sicher auch Kollegen haben, die bei Sturm Einblick haben, dass auch dort die Abrechnung so zu erfolgen hat, um das hier einmal sehr deutlich zu sagen. Sind wir froh, dass Sturm um den Meistertitel mitspielt und heute der GAK um den Cupsieg in Österreich. Was hat denn Graz in den letzten Jahren in Österreich zu bieten, was österreichweit und bei Sturm sogar europaweit Beachtung findet? Es ist der Fußball. Es sind nicht andere Bereiche, sondern es ist der Fußball und machen wir diese Vereine nicht herunter, sondern freuen wir uns, wenn diese Vereine Leistungen erbringen, über die wir uns freuen können und hoffen wir, dass auch seitens der Stadt Graz die notwendige Unterstützung kommt, dass gerade für die Jugend diese Trainingszentren möglichst bald errichtet werden können.

Zweiter Punkt, was die Sportkoordinatoren betrifft. Niemand verbietet es Bürgermeistern in großen Stadtgemeinden und das sind vor allem SPÖ-Bürgermeister hier Modellprojekte einzurichten, was die Sportkoordinatoren betrifft. Es waren nämlich Städte- und Gemeindebund, die anlässlich der Beschlussfassung des Sportgesetzes genau diese Sportkoordinatoren eigentlich abgelehnt haben. Also von unserer Seite her kein Widerspruch, wir müssen gemeinsam Überzeugungsarbeit leisten, dass wir das auf Gemeinde- und Stadtebene durchbringen.

Daher abschließend, weil ja die Zeit schon sehr fortgeschritten ist, ich glaube, es ist ein Fortschritt für uns alle, wenn die Arbeit von Sportlandesrat Gerhard Hirschmann in entsprechender Form unterstützt wird. Wie gesagt, es hat lange gedauert, bis diese Unselbstständigen Entschliebungsanträge seitens der SPÖ gekommen sind, aber Gott sei Dank sind sie nun am Tisch. (Beifall bei der ÖVP. – 19.18 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als Nächster ist Herr Kollege List am Wort.

Abg. List (19.18 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Herr Kollege Lopatka, in wenigen Minuten wird euer Sportzampano und Tourismusguru die Daumen drücken, um für die Roten Teufel das Beste zu erreichen, aber jede Sportdebatte, glaube ich – ist wenig interessant, wenn der Herr Sportlandesrat auch

seinen besten Mann aus dem Büro schickt, den Herrn Hofrat Stehlik, einen qualifizierten Mitarbeiter (Beifall bei der ÖVP.) –, bleibt auf alle Fälle ineffizient. Ohne zuständigen Landesrat über den Sport zu diskutieren ist ein wenig schwach. (Präsident Dr. Strenitz: „Er ist auch Fußballpräsident!“)

Herr Präsident, natürlich, er hat ja glaube ich schon seinen Meistertitel bei Hartberg-Umgebung. Das ist natürlich etwas anderes. Mit der Erfahrung des Herrn Landesrates Erich Pörtl kann sicher noch der jetzige für Sport zuständige Landesrat beim Landesrat für Landwirtschaft etwas lernen.

Aber nichtsdestotrotz hätte ich doch die eine oder andere Frage an den Sportlandesrat gehabt. In Bezug auf Breitensport oder etwa die gemeinsamen Trainingszentren von GAK und Sturm, die derzeit wieder in Frage gestellt sind, weil einfach der Herr Landesrat offensichtlich auch hier weiche Knie bekommen hat und sich von der Stadt Graz, vom Bürgermeister Stingl wieder einmal über den Tisch ziehen hat lassen. (Abg. Gross: „Vielleicht haben die Bewohner auch noch ein bisschen etwas mitzureden!“) Okay, die Bewohner und auch noch der Direktor von der landwirtschaftlichen Schule. Gut, ich will jetzt nicht diskutieren über dieses. Deshalb hätte ich ja den Herrn Landesrat gerne hier gehabt.

Oder ein anderes Thema, das ich gerne mit ihm diskutiert hätte, wäre die Zusammenarbeit von Sport und Sportangebot in Tourismuszentren gewesen, weil es hier auch noch in einigen Bereichen krankt.

Also, es tut mir wirklich leid, dass er nicht da ist. Hoffentlich gewinnt der GAK.

Zu dir, Herr Mag. Wolfgang Erlitz, wir können sicherlich einige Dinge von euren Anträgen übernehmen. Der Sportkoordinator ist eine überlegenswerte Idee, auf alle Fälle, der Sportförderungsfonds für die Jugend ebenfalls. Nur ist es immer eine Frage der Finanzierung. Und wenn wir die Finanzierung regeln, dann wird das sicher zum Wohle der Jugend sein. Abschreiben kann er nicht, der Herr Landesrat, aber der Herr Hofrat wird ihm die Debatte sicherlich mitteilen. Er wird sicher aus den Protokollen über diese heutigen Sitzung etwas übernehmen.

Ich komme schon zum Schluss von meinem Beitrag und darf von unserer Fraktion auch einen Unselbstständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraf 51 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages zum Tagesordnungspunkt 18 einbringen, der die Unterschrift meiner Person und die vom Kollegen Dr. Tremmel besitzt und sich mit der maximalen Förderung von Sportprojekten befasst.

Als Begründung haben wir angeführt, dass die Zukunft von Weltmeister- und Europameisterschaften sowie international bedeutsamen Sportveranstaltungen weiterhin in der Steiermark bestehen bleiben soll.

Deshalb wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten um zu erwirken, dass eine maximale Förderung von Sportprojekten, wie zum Beispiel Weltmeister- und Europameisterschaften sowie international bedeutsame Sportveranstaltungen, in der Steiermark erreicht wird.

Unser Antrag ist der weitgehendere als jener, der von den Kolleginnen und Kollegen der ÖVP eingebracht wird, der nur von 40-prozentigen Förderungsanteilen spricht, von 40-prozentigen Förderungsanteilen des Bundes.

Ich bitte daher, diesen weitgehenderen Antrag, den Antrag der Freiheitlichen zu unterstützen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit beim kurzen Sportbeitrag! (Beifall bei der FPÖ. – 19.22 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist Herr Kollege Tasch. Er hat das Wort.

Abg. Tasch (19.22 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sport, so ist bereits mehrfach erwähnt worden, ist sicher ein ganz wichtiger Faktor und Bestandteil für unsere Jugend. Ich glaube, wir können nicht genug tun, um die Jugend zum Sport zu motivieren. Ich glaube aber auch, und da möchte ich dem Hans Bacher Recht geben, dass nicht unbedingt die Öffentlichkeit das machen muss. Ich bin dagegen, dass von der Wiege bis zum Tod alles die Öffentlichkeit für unsere Menschen organisieren soll. Nein, ich glaube, es muss das selbst bewusst sein und vor allem von den Familien her muss alles getan werden, um die Jugend zu motivieren, um Sport zu betreiben.

Ich freue mich ganz besonders über die Bewerbung der Region Murau für die Snowboard-WM am Kreischberg. Das ist sicher eine Region, die es sich verdient, dass so eine Großveranstaltung dort abgehalten wird. Es wurde bereits erwähnt, dass Tourismus ein ganz wichtiger Faktor für diese Region ist, um die Vollbeschäftigung dort weiterhin zu sichern. Ich traue dieser Region auch zu, dass sie eine ordentliche Snowboard-WM veranstaltet. Die waren geballt in der Ramsau bei der Nordischen WM, man hat noch nie so viele Murauer oben gesehen. Und ich glaube, sie sind so lernfähig, dass es auch gelingt, das bei der Snowboard-WM am Kreischberg so zu organisieren, wie man es vom Ennstal gewohnt ist.

Ob es der Nachtslalom in Schladming ist oder die Organisation der Nordischen WM in der Ramsau, da hat man die Perfektion erkannt, wie die Ennstaler solche Großveranstaltungen organisieren. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Schifflug-WM!“)

Wenn der Kollege Erlitz gesagt hat, dass man nicht so sehr in die Großveranstaltungen investieren soll, zum Beispiel in das Schwarzenegger-Stadion oder in die Profiklubs oder den A1-Ring, so glaube ich doch, dass solche Sachen – und das ist auch bereits erwähnt worden – ganz, ganz wichtig sind, weil das sind die Idole und die Vorbilder unserer Jugend. Und ich kann mich gut erinnern an meine Jugendzeit, da habe ich immer Vorbilder, vor allem vom Fußball, gehabt. Der Gernot Freidl war zum Beispiel das Vorbild für mich im Tor. Ich bin dann so weit gekommen, dass ich zweimal in der Ennstaler Jugendauswahl gespielt habe. Wie ich dann in einem Regionalligaverein zum Spielen gekommen wäre, hätte mich der Vater enterbt, weil er immer allein am Nachmittag in den Stall hat gehen müssen. Jetzt verstehe ich es. Damals war es mir unverständlich.

Jedenfalls glaube ich, dass Sport und Freizeitgestaltung ganz wichtige Faktoren sind, um unsere Jugend vom Alkohol und von den Drogen fern zu halten. Es kann hier nicht genug investiert werden, um die Jugend für Sport zu begeistern.

Da möchte ich auch unserem Landesrat Gerhard Hirschmann besonders danken, weil er nicht nur die Großveranstaltungen finanziert und mit Förderung bedenkt, sondern sehr vielen kleinen Vereinen unter die Arme greift und hilft, wenn es auch oft sehr schwierig ist, weil bereits budgetierte Förderungen vom Herrn Landesrat Ressel oft sehr lange einbehalten und nicht ausbezahlt werden. Dann ist es oft schwierig, diesen Förderungen nachzukommen, die notwendig wären, um den kleinen Vereinen das sportliche Überleben zu sichern.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, glaube ich, dass wir alle, und wirklich alle fünf Parteien im Landtag aufgerufen sind, um für die Jugend alles zu organisieren und zu machen, um den Sport vielfältig zu gestalten und die Jugend weiterhin dem Sport zuzuführen. Ich möchte auch die Eltern aufrufen, für die Jugend da zu sein und Sport zu betreiben, die Jugend für den Sport zu begeistern.

Ich möchte mich ebenfalls bei der Abteilung mit Hofrat Fritz Stehlik recht herzlich bedanken. Es sind hier Leute am Werk, die wirklich viel Herzblut in diese Abteilung hinein geben und alles tun, um den Sport so zu fördern, dass er salonfähig ist und dass wir unsere Jugend für diesen Sport begeistern.

In diesem Sinne wünsche ich allen ein sportliches (Abg. Gross: „Heil!“) – nein, Sporthail sage ich nicht, weil Heil sagt man nicht – Glückauf für die Zukunft für unsere Jugend! (Beifall bei der ÖVP. – 19.27 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt ist Frau Kollegin Keshmiri am Wort.

Abg. Keshmiri (19.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Tasch hat davon gesprochen, dass kleine Vereine zur Genüge gefördert werden. Das mag vielleicht am Papier oder im Sportbericht so aufscheinen, in der Praxis ist es leider nicht so. In der Praxis ist es leider nicht so und ich nenne Ihnen jetzt ein ganz konkretes Beispiel – Polzeisportverein Leoben. Da scheint es offensichtlich so weit zu kommen, dass ein tolles Leichtathletikprojekt, das eigentlich nicht nur für den Verein an sich, sondern insgesamt für die Region lukrativ wäre, daran scheitert, dass das Land 300.000 oder sagen wir 400.000 Schilling nicht zur Verfügung hat.

Also das heißt, es wird keine adäquate, keine dementsprechende Leichtathletikbahn geben, wo man auch Bewerbe ausführen kann. Ich meine, da ist es schon richtig, dass man mehr Budget fordern sollte, nur, in Zeiten des Sparens kann ich mir nicht vorstellen, dass wir ein übriges Budget für kleinere Vereine zur Verfügung haben. Ich denke da viel mehr daran, dass man von den großen Events und da können wir ja einige in der Steiermark aufweisen, sind auch wichtig, keine Frage, aber hier könnte man ja ein bisschen vom großen Kuchen abschneiden und an die kleinen Vereine denken. Und nicht nur an die kleinen

Fußballvereine, sondern an die kleinen Vereine insgesamt, nicht nur an Tennisvereine, nicht nur an Fußballvereine, sondern auch an Leichtathletikvereine, an Streetballvereine et cetera, et cetera. Das ist mein Verständnis von Breitensport, das ist mein Verständnis dafür, wie man Jugendliche motiviert und fördert und nicht nur Kinder und Jugendliche, sondern auch die Trainer. Das sollte man auch nicht vergessen – irgendjemand hat das angesprochen – die sind Idealisten. Ich sage, die sind noch viel mehr als Idealisten, die sind auch die Finanzgeber, die finanzieren teilweise ihre Arbeit selbst. Das heißt, sie geben von ihren privaten Geldern noch etwas her für den Verein, um diesem das Überleben zu gewährleisten. Da sollte meines Erachtens schon die Politik aktiv werden, weil das kann ja nicht sein, dass ein Trainer tagtäglich – ohne Übertreibung – drei, vier Stunden investiert und noch dazu sein Geld zur Verfügung stellen muss, um den Kindern die Motivation und die dementsprechende Förderung zu geben, von der wir in der Politik tagtäglich reden und das ist auch richtig so.

Ich hoffe nur, dass der Antrag, den ich mit unterstützt habe und der mir ein sehr großes Anliegen ist, auch umgesetzt wird, zumal Herr Landesrat Hirschmann ja nicht anwesend ist und ich hoffe nicht, dass das sein Interesse an den kleinen Vereinen widerspiegelt, sondern ich hoffe, dass gerade das Landesportgesetz in seiner Novelle nicht so lange brauchen wird, zumal hier die Frist schon abgelaufen ist, wie das Naturschutzgesetz, das wir ja schon seit Jahren mit uns herumschleppen und wo es noch zu keinem Ergebnis gekommen ist. Im Sinne des Sportes, im Sinne der kleinen Vereine bitte ich, so schnell wie möglich eine Novelle zum Landessportgesetz vorzulegen, wo die kleinen Vereinen und nicht nur die populären Sportarten auch maßgeblich vertreten sind. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 19.31 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt ist Herr Kollege Getzinger am Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (19.31 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Auf Grund der fortgeschrittenen Zeit und auch der Debatte möchte ich Ihnen nur einen Unselbstständigen Entschließungsantrag betreffend Erhöhung der Mittel der besonderen Bundessportförderung der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger und Kröpfl zu Gehör bringen. Wir beziehen uns auf diese Bundessportförderung, weil auf Grund des Sparwahns der blauschwarzen Bundesregierung auch diese Bundessportförderung gefährdet erscheint. (Abg. Dr. Tremmel: „Die Schuldenpolitik der alten Koalition, sozialistischer Finanzminister!“) Lieber Kollege Tremmel, reden Sie sich das mit Ihrem Herrn Grasser aus, das ist ja wirklich ein Sparmeister. (Abg. Dr. Tremmel: „Der kann auch nicht abbauen, was ihr gemacht habt!“)

Er zerstört in drei Monaten, was uns in 30 Jahren an Aufbau gelungen ist. Der Bund stellt für Zwecke der besonderen Sportförderung jährlich einen Grundbetrag in der Höhe von 440 Millionen Schilling zur Verfügung. Dieser Grundbetrag verändert sich nach dem Glücksspielgesetz, BGBl. Nr. 620/1989, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 159/99 seit verganginem Jänner jährlich in jenem Maße, in dem sich die vom

Österreichischen Statistischen Zentralamt im Jänner 1999 verlaubliche Indexzahl der Verbraucherpreise zu jener des Monats Jänner in den Folgejahren verändert. Für die Jahre 2000 bis 2002 sind abweichende Regelungen vorgesehen, wobei die auszahlenden Beträge 440 Millionen Schilling nicht unterschreiten und in den Jahren 2000 460 Millionen Schilling, 2001 480 Millionen Schilling und 2002 500 Millionen Schilling nicht überschreiten dürfen. Ab dem Jahr 2003 gilt wieder die ursprüngliche Regelung. Mit diesen Mitteln fördert der Bund, wie im Bundes-Sportförderungsgesetz, BGBl. Nr. 2/1970, zuletzt geändert durch BGBl. Nr. 158/1999 vorgesehen, die Tätigkeiten von Vereinigungen im Rahmen internationaler oder gesamtösterreichischer Sportanliegen sowie Sportanliegen regionaler Natur, wobei die Mittel nur zur Förderung des österreichischen Sportes zur Verfügung gestellt werden dürfen. Die geförderten Vereinigungen sind die Dachverbände ASVÖ, ASKÖ, Union, BSO und ÖOC.

Wenn man bedenkt, dass die Dachverbände in allen Bundesländern aktiv sind und die Bedeutung des Sports, vor allem auch unter Berücksichtigung des Gesundheitsbewusstseins und der Prävention der so genannten Zivilisationskrankheiten, erfreulicherweise zunimmt, sollte die Erhöhung der Mittel aus der Bundessportförderung überlegt werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für die Erhöhung der Mittel der besonderen Bundessportförderung einzusetzen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 19.34 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Vorläufig letzter Redner ist der Herr Kollege Hagenauer.

Abg. Hagenauer (19.34 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte nur ganz kurz zu einem Teilaspekt Stellung nehmen, der hier angesprochen wurde und das ist die Sache der beiden Trainingszentren in der Martinhof- beziehungsweise Grottenhofstraße. Ich sage das auch als Anrainer. So einfach, wie sich das der Herr Landesrat Hirschmann mit dem Herrn Präsidenten Kartnig macht, dass man da drüberfliegt, wie wir lesen konnten und dass sie uns dann schildern, dass man von oben gesehen hat, da ist eh alles grün, so einfach geht das sicher nicht.

Die Stadt Graz ist nicht das europäische Zentrum der Bemühungen um Raumordnung, um das so zu formulieren und die Stadt Graz zersiedelt ihre Grünflächen seit Jahrzehnten. Und sich jetzt hinzustellen und zu sagen, es wird eh sowieso irgendwann einmal verbaut, da macht man sinngemäß den Bock zum Gärtner. So kann es nicht sein, sondern das genaue Gegenteil ist der Fall. Die Stadt Graz wird gut beraten sein, wenn sie irgendwann einmal hergeht und sagt, bitte schön, wo haben wir denn Flächen, die wir für Sport, für Wohnbau, für Betriebsansiedelungen verwenden können und wird sich das überlegen müssen, bevor man neue Flächen einfach hollodrio hernimmt, wobei das so einfach ist, wenn es im Besitz des Landes

ist. Dass sich da Herr Landesrat Pörtl hat niederbügeln lassen ist sein Problem, nicht meines. Ich wage die Prognose, dass das so eh nicht laufen wird, weil das einfach zu flott gegangen ist. Man wird sehen, wie die Geschichte noch ausgeht, so einfach wird es sicherlich nicht gehen, wäre auch sehr schade. Vor Jahrzehnten hat es schon Studien gegeben, dass man nicht nur in Graz – da besonders –, in fast allen europäischen Städten genügend untergenutzte beziehungsweise Brachflächen hat, wo man, wenn man es sinnvoll macht, genügend hochwertige Standorte hätte, um Betriebsansiedelungen zu machen. Ich sage das deswegen an der Stelle, weil ja auch im Zusammenhang mit den Trainingszentren argumentiert wird, dass die Stadt die Flächen in Messendorf für die Betriebsansiedelung braucht. Schauen wir uns den Standort an, wo jetzt die Stadt auch in die Öffentlichkeit gegangen ist. Graz-West, die ehemaligen Industrie-Flächen der SGP, der ehemaligen Waagner-Biró, Brauerei Reininghaus und andere. Ein Standort in allerbesten Lage, direkt in der Nähe des Hauptbahnhofes, von ganz hoher Qualität, das hätte eine adäquate, eine moderne Standortpolitik zuerst einmal als Betriebsstandort ausgewiesen, nicht Messendorf und auch nicht die Flächen der Porr unten am Schotterteich, am Schwarzlsee, wo weit und breit kein Anschluss für den öffentlichen Verkehr gegeben ist.

Wohin kommt man denn dann? Wie kommt man denn sonst an diesen Standort hinunter als wieder mit dem Auto? Aber dann laut schreien, dass wir so ein Verkehrsproblem haben und dass wir nicht wissen, wohin mit den Autos. Warum geht man denn nicht dorthin? Warum gibt es denn nicht diese Entwicklungsgesellschaft wie in jeder halbwegs normalen Hauptstadt in Europa, warum gibt es denn nicht diese Gesellschaften, die solche Standorte aufbauen und entwickeln und die uns dann auch solche Debatten auf einem relativ flachen Niveau wie jetzt um die beiden Trainingszentren ersparen könnten? Dass die Landwirtschaftliche Fachschule Alt-Grottenhof nicht irgendeine landwirtschaftliche Fachschule ist, sondern jene einzige in der Steiermark und noch dazu sehr verdiente, die sich um die Ausbildung von Biobauern verdient gemacht hat, das sage ich jetzt nur der Vollständigkeit halber dazu.

Zum Abschluss erinnere ich mich an eine Wortmeldung der Frau Kollegin Keshmiri vor ein paar Sitzungen, wo sie zu einem Stück, das die Budgetüberschreitung betroffen hat, kritisch und zu Recht aus meiner Sicht festgestellt hat, als sie gesagt hat, da wird umgeschichtet von der Förderung von Sportstätten zur Förderung von Großveranstaltungen von Events und das ist genau der Punkt. Diesen Kurzschluss zu machen, den unzulässigen in dem Land und zu sagen, was gut ist für die Großveranstaltungen das ist auch gut für den Rest, für die Kleinen, das ist unzulässig.

Schauen wir uns das einmal an in Graz. Das Reindl vom Sturm ist gefördert worden, der GAK-Platz ist gefördert worden. Dann war das fertig, dann hat es geheißt, das bringt nichts, weil der Herr Präsident oder wer immer schlecht geschlafen hat. Dann haben wir das Stadion neu gebaut. Dann sind unsere Weltmeister in Sachen Event und überhaupt und sowieso – Sie wissen schon, wen ich meine – dahergekommen und haben gesagt, dieses Stadion ist ja eine Zumu-

tung. Wir brauchen jetzt etwas, weil die Weltmeisterschaft kommt. Dann hat man bei dem Stadionneubau dort schon einmal die Leichtathletik rausgeschmissen, weil die Leichtathletikbahnen nicht mehr erwünscht waren, weil das stört die Stimmung, wenn Sie wissen, was ich meine. Da ist der Zuschauer nicht mehr nah genug am Kampfgeschehen. Da haben die Leichtathletikvereine schon einmal schauen können, wo sie geblieben sind. Das war der Stand. Dann hat man, wie gesagt, das Stadion auch neu gebaut. Erinnern Sie sich an die Sprüche, dass man da runtergeht zum Schwarzl und überhaupt und die Beschimpfungen, die man sich dann auch noch anhören kann, wenn man sich nicht als Ministrant vom Herrn Präsidenten Kartnig aufführt und einfügt.

Und jetzt sind wir wieder einmal in der Situation, dass da habt Acht die Politik aufsalutieren kann.

Noch einmal: Es gibt zahllose kleine Sportvereine, es gibt zahllose Vereine, die unter ungeheurem Einsatz Nachwuchssport machen, nicht zuletzt im Fußball. Denen Förderungen zukommen zu lassen, ist eine Supersache, völlig unbestritten. Aber das ist bitte von unten angefangen und nicht von oben, im wahrsten Sinn des Wortes, dass man aufsalutiert, wenn ein Präsident irgendeinen Wunsch äußert beziehungsweise mit dem Hubschrauber oben irgendwo drüberfliegt und sagt, das will ich jetzt haben. Danke! (Beifall bei der SPÖ und Abgeordneten Keshmiri. – 19.42 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Das Schlusswort hält der Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (19.42 Uhr): Meine Damen und Herren, Herr Präsident!

Es spricht nicht der Sportlandesrat, sondern ein ganz normaler Mensch, der seit 30 Jahren – (Abg. Stöhrmann: „Soll das heißen, dass der Sportlandesrat nicht normal ist?“)

Nein, nein. Da ist laufend diskutiert worden, dass die kleinen Vereine und, und, und.

Seit 30 Jahren bin ich in meiner Gemeinde, in meiner Ortschaft Obmann beziehungsweise Präsident, kenne das Leben im sportlichen Bereich – (Unverständlicher Zwischenruf.) Du kitzelst mich nicht auf, ich sage jetzt das, was ich sagen will.

Ich stelle nur ganz klar fest, dass wir alle ganz genau wissen, wie die Dinge vereinfacht dargestellt werden. Mir steht es wirklich nicht zu, dass ich der Stadt Graz einen Vortrag halte, aber ich würde mich schämen in meiner Gemeinde punkto Ausstattung der Sportstätten für diese Vereine – das sage ich da eiskalt auch als Agrar-, Umwelt- und Energiereferent der Landesregierung –, wenn ich die eigentliche Topenergie, jugendliche sportliche Bereitschaft zur Leistung, zum Verzicht, zur Herausforderung nicht auch in der gleichen Perspektive sehe wie den ganzen Bereich Umwelt und Lebensraum, Verkehr und alles was zusammenhängt.

Daher bin ich also nicht vergewaltigt und breit getuschelt worden, weil eben die Verantwortlichen der Planung der Stadt Graz plus die Verantwortlichen für Sport bei all den Untersuchungen und Bewertungen für Trainingsplätze dieser beiden Bundesligavereine

keinen Platz mehr gefunden haben, der umsetzbar ist und sind mit der Bitte an das Land Steiermark gekommen, ob nicht diese Grünflächennutzung auch für Trainingsplätze in dem Gebiet möglich ist. Und das eine sage ich euch jetzt ganz offen – es wird eh protokolliert –, ich bin ja doch nicht sozusagen auf der Nudelsuppe daher geschwommen, dass ich zulasse als Verantwortlicher für Ernährung und Landwirtschaft, eine Auseinandersetzung zwischen Spitzensport und Landwirtschaft abzuführen.

Ich bin nicht der Besitzer dieser Flächen. Konkret ist es ein einstimmiger Beschluss der Landesregierung – weil da hauen sie sich dann alle über die Budel rüber, keiner traut sich. Ein Grüner Gemeinderat hat draußen gesagt, ja nicht einen Streit zwischen Sport und Grünraum. Da sind sie alle tot. Der Herr Kollege Hagenauer hat auch gesagt, das soll kein Konflikt sein.

Nur, wenn ich die Sprache der Taten auf den Tisch lege, dann stelle ich fest, dass Alt-Grottenhof eine Spitzenschule in der Ausbildung für junge Menschen speziell für den biologischen Landbau ist, dass wir die Nahtstelle Stadt–Land sind und ich trotzdem genau analysieren lasse, dass ein 77-Hektar-Betrieb, wo keine Grünflächen beansprucht werden, wo keine Versuchsflächen, keine Ökostreifen beansprucht werden, wo laut einer Infora-Studie festgelegt wird, dass der Betrieb nicht gefährdet ist, wenn 14 Hektar Getreideflächen – und das eine, ich bin da von der Basis, Getreideanbau ist nicht die hochbiologische Form des Kultivierens von landwirtschaftlichem Anbau –, wenn ich tausende Hektar Brachflächen mitfinanziere als Land Steiermark, kann ich der Welt nicht erklären, dass 14 Hektar Produktion an Getreide Sein oder Nichtsein für eine landwirtschaftliche Fachschule ist. Ich sage ganz ehrlich, ich schätze den Herrn Direktor Klein, der weiß viel, aber gescheit ist er nicht. Das sind zwei ganz verschiedene Sachen. Er hat nicht überlegt, dass man auch mit einer solchen Partnerschaft – das war unser Plan – eine Kombination von Sport und Ernährung wissenschaftlich begleiten kann und dass wir uns da ganz gescheit auf ein Packerl hauen. (Abg. Schleich: „Soll das heißen, dass der Direktor blöd ist?“ – Abg. Kaufmann: „Den lässt man auf die Schüler los?“) Nein, ich lasse mich nicht irritieren.

Ich stelle nur fest, wir alle wetzen und tigern nach den sogenannten heißen Sachen, Tourismus, Wellness, all diese Lebensgefühle, die da heute schon alle erzählt worden sind. Daher war das ein Angebot. Und jetzt sage ich auch ganz offen, ich war mir relativ sicher, das ist ein reines Angebot vom Eigentümer, mit einem einstimmigen Regierungsbeschluss möchte ich dazusagen. Da schleicht sich keiner vorbei. Wenn da Musik gemacht wird, das kann ich auch, da braucht ihr euch nicht fürchten.

Nur, fest steht, dass natürlich die Entscheidung Naturraum, Flächenwidmung, Naturschutzgebiet ja selbstverständlich die Kompetenz der Stadt Graz ist. Das steht ja uns gar nicht zu. Aber ich lasse nicht auf der agrarischen Wiese eine Konfrontation zwischen Sport, Spitzensport und sozusagen sportlicher Betätigung und landwirtschaftlicher Produktionsfunktion zu. Ich steige nicht auf die Barrikaden. Weil wenn ein kleiner Bauer überlebt, ist zumindest das, dass ich die Dinge in der Gesamtheit betrachte, so wie ich das

betrachte. Und ich glaube daher, liebe Freunde, da können alle probieren, wie sie glauben, wenn dieser Lebens- und Naturraum wichtiger ist, bitte ich nur darum – das geht mich zwar nichts an, aber ich sage das im Namen vom Gerhard Hirschmann –, dass man andere Flächen, die man schon durchprobiert hat, die nicht gegangen sind, jetzt wirklich frei gibt von der Stadt Graz, denn sonst will ich da draußen keinen Quadratmeter hergeben. (Abg. Gennaro: „Schmeißt du den Schuldirektor hinaus?“)

Nein, den Schuldirektor schmeiße ich nicht hinaus. Da brauchst dich nicht fürchten. Der Schuldirektor ist ganz wichtig. Es gibt auch die Methode der Selbstüberlistung. Ich bin da überhaupt nicht kitzlig. Das Recht steht auch ihm zu, für diese Schule zu kämpfen. Ich zensuriere da nicht. Er meint es ja für den Standort gut. Nur, ich muss eine andere Perspektive auch zulassen. Ich glaube, dass wir auf diesem Gebiet einen Ansatz haben, dass keine Konfrontation in Wahrheit zwischen Sport und Landwirtschaft in der Frage abgehandelt wird.

Das möchte ich nur dazusagen, ich bin sehr froh, dass ich noch dageblieben bin. Die anderen schauen schon, ob GAK die Geschichte packt oder nicht packt. (Beifall bei der ÖVP. – 19.49 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen nunmehr zu den Abstimmungen über die einzelnen Tagesordnungspunkte und über jeweils dazu eingebrachte Entschließungsanträge. Nunmehr bitte ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zum Tagesordnungspunkt 16 zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Tagesordnungspunkt ist einstimmig angenommen.

Zu Punkt 16 haben die Abgeordneten Mag. Erlitz, Dr. Flecker und Keshmiri einen Entschließungsantrag dahin gehend eingebracht, eine ausreichende Förderung kleiner Sportvereine und so weiter und so fort vorzusehen. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Entschließungsantrag ist einstimmig angenommen.

Ferner liegt zum Tagesordnungspunkt 16 ein Entschließungsantrag der FPÖ vor, der zwar im Betreff heißt, Vorlage eines Berichtes über die Situation des Sportes in der Steiermark, im Antrag jedoch meint, jugendliche Sportler sollten sich im Rahmen von Großveranstaltungen besser präsentieren können. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Nunmehr bitte ich Sie über den Antrag des Herrn Berichterstatters zum Tagesordnungspunkt 17 abzustimmen. Wer diesem Tagesordnungspunkt zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zu diesem Tagesordnungspunkt 17 gibt es zwei Entschließungsanträge. Zunächst einen eingebracht von

SPÖ und der Frau Abgeordneten Keshmiri, betreffend die Erhöhung der Mittel der besonderen Bundessportförderung. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ferner liegt zu Tagesordnungspunkt 17 ein Entschließungsantrag vor, ebenfalls eingebracht von SPÖ und der Frau Abgeordneten Keshmiri, betreffend neue Wege in der Jugendsportförderung. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle ebenfalls die einstimmige Annahme des Antrages fest. (Abg. Tasch: „Es ist nicht erklärt worden, was für welche Wege das sind!“) Wie bitte? (Abg. Tasch: „Die SPÖ hat nicht erklärt, welche Wege das sind, diese neuen Wege!“ – Abg. Kaufmann: „Da hast du wieder nicht zugehört!“ – Abg. Gennaro: „Du brauchst nur lesen und zuhören!“) Das ist an sich kein Problem, allerdings umfasst die Begründung des Antrages eine Seite. Der Antrag selbst hat zwei Punkte. Ich gebe sie dem Kollegen Tasch im Anschluss an die Abstimmungen. Abgestimmt wurde ja bereits.

Wir kommen nunmehr zu Punkt 18 der Tagesordnung. Die Damen und Herren, die dem Punkt 18 der Tagesordnung zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Zu Punkt 18 wurde ein Entschließungsantrag der FPÖ eingebracht, betreffend eine maximale Förderung von Sportprojekten. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Schließlich bitte ich Sie um Abstimmung zu Punkt 19 der Tagesordnung. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen nunmehr zu Punkt 20 der Tagesordnung.

20. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über den Antrag, Einl.-Zahl 1288/1, der Abgeordneten Dr. Flecker, Gennaro, Dr. Bachmaier-Geltewa, Gross und Günther Prutsch, betreffend Maßnahmen zur Novellierung der Richtlinien für die Nahversorgungsförderungsaktion.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (19.53 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeitsplatz hat in seinen Sitzungen am 9. November 1999 und am 9. Mai 2000 über den Antrag, Einl.-Zahl 1288/1, der Abgeordneten Dr. Flecker, Gennaro, Dr. Bachmaier-Geltewa, Gross und Günther Prutsch, betreffend Maßnahmen zur Novellierung der Richtlinien für die Nahversorgungsförderungsaktion für die Steiermark, beraten.

Der vom Ausschuss für Wirtschaft und Arbeitsplatz eingesetzte Unterausschuss hat in einer Sitzung den Antrag, Einl.-Zahl 1288/1, der Abgeordneten Dr. Flecker, Gennaro, Dr. Bachmaier-Geltewa, Gross und Günther Prutsch, betreffend Maßnahmen zur Novellierung der Richtlinien für die Nahversorgungsförderungsaktion, beraten. Dabei hat man sich auf folgende Änderungswünsche geeinigt:

Als Ziel der Förderung sollte die Verbesserung, Sicherung und Erhaltung der regionalen Lebensqualität als zusätzlicher Indikator aufgenommen werden.

Statt dem bisherigen Abstellen auf einem Umsatzanteil von mindestens 50 Prozent im Lebensmittelbereich soll nun das entscheidende Kriterium für die Förderungswürdigkeit ein Vollsortiment im Lebensmittelbereich sein. Demnach können auch Gastgewerbebetriebe, die nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung die Nahversorgungsfunktion in Ortsgebieten übernehmen, in den Genuss einer Förderung kommen.

Auch Filialbetriebe sollen – wenn sie die Funktion des einzigen Nahversorgers einer Gemeinde übernehmen – in den Genuss einer Förderung kommen können.

Die bisherige Kooperations- und Marketingförderung soll verstärkt werden. Unternehmenskooperationen sollen auch dann förderbar sein, wenn zumindest ein Förderungswerber im Sinne der Initiative der Kooperation angehört.

Betriebsübernahmen der Zielgruppe der Initiative sollten jedenfalls förderbar sein. Bemessungsgrundlage sind die steuerlichen Ansätze des Betriebsübernehmers.

Die Fördermöglichkeit von Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen soll in die Richtlinien aufgenommen werden.

Bei der Investitionsförderung sollte die Projektuntergrenze von 20.000 Euro auf 7000 Euro gesenkt werden.

Die Abwicklung der Förderung sollte so unbürokratisch wie möglich erfolgen. Ich bitte um Annahme! (19.55 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Herrn Berichterstatter. Als Erster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Straßberger (19.55 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Die Nahversorgung ist ein bekanntes Thema und wenn man nicht unmittelbar betroffen ist, dann geht es so an der Gesellschaft vorbei. Wenn man aber betroffen ist, und das ist zum Teil die ländliche Region, die Behinderten und auch die ältere Generation, dann denkt und diskutiert man über das Thema Nahversorgung doch etwas ernstlicher und betroffener. Wir wissen genau, dass in vielen Gemeinden kein Nahversorger mehr vorhanden ist, das heißt, ein Unternehmen, das die Grundnahrungsmittel zur Verfügung stellt. Die Entwicklung zeigt, dass dieser Trend nach wie vor rasch fortschreitet. Dann kommt natürlich die Verschuldensfrage, warum ist das so, wer ist schuld.

Ja, die Gemeinde, der Bürgermeister, der Gemeindevorstand, die Gemeindevertretung und dergleichen. Und nachdem ich aus zehnjähriger Praxis hier berichten darf, es ist irrsinnig schwierig, einen Nahversorger neu anzusiedeln. Ich behaupte hier auch, dass eine große Mitschuld dieses Problems auch der Konsument trägt und gestatten Sie mir, wer ist der Konsument, wer sind die Konsumenten? Das sind wir alle und man müsste sich hier täglich in den Spiegel schauen.

Es gibt hier, verehrte Damen und Herren, drei Faktoren, die das Problem Nahversorgung auch begründen. Zum Ersten die Einkaufsmöglichkeiten, das heißt die neuen Einkaufsmöglichkeiten. Zum Zweiten das Einkaufsverhalten der Gesellschaft und zum Dritten der Konsumententyp. Zu den Einkaufsmöglichkeiten, hier gibt es eine neue Art, eine kaum überschaubare Größenordnung der Märkte, der Einkaufszentren beziehungsweise der Handelsketten mit fast Restlossortiment, das heißt, man kriegt dort in diesen Märkten, in diesen Zentren alles oder fast alles, was man sich nur denken kann. Das Angebot ist gigantisch und natürlich steht dieser Einkaufsmöglichkeit auch eine Verkaufsstrategie zu Fuße.

Zum Zweiten, das Einkaufsverhalten und die Einkaufsart. Das Einkaufsvolumen ist in der Gesellschaft größer geworden. Die Geduld der Kunden ist gesunken, der Kunde kann auf nichts mehr warten. Alles, was er sieht oder sich einbildet, will er haben. Es findet kaum noch eine Bestellung in den nächsten 14 Tagen – ich meine jetzt außerhalb des Lebensmittelbereiches – statt. Der Konsument ist grundsätzlich kritischer geworden und viel besser informiert auf Grund der Vielfalt der Werbung. Die Mobilität, der eigene Pkw, Freizeit, aber auch der Wohlstand tragen dazu bei, dass sich das Einkaufsverhalten und die Einkaufsart der Gesellschaft geändert hat.

Und zum Dritten ist es der Konsumententyp. Das heißt, es gibt hier drei Konsumententypen.

Es gibt eine Studie und die ist, glaube ich, ganz interessant.

Der Konsumententyp A: Das sind in etwa 25 bis 28 Prozent, überwiegend Frauen zwischen 30 und 40 Jahren und darüber, gehobene Sozialschichte, das heißt höheres Einkommen, Personen vorwiegend in den Städten. Diese bevorzugen keinen Kaufstress, eher den Stadtbummel, eher in den Geschäftsstraßen und in den Zentren werden die Einkaufstätigkeiten getan. Sie genießen die Vielfalt der Angebote. Sie betrachten die Schaufenster und die Dekorationen. Das höhere Lebensgefühl und die Atmosphäre spielen hier eine Rolle. Der gewachsene Branchenmix ist hier in den Vordergrund gestellt. Der saisonelle Schwerpunkt in den Angeboten ist auch ein wesentlicher Punkt. Als Endfeststellung dieses Typs A: Der Konsument kauft gezielt ein.

Dann gibt es den Konsumententyp B. Das sind in etwa 45 bis 48 Prozent, überwiegend Familien mit Kindern, zwischen 30 und 50 Jahren, mittlere Sozialschichte, mittleres durchschnittliches Einkommen. Diese Menschenkategorie bevorzugt die Einkaufszentren an den Stadträndern, die Anfahrt mit dem Pkw, alles unter einem Dach, vorhandene Parkplätze, Einladen unter einem Flugdach, günstige Angebote, das heißt auch günstige Preisangebote, die direkte Kon-

kurrenz – wenn ich in diesem Laden hier nichts bekomme, gehe ich in die Nebenhalle –, die Erlebnisecken für die Kinder – das heißt, auch die Kinder haben hier eine Aufbewahrung, wenn ich das so sagen darf –, durchgehende Öffnungszeiten günstig für berufstätige Frauen. Das ist der Erlebniseinkauf auf der grünen Wiese. Und das Negative, wird bei diesem Konsumententyp festgestellt, der Konsument wird durch die Vielfalt der Angebote zur Kaufsucht angeführt.

Der Typ C: Das sind in etwa 20 Prozent der Bevölkerung, Menschen über 50 Jahre, also die ältere Generation, eine niedrigere Sozialschicht, das heißt geringeres Einkommen. Das sind die Versandkäufer. Kauf auf Bestellung, das ist in etwa seit 30 bis 35 Jahren gang und gäbe. Diese Menschengruppe vermeidet große Menschenansammlung, die Selbstbedienung ist nach wie vor noch etwas befremdend. Das Angebot im Einkaufscenter und in den Einkaufsmärkten ist für diese Gruppe zu viel, weil das Einkommen nicht ausreicht. Das Haushaltsbudget ist knapp und durch den Versandkauf ist das Zahlungsziel etwas verlängert und verschoben und auch Ratenzahlungen sind da möglich. Auch deshalb wird diese Einkaufsart bevorzugt, da viele Menschen vor Ort nicht mehr auf – ich sage das jetzt so salopp – Raten kaufen wollen, und letztendlich gibt es diese Möglichkeit in den Einkaufsmärkten nicht mehr. Die Ursache dieser Einkaufsart ist höhere Exekutionsrate im privaten Bereich und alle diejenigen, die mit diesen Dingen zu tun haben, wissen wie problematisch das ist.

Diese Entwicklung bringt natürlich auch ein Stadt-Land-Gefälle mit sich und auf der Strecke – ich habe das schon einleitend gesagt – bleibt der ländliche Raum. Hier war auch unser Ansatz im Unterausschuss und hier ist die Politik eben auch gefordert und muss ihren Teil dazu beitragen, aber nicht in Hingabe von irgendwelchen finanziellen Mitteln, um vielleicht das Betriebsergebnis bei den Nahversorgern zu korrigieren oder zu schönen, sondern wir haben versucht, Ansätze für neue moderne Förderungsrichtlinien in unserem Lande vorzuschlagen.

Wir haben eine generelle Verbesserung der bisherigen Förderung ins Auge gefasst, und zwar praxisorientierter, und dann sollen diese Förderungsrichtlinien wieder Anreize bieten, zum Ersten, den elterlichen Betrieb zu übernehmen und fortzuführen und zum Zweiten, den Zugang zur Selbstständigkeit im Nahversorgungsbereich vielleicht zu erleichtern.

Verehrte Damen und Herren, der Berichterstatter Kurt Gennaro hat ja diesen Antrag letztendlich sehr genau vorgelesen. Aber ich glaube, ganz wichtige Punkte sind hier aus dem Ergebnis unseres Ausschusses, dass einmal der Umsatzanteil von mindestens 50 Prozent gefallen ist. Wir haben gemeint, wenn ein Unternehmen ein Vollsortiment im Lebensmittelbereich hat, der auch letztendlich die Bestimmungen der Gewerbeordnung erfüllt – ob das ein Gastwirt oder ein Bäcker oder sonst jemand ist –, soll er förderungswürdig sein, auch die Filialbetriebe. Die Kooperations- und Marketingförderungen sollen verstärkt werden. Was mich ganz besonders – auch aus meiner beruflichen Tätigkeit – freut, ist, dass auch Betriebs-

übergaben jetzt förderungswürdig sind, und zwar die Bemessungsgrundlage der förderbaren Kosten, der steuerlichen Ansätze zum Beispiel beim Anlagevermögen. Das war jetzt ja nicht der Fall, weil nur Investitionen in einer gewissen Höhe förderbar waren. Die Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen müssen auch verstärkt werden und letztendlich, bei den Investitionsförderungen soll die Projektuntergrenze von 22.000 Euro, sprich 280.000 Schilling, auf 7000 Euro, also 96.000 Schilling, herabgesetzt werden. Und was das Wichtigste, glaube ich, ist, diese Förderungen sollen so unbürokratisch wie möglich erfolgen.

Verehrte Damen und Herren, der Unterausschuss hat es sich nicht leicht gemacht und wir sind über den SPÖ-Antrag hinausgegangen. Dort sind drei Punkte gewesen. Wir haben uns die Aufgabe gestellt, auch gleich die bestehenden Richtlinien zu adaptieren. Ich darf mich hier für die konstruktive Mitarbeit im Unterausschuss herzlich bedanken und für das mir entgegengebrachte Vertrauen. Ich darf allen danken, die da mitgewirkt haben, in den politischen Büros und vor allem auch die Wirtschaft. Einen ganz besonderen Dank entbiete ich unserem Klubsekretär, Herrn Zenz, der sich wieder die Mühe gemacht hat, die Einladungen und dergleichen und die Protokolle zu schreiben.

Wir hoffen, dass hier die Politik ihren Teil dazu beiträgt, um die Nahversorgung in unserem Lande auch in der Zukunft zu sichern.

Aber, das möchte ich hier deutlich sagen, nicht nur der Konsument, auch die Wirtschaft und vor allem die spezifischen Unternehmungen müssen sich den neuen Herausforderungen stellen. Das heißt, ich sage das jetzt ganz offen, nach dem herkömmlichen „Tauterlan“ – so sagt man im Mürztal – kann es auch dort nicht weitergehen. Das heißt, die Nahversorger müssen auch auf die Bedürfnisse der Konsumenten vermehrt eingehen. Vor allem soll aber auch der Konsument nachdenken, wenn er in seiner Gemeinde und in seiner Umgebung eine Nahversorgung haben will, dann muss er auch dort einkaufen und nicht die große Fahrt zum Supermarkt machen und wenn man dann merkt, dass man die Zahnstocher vergessen hat oder sonst irgendwelche Utensilien, dann soll das der Nahversorger haben. Verehrte Damen und Herren, mit diesen Umsätzen kann der Nahversorger nicht leben.

Am Zug ist jetzt die Landesregierung, die diese Richtlinien zu beschließen hat. Wir hoffen, dass das umgehend stattfindet, dass hier keine Verzögerung eintritt. Und der Finanzlandesrat hat dafür zu sorgen, die nötigen Mittel hierfür im laufenden Jahr bereitzustellen, aber vor allem für die Zukunft auch dementsprechend zu budgetieren.

Verehrte Damen und Herren, ich bitte Sie, diesem Antrag für die neuen Nahversorgungsrichtlinien zuzustimmen. Wir hoffen oder ich darf zumindest hoffen, dass wir eine zukunftsorientierte gute Arbeit geleistet haben. Und ich darf mich nochmals recht, recht herzlich bedanken für die Mitarbeit. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 20.08 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile es ihr.

Abg. Gross (20.08 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Kollege Straßberger hat sehr umfassend zum Thema Nahversorgerförderungsaktion für die Steiermark und auch aus der Unterausschusssitzung berichtet. Er hat sicherheitshalber auch gleich am 4. Mai die „Kleine Zeitung“ informiert und ich darf den Redakteur in der Einleitung zitieren. „Das Greißlersterben ist seit Jahren in aller Munde, geändert hat sich an der Gefährdung der Nahversorgung in manchen ländlichen Gebieten nichts. Doch nun haben die letzten Aufrechten schon fast unerwartete Schützenhilfe von der Politik bekommen.“

Also diese Einleitung ist vielleicht nicht ganz der Zugang, den wir bei den Unterausschusssitzungen gehabt haben. Ich möchte dem Landtag daher zur Kenntnis bringen, dass unsere Fraktion zwei Erlebnisse konkret zur vorliegenden Antragstellung bewegen haben. Das erste Problem ist der ehemalige Konsum in Bad Aussee, der derzeit zahlreiche Gemeinden nahversorgt und nicht in den Genuss einer Förderung kommen kann, weil es sich um eine Handelskette handelt. Der zweite Punkt ist, in einer Gemeinde, wo ein Gasthaus die Lebensmittelversorgung übernimmt, dieses auch nicht in den Genuss einer Förderung kommen konnte, zumal das Kriterium der derzeitigen Richtlinien, mindestens 50 Prozent Umsatz im Lebensmittelbereich, nicht erfüllt werden kann.

Diese Richtlinien, die uns vorliegen, sind obsolet. Die Mobilität der Menschen heute bestimmt auch ihr Kaufverhalten. Für die im Berufsleben stehenden Menschen stellt die Versorgung heute kaum ein wie immer geartetes Problem dar. Ganz anders sieht es jedoch für die aus dem aktiven Berufsleben Ausgeschiedenen und besonders für jene Menschen aus, die nicht mehr imstande sind oder berechtigt sind, ein Kraftfahrzeug zu lenken. Die Versorgungsinfrastruktur hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten total verändert, vor allem negativ verändert, verschlechtert, auch für Menschen mit mobilen Einschränkungen, egal ob es körperlich behinderte Menschen oder auch ältere Menschen sind, die ihre körperliche Mobilität mit zunehmendem Alter verlieren. Hier beginnt eine neue Art der Ausgrenzung vom Konsumleben. Hier beginnen neue Abhängigkeiten wirksam zu werden. Die derzeit bestehenden Marktmechanismen und Einkaufsmöglichkeiten nehmen darauf so gut wie keine Rücksicht. Besonders stark wird sich nach der ÖBIG-Studie die Überalterung in jenen Gebieten der Steiermark auswirken, in denen die wirtschaftliche Entwicklung hinter den anderen Regionen zurückbleibt, damit auch die Nahversorgung. Am stärksten betroffen davon sind wieder einmal die Frauen. Von den heute über 60-jährigen Frauen besitzen rund 80 Prozent keinen Führerschein, von den unter 60-Jährigen sind es noch rund 60 Prozent. Die längere Lebenserwartung der Frauen verschärft diese Situation der Versorgung auch noch.

Meine Damen und Herren, der Kollege Straßberger ist sehr intensiv auf den Bereich der Wirtschaft eingegangen. Mein Zugang zum Thema Nahversorgung ist, dass die Reife und der kulturelle Standard einer Gesellschaft davon und daran zu messen ist, wie sie mit ihren Minderheiten, nämlich den sozial Schwachen umgeht. Und dies trifft auch für den Bereich der Nahversorgung zu und darum sind wir froh, dass wir im Unterausschuss eine Einigung erzielen konnten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 20.13 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile es ihm.

Abg. Schleich (20.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir haben jetzt zwei sehr ausführliche Berichte über die Situation der Nahversorgung gehört, dass ich mir eigentlich meine Wortmeldung hätte sparen können. Ich werde es dafür sehr kurz machen. Aber weil gerade die Nahversorgung mich persönlich sehr trifft, weil, wie wir ja wissen, in jeder vierten Gemeinde gibt es bereits keinen Nahversorger mehr und bei allen Kleingemeinden, die nicht übergroßen Tourismus haben und bei 1000 Einwohnern liegen, ist es natürlich schwierig, dass sich überhaupt einer hält, weil es wirtschaftlich fast nicht möglich ist. Ich glaube, gerade dieser Antrag der Sozialdemokraten, der hier mitgetragen wurde von den anderen Parteien, wie wir auch schon vorher von der ÖVP gehört haben, ist ein wichtiger Punkt dazu, denn wie Sie aus den Reden der Vorredner entnehmen konnten, sind die Entscheidungen gefallen, die 50-Prozent-Klausel herauszunehmen, in Zukunft auch eine Handelskette förderbar zu machen, denn es ist in Wirklichkeit kaum mehr möglich, wenn es nicht eine Handelskette ist, dass auch die Preislinie gehalten wird und die Waren preisgünstig angeboten werden können. Wie Sie auch gehört haben, sind besonders ältere Leute, auch wenn öffentliche Verkehrsmittel vorhanden sind, sehr auf den Nahversorger angewiesen, weil sie ja sonst mit den Taschen in den Autobus und wieder zurück müssen. Ich glaube, dass wir hier dem Nahversorger in der Zukunft größere Möglichkeiten geben, wie Sie auch aus Betriebsübergaben ersehen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr oft sind die Nahversorger auch die Vermittler der Lebensmittel aus der Landwirtschaft und vor allem dann, wenn sie einen Tourismus haben, ist es eine ganz wichtige Versorgung, die sie eigentlich als Einrichtung brauchen. Es wird wahrscheinlich nicht alle Probleme lösen, die wir vor uns haben, aber es ist ein entscheidender Faktor, um die Möglichkeit wahrzunehmen und dafür möchte ich mich auch bei dir, liebe Barbara, herzlich bedanken für die Verhandlungen und dass uns dies gelungen ist und danke für die Zustimmung. Ein herzliches steirisches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. – 20.16 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Nunmehr zu Wort gemeldet die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile es ihr.

Abg. Dietrich (20.16 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich glaube, ein wesentliches Element für die Lebensqualität ist, dass die Möglichkeit besteht, dass man sich mit Bedarfsgütern eindecken kann, das heißt, dass man all das, was man als Bedarf des Lebens benötigt, auch in unmittelbarer Reichweite zum Einkaufen hat. Im Wandel der Zeit hat sich einiges verändert. Während es durchaus früher üblich war, dass in jedem Ort ein Kaufhaus war, das vom Schuhband angefangen bis zur Zitrone alles hatte, so haben die Großmärkte viel von dem Markt für sich gewinnen können und viele Kaufhäuser am Land mussten geschlossen werden. Die Nahversorgung ist vor allem für jene Bevölkerungsschicht wichtig, die nicht so mobil ist. Das sind die alten Menschen, die behinderten Menschen oder auch Mütter, die auf Grund ihrer Versorgungspflichten nicht täglich in die Stadt hineinfahren können oder die eben nicht die Möglichkeit haben, die Güter des täglichen Bedarfes vor Ort oder in der Nähe zu besorgen.

Ziel dieser Förderung ist die regionale und lokale Versorgung der Bevölkerung. Und das zweite Ziel, das ebenso wichtig ist, ist die Erhaltung von Arbeitsplätzen, Erhaltung von dezentralen Arbeitsplätzen. Und wir alle wissen, dass gerade in Kleingeschäften ein viel höherer Arbeitsplatzbedarf geschaffen wird als bei Großmärkten und aus diesem Grund unterstützen wir es, dass kleine Lokaltäten erhalten werden. Mit den neuen Richtlinien wird erstmals die Möglichkeit geschaffen, dass auch Gasthäuser, Tankstellen oder Niederlassungen von Handelsketten gefördert werden, nämlich dann, wenn sie Nahversorgungstätigkeiten übernehmen. Wir haben diesen Richtlinien zugestimmt, da wir der Meinung sind, dass es sinnvoll ist, auch für unsere nicht so mobilen Mitbürger die Möglichkeit zu schaffen, vor Ort in der Nähe einkaufen zu gehen. (Beifall bei der FPÖ. – 20.18 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke, das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

21. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1439/1, Beilage Nr. 175, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Almschutzgesetz 1984, das Steiermärkische landwirtschaftliche Chemikaliengesetz, das Steiermärkische Waldschutzgesetz, das Steiermärkische Bienenzuchtgesetz, das Gesetz über den Schutz landwirtschaftlicher Betriebsflächen, das Steiermärkische Landesweinbaugesetz, das Steiermärkische Buschenschankgesetz 1979, das Steiermärkische landwirtschaftliche Bodenschutzgesetz, das Steiermärkische Tierzuchtgesetz, das Gesetz betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Gamsräude, das Gesetz über die Sicherung und Förderung der Erzeugung von Hybridmais- und Roggensaatgut, das Steiermärkische Zusammenlegungsgesetz 1982, das Steiermärkische Einforstungs-Landesgesetz 1983,

das Steiermärkische Agrargemeinschaftengesetz 1985, das Steiermärkische Güter- und Seilwege-Landesgesetz 1969, das Steiermärkische Tierschutz- und Tierhaltengesetz, das Berufsjägerprüfungsgesetz, die Disziplinarordnung der Steirischen Landesjägerschaft, das Steiermärkische Jagdgesetz 1986 und das Landwirtschaftskammergesetz geändert werden.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (20.19 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1439/1, Beilage 175, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Almschutzgesetz 1984, das Steiermärkische landwirtschaftliche Chemikaliengesetz, das Steiermärkische Waldschutzgesetz, das Steiermärkische Bienenzuchtgesetz, das Gesetz über den Schutz landwirtschaftlicher Betriebsflächen, das Steiermärkische Landesweinbaugesetz, das Steiermärkische Buschenschankgesetz 1979, das Steiermärkische landwirtschaftliche Bodenschutzgesetz, das Steiermärkische Tierzuchtgesetz, das Gesetz betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Gamsräude, das Gesetz über die Sicherung und Förderung der Erzeugung von Hybridmais- und Roggensaatgut, das Steiermärkische Zusammenlegungsgesetz 1982, das Steiermärkische Einforstungs-Landesgesetz 1983, das Steiermärkische Agrargemeinschaftengesetz 1985, das Steiermärkische Güter- und Seilwege-Landesgesetz 1969, das Steiermärkische Tierschutz- und Tierhaltengesetz, das Berufsjägerprüfungsgesetz, die Disziplinarordnung der Steirischen Landesjägerschaft, das Steiermärkische Jagdgesetz 1986 und das Landwirtschaftskammergesetz geändert werden.

Ihnen liegt die Vorlage vor. Ich bin überzeugt, dass Sie sie eingehend studiert haben und ich bitte um Annahme! (20.20 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir können gleich annehmen oder ablehnen. Es liegt keine Wortmeldung vor.

Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, sofern Sie dem zustimmen. Danke!

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

22. Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauenfragen über den Antrag, Einl.-Zahl 1340/1, der Abgeordneten Mag. Jost-Bleckmann und Dietrich, betreffend Förderungsmöglichkeit bei Verwendung waschbarer Windeln.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (20.20 Uhr): Herr Präsident!

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauenfragen hat in seinen Sitzungen am 11. Jänner 2000 und am 9. Mai 2000 über den Antrag, Einl.-Zahl 1340/1, der Abgeordneten Jost-Bleckmann und Dietrich, betreffend Förderungsmöglichkeit bei Verwendung waschbarer Windeln, beraten.

In der Ausschusssitzung vom 11. Jänner 2000 wurde der Antrag der Abgeordneten Jost-Bleckmann und Dietrich, betreffend Förderungsmöglichkeit bei Verwendung waschbarer Windeln, gemäß Paragraf 30 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtages der Landesregierung zwecks Einholung einer Stellungnahme zugewiesen.

Die Landesregierung hat mit Vorlage, Einl.-Zahl 1340/2, hiezu eine Stellungnahme abgegeben und berichtet, dass die Förderungstätigkeit der Landesregierung, betreffend waschbare Winkelsysteme, bereits auf das Jahr 1992/93 zurückgeht, indem seitens der Fachabteilung 1c das ökologische Projekt Graz beauftragt wurde.

Seitens des Umweltlandesrates wurde ein entsprechender Antrag zur Förderung des Ankaufs von Mehrwegwindelsystemen als Grundsatzbeschluss in der Regierungssitzung am 29. November 1999 eingebracht. Dieser Antrag wurde in der Sitzung vom 6. Dezember 1999 einstimmig genehmigt.

Der Berechnung wurden folgende statistische Zahlen zugrunde gelegt:

- Geburten in der Steiermark: rund 12.000 pro Jahr;
- Kosten eines Windelpaketes pro Baby: rund 3900 Schilling;
- angestrebte Beteiligung am Mehrwegwindelsystem: 15 Prozent der Eltern;
- vorgeschlagener Förderanteil des Landes: 500 Schilling pro Windelpaket;
- voraussichtliche Kostenbelastung für das Land Steiermark: rund 900.000 Schilling im Jahr.

Zur Unterstützung der Öffentlichkeitsarbeit wurden mittlerweile drei Informationsbroschüren fertig gestellt:

Info 1: „Der Windelwegweiser“, Info 2: „Rund ums Wickeln“, Info 3: „Rund ums Windelwaschen“ und ein Infofolder über die Förderaktion des Landes.

Die Förderaktion des Landes wurde am 9. März 2000 bei einer Pressekonferenz und Informationsveranstaltung im Schloss Sankt Martin der breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Zum Nutzen aus ökologischer und ökonomischer Sicht wird berichtet, dass aus Erfahrungswerten bekannt ist, dass die Wickelperiode eines Kleinkindes zwischen zweieinhalb und vier Jahren beträgt und in dieser Phase zwischen 800 und 1200 Kilogramm Restmüll anfällt. Die durchschnittlichen Entsorgungskosten pro Tonne Restmüll liegen in der Steiermark bei zirka 2000 Schilling.

Würden alle Neugeborenen der Steiermark statt mit Wegwerfwindeln mit den waschbaren Windeln gewickelt werden, könnten in der Steiermark Gesamtsorgungskosten in der Höhe von rund 24 Millionen eingespart werden. Im Gegenzug würde sich das Restmüllaufkommen um rund 12.000 Tonnen verringern – das ergäbe eine Kolonne von 1200 Müllsammelfahrzeugen.

Auf Grund der bisherigen Erfahrungen und aus den einzelnen bereits laufenden Projekten in der Steiermark ist mit einer Beteiligung der Eltern an waschbaren Winkelsystemen von zirka 5 bis 15 Prozent zu rechnen; die vermeidbaren Deponierungskosten betragen in diesem Fall 3,6 Millionen.

Eine Unterstützung der Mehrwegwindeln seitens des Landes Steiermark ist somit ein positiver Beitrag zur Müllvermeidung und ein deutliches Zeichen gegenüber jenen Bürgern, die sich in vielfältiger Weise um eine nachhaltige Lebensweise bemühen.

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Frauenfragen stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauenfragen zum Antrag, Einl.-Zahl 1340/1, der Abgeordneten Jost-Bleckmann und Dietrich, betreffend Förderungsmöglichkeit bei Verwendung waschbarer Windeln, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme! (20.24 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke für den ausführlichen Bericht.

Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Karisch. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Karisch (20.24 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Angesichts des umfassenden Berichtes kann ich es ganz kurz machen.

Das Müllaufkommen nimmt heute beängstigend zu. Babywindeln haben einen großen Anteil daran, wie wir gehört haben.

Ich bin sehr froh, dass Landesrat Pörtl und auch der Leiter der Fachabteilung 1c schon Anfang der neunziger Jahre begonnen haben, hier etwas dagegen zu tun. Es greift, wie wir gehört haben. Es gibt jetzt wirklich eine Aktion, die den Müll vermeidet.

Wir werden aber auch noch in anderen Bereichen vermeiden müssen. Wir haben heute zu wenig Vermeidung, zu wenig Verursacherprinzip. Nötig ist mehr Nachhaltigkeit und mehr Ressourcenschonung, mehr Wiederverwertung, mehr Stoffflusswirtschaft, vor allem auch seitens von uns Konsumenten, dass wir jeder für uns überlegen, was brauchen wir wirklich, was können wir wieder verwerten.

Meine Damen und Herren, der Müll wird uns noch lange beschäftigen. Die Babywindelaktion ist ein positives Beispiel, wie man weiterkommen kann. Es werden noch viele weitere Beispiele folgen müssen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 20.26 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hagenauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hagenauer (20.26 Uhr): In der gebotenen Kürze. Ich kann es mir nicht verkneifen, die 12.000 Jahrestonnen, das ist genau das Volumen, wo an manchen Standorten in der Steiermark monate- und jahrelang ganze Deponiekriege ausgetragen wurden. Ich sage es nur für das Protokoll und dafür, weil solche Rückbesinnungen dann und wann doch heilsam sind, denke ich.

Das, was hier und heute Gott sei Dank jetzt beschlossen wird, das ist ein Konzept, das ist über zehn Jahre alt. Die Betreiber dieser Superidee, die haben mehr als zehn Jahre verzweifelt versucht das durch-

zudrücken. Jetzt ist es Gott sei Dank gelungen. In der Zwischenzeit ist man über Dutzende von Initiativen drübergefahren, hat Deponien errichtet, hat man wilde Auseinandersetzungen sich geleistet rund um Müllverbrennungsanlagen. Vieles von dem hätte man sich ersparen können, wenn man das, was man hier und heute lobt, zu Recht lobt, schon vorher gemacht hätte. Ich frage mich, helfen Sie mir weiter, das Konzept ist garantiert 15 Jahre alt, warum man das nicht damals schon – ich habe das damals schon befürwortet, das wird Sie ja nicht wundern – durchgesetzt hat.

Das wollte ich nur hier an der Stelle noch einmal in der gebotenen Bescheidenheit festhalten.

Im Übrigen stimme ich der Kollegin Karisch zu, dass in Sachen Müllvermeidung erbärmlich wenig weitergeht, schauen wir uns etwa an das Schicksal der Milchflasche oder andere Geschichten. In der Tat ist das ein Bereich, wo man noch einiges tun müssen, aber es ist, wie gesagt, mühsam erkämpft, aber doch auch einiges gelungen.

Wenn man dieselben Verantwortlichen – zwei davon sind vorhin von Ihnen genannt worden – ungehindert hätte fuhrwerken lassen, dann hätten wir heute zum Beispiel schon mitten in der Stadt Graz eine Müllverbrennungsanlage und ein halbes Dutzend Deponien mehr. Das wollte ich nur – Sie entschuldigen – bevor da allzu große Jubelstimmung aufkommt, noch anmerken. Danke! (Abg. Dr. Karisch: „Herr Hagenauer, das ist ungerecht, Sie wissen, manche Sachen dauern lange. Die Bevölkerung hat zum Beispiel die Windelpakete nicht angenommen. Es hat nicht überall das gegeben. Es hat Pilotprojekte gegeben und das ist halt eine Zeit lang nicht gegangen. Die beiden haben sich wirklich redlich bemüht, das ist nachweisbar! Man kann es nicht aufzwingen!“)

Wir sollten anhand dieses und anderer Beispiele uns fragen, warum manche Dinge so lange dauern. (20.29 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Meine Damen und Herren, wenn Sie Zwiegespräche führen wollen, stehen Ihnen alle Räumlichkeiten des Hauses zur Verfügung, aber die Wortmeldung ist beendet.

Ich darf den Herrn Landesrat bitten, uns seine Wortmeldung zu bringen.

Landesrat Pörtl (20.29 Uhr): Ich bin seit sieben Monaten Großvater und ich habe bei meinem kleinen Michael das leibhaftig versucht, den Unterschied zwischen einer Popolino-Wickelmethode und einer Pampers-Wickelaktion mitzuerleben. Also da gehört wirklich eine massive Überzeugungsarbeit dazu, sozusagen eine umfassende Information auch in wirtschaftlicher Hinsicht – welchen Vorteil bringt das finanziell – und ich habe gerade vorher mit dem Abgeordneten Dimberger, der hat auch zwei Bambinos, über diese waschbaren Windeln gesprochen, da ist ehrlich gesagt die Versuchung wahnsinnig stark, diesen Pampers nicht zu widerstehen. Das ist das Angenehmste und Beste, was sozusagen von der Bekömmlichkeit her läuft. Wir haben aber in der Weiterentwicklung in diesen Jahren vor allem auch die Qualität dieser waschbaren Windeln weiterentwickelt. Seit dem 92er-Jahr haben wir solche Aktionen in den verschiedenen

Abfallwirtschaftsverbänden und ich bin überzeugt, dass das sicherlich der richtige Weg ist. Nur, Kollege Hagenauer, ich habe da vollstes Verständnis, diese Ungeduld und das Drängen, das halte ich für keine nachteilige Position, nur, wir arbeiten sehr konsequent in der Abfallvermeidung in einer gut überlegten Stoffstromwirtschaft, in einer branchen- und sparten-spezifischen, vor allem in puncto Annahme, Aktivität, wo wir diese Müllvermeidung praktisch umsetzen. Ich will da nicht durchstarten, weil die Zeit ist weit weg, aber ich möchte mir nur erklären lassen, wie es uns gelingt, die Abfallmengen speziell im Sperrmüll oder in der Elektronik zu verringern, wenn zum Beispiel 4 Millionen Handys derzeit bei der Bevölkerung vorhanden sind und wenn die Haushalte immer kleiner werden. Das heißt, der Vierpersonenhaushalt ist schon fast eine Ausnahme, es ist der Zwei- und Einpersonenhaushalt ein Faktum durch verschiedene gesellschaftliche Umstände und natürlich hat jeder seinen Rasierapparat beziehungsweise seine ganze Palette von Waschmaschine und Kühlschrank, daher ist das nicht Untätigkeit der Umweltpolitik, sondern gesellschaftliche Fakten stehen dieser Frage gegenüber und ich bin auch dankbar, dass man uns nicht Nachlässigkeit und Bösartigkeit unterstellt, aber das ist wirklich wie das typische Wort heißt, Bohren an harten Brettern mit Geduld und vor allem mit Ausdauer. (Abg. Purr: „Max Weber!“) Bitte? (Abg. Purr: „Max Weber!“) Ich tue da nicht zitieren, zum Schluss erwische ich einen Falschen, ich habe so viele Zitate in mir.

Ja, so ist das, ich sage, was ich mir denke. Danke für das Engagement für die Windel! (Beifall bei der ÖVP. – 20.32 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Herr Landesrat, wenn du bei den zahlreichen Mütterberatungen mit dem selben Elan zu diesem Thema Stellung nimmst, bin ich überzeugt davon, dass wir 30 Prozent einsparen können, nicht nur 15! (Landesrat Pörtl: „Danke für den Optimismus!“)

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem zustimmt, was die Frau Abgeordnete Dietrich berichtet hat, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke, einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

23. Bericht des Finanz-Ausschusses, Einl.-Zahl 1442/2, Beilage Nr. 178, über den Antrag, Einl.-Zahl 1442/1, der Abgeordneten Schleich, Dirnberger, Stöhrmann und Straßberger, betreffend Novellierung der Steiermärkischen Landesabgabenordnung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Stöhrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Stöhrmann (20.33 Uhr): Bericht des Finanz-Ausschusses zur Einl.-Zahl 1442/1 über den Antrag der Abgeordneten Schleich, Dirnberger, Stöhrmann und Straßberger, betreffend Novellierung der Steiermärkischen Landesabgabenordnung.

Der Finanz-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 9. Mai 2000 die Beratungen über das obgenannte Gesetz durchgeführt und hiebei eine Änderung beschlossen.

Der Finanz-Ausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle den nachstehenden Entwurf des Gesetzes, mit dem die Steiermärkische Landesabgabenordnung 1967 geändert wird, zum Beschluss erheben.

Der Wortlaut: Die Steiermärkische Landesabgabenordnung, LGBl. Nr. 58/1963, in der Fassung LGBl. Nr. 13/2000 wird wie folgt geändert:

Artikel I

Im Paragraphen 186 Absatz 3 wird nach dem ersten Satz folgender Satz eingefügt:

„Ein Rückzahlungs- oder Verwendungsanspruch gemäß Paragraph 163 steht insoweit nicht zu, als die Abgabe wirtschaftlich von einem anderen als dem Abgabepflichtigen getragen wurde.“

Artikel II

(1) Artikel I ist auch auf vor der Kundmachung dieses Gesetzes entstandene Steuerschuldverhältnisse anzuwenden.

(2) Dieses Gesetz tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft. (20.34 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Herrn Berichterstatter. Er ist auch zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Stöhrmann (20.34 Uhr): Sehr geschätzter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ein wesentlicher Zeitanteil des heutigen Landtages wurde der Debatte um Sanktionen, bestehende oder nicht bestehende, gewidmet. Mehr als vier Stunden haben wir über diesen Tagesordnungspunkt diskutiert, auch polemisiert und letzten Endes abgestimmt, so dass im Endeffekt nichts dabei herausgekommen ist. Wir hätten uns wesentlich Zeit einsparen können, wenn Sie gleich dem einzigen konkreten und richtig formulierten Antrag, nämlich unserem, zugestimmt hätten. Dann hätten wir eine einhellige Meinung in diesem Haus gehabt.

Mir ist auch während dieser Debatte klar geworden, wieso vor allem die ÖVP mit jeder Faser ihrer Möglichkeiten an der Aufrechterhaltung dieser Sanktionsdebatte hängt, ist es doch die einzige Möglichkeit sich über die wirklichen Probleme, die dieses Land beschäftigen, hinwegzuschwindeln (Abg. Tasch: „Weißt du, dass du beim falschen Tagesordnungspunkt bist?“ – Abg. List: „Falscher Tagesordnungspunkt!“) und ist es doch die einzige Möglichkeit darüber hinwegzutäuschen, dass die blauschwarze Belastungsregierung nicht imstande ist, wirkliche Probleme zu lösen. (Abg. Purr: „Zur Sache!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Purr, weil Sie dazwischenreden, ich habe heute Ihre Stellungnahme während dieser Debatte sehr angestrengt verfolgt. Wissen Sie, was mir dabei eingefallen ist? Mir ist dabei eingefallen, als Sie vergangenen Dienstag diesen staatspolitisch so wichtigen Antrag im Ausschuss gestellt haben, zur steirischen Brettljause einen Unterausschuss einzurichten. Vielleicht wäre es besser, sich auch in Zukunft mit diesen Dingen zu beschäftigen. Aber ich komme schon noch zur Sache. (Abg. Purr: „Ich freue mich, dass Sie auf den Punkt kommen!“)

Wenn wir davon gesprochen haben, dass diese Sanktionen so wichtig sind (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Wir reden zum Tagesordnungspunkt 23!“) und wenn ich gesagt habe, dass Sie deswegen so daran hängen, (Abg. Purr: „Zur Sache bitte!“) um über die Schwäche der derzeitigen Regierung hinwegtäuschen zu können, dann hat das schon seinen Grund, meine sehr verehrten Damen und Herren. Denn obwohl uns bekannt ist, dass diese Problematik der Getränkesteuer auf die Gemeinden zukommen wird, schon seit langem bekannt ist und obwohl es im Vorfeld dieses OGH-Entscheides die Möglichkeit gegeben hätte, dieses zu reparieren, ist das nicht gelungen. Ich verweise nur auf die letzte Ministerratsitzung dieser alten Legislaturperiode, wo ein fertig ausverhandelter Pakt da war, um diese auf die Gemeinde zugekommenen Ungerechtigkeiten zu verhindern, mit den Stimmen und durch die Forderung der ÖVP nicht zustande gekommen ist.

Es hat nämlich damals Herr Khol von der ÖVP gesagt, er stimmt nur dann mit seiner Fraktion zu, wenn die so genannten Not leidenden Wirte von der Rückzahlungsverpflichtung ausgenommen werden würden. Was hätte das geheißen? Gerade jene Not leidenden Wirte, die sind es nämlich, die uns im Endeffekt ja bis jetzt schon gar keine Getränkesteuer abgeliefert haben und es wäre der skurrile Fall eingetreten, dass genau jene, die nichts bezahlt haben, dann auch noch etwas zurückbekommen hätten. Aber das scheint sowieso die Linie der ÖVP zu sein, wenn ich nur daran denke, dass es angeblich über 40 Milliarden Schilling Steuerschulden gibt, die von dieser Regierung nicht angetastet, ja auch nicht eingetrieben werden. (Abg. Purr: „Wer war Finanzminister?“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aber das war ja nur der Anfang dieser scheinbar unendlichen Geschichte der Getränkesteuer. (Abg. Purr: „Unverständlich!“)

Als dann im heurigen Jahr der Entscheid des OGH festgestanden hat und mit aller Wucht über die österreichischen Gemeinden hereingebrochen ist, dann hat man sich nicht sofort bemüht, diese Reparatur noch durchzuführen. Man hat sich auch nicht bemüht, so wie es der seinerzeitige Finanzminister Edlinger getan hat, indem er klipp und klar gesagt hat, wenn die Getränkesteuer fällt, Herr Kollege Purr, dann gibt es nur eine Möglichkeit, sie durch eine andere Getränkesteuer zum Wohle der Gemeinden zu ersetzen. (Abg. Purr: „Wer ist Finanzminister in Österreich gewesen?“)

Herr Kollege Purr, passen Sie auf, was ich sage, dann werden Sie es vielleicht verstehen.

Weil das eben nicht der Fall war, ist dann nach längerem Drängen, nachdem sogar jeder Hump oder Dump bemerkt hat, dass Feuer am Dach ist und dass die Autonomie der Gemeinden durch die Auslagerung am finanziellen Sektor gefährdet ist, der – wie hat es der Herr Kollege da hinten gesagt? – junge, dynamische Finanzminister nach anfänglichem Zögern doch dazu übergegangen, Vorschläge zu dieser Reparatur zu unterbreiten. Er hat verschiedene Vorschläge gemacht und ich gestehe es ihm gerne zu, dass er auf Grund seiner Jugend und Dynamik vielleicht noch nicht so in der Lage ist, die Sache wirklich zu begreifen. (Abg. Porta: „Jetzt hör einmal auf!“)

Jedenfalls waren die Vorschläge so, dass ihm beim Machen der Vorschläge abwechselnd einmal von der Wirtschaftskammer, einmal vom Wirtschaftsbund, einmal vom Freien Wirtschaftsverband, vom Ring freier Wirtschaftstreiber auf die Finger geklopft und ihm gezeigt wurde, dass es so nicht geht.

Jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir diese skurrile Situation, dass demnächst im Nationalrat ein Gesetz beschlossen wird, mit dem niemand seine Freude hat. Außer die Damen und Herren im Nationalrat überlegen es sich noch anders. Denn was tritt denn nach diesem Beschluss ein? Für den Konsumenten wird kein Getränk nur um einen Schilling billiger. Die Wirte müssen mehr an Steuern bezahlen durch diese Umverteilung, die keiner gewollt hat. (Abg. Purr: „Das ist ein Blödsinn, was du sagst!“) Die Wirtschaftskammer, die Wirtschaftstreibenden sind mit diesem Gesetz nicht einverstanden. Und letzten Endes, die Gemeinden bekommen weniger Geld, um Milliarden weniger Geld.

Und hier, meine sehr verehrten Damen und Herren, liegt auch die Crux bei der Sache, denn so einfach ist es ja nicht, wie es sich manche Kammerfunktionäre in der Verhandlung vorgestellt haben. Die Gemeinden sollen eben billigere Bauhöfe bauen und sollen da oder dort sparen. Darum geht es nicht.

Wenn Sie heute die Zeitung ein bisschen aufmerksam gelesen hätten, dann hätten Sie diesen Artikel in der „Kronen-Zeitung“ nicht überlesen und ich darf ihn hier zitieren: „EU-Schlusslicht Österreich muss um weitere 15 Milliarden Schilling zittern. Kein Budgetüberschuss bei den Gemeinden. Was die meisten Experten befürchten, hat nun auch der Generalsekretär des Städtebundes ausgesprochen. Die Gemeinden werden den geplanten Budgetüberschuss von 0,5 Prozent des BIP nicht schaffen. Das von Österreich nach Brüssel für heuer gemeldete Defizit fußt auf der Berechnung, dass der Abgang beim Bundesbudget von 2,2 Prozent des BIP durch einen Überschuss der Gemeinden um 0,5 auf 1,7 verbessert wird, doch das wird immer unwahrscheinlicher. Einnahmeverluste, wie zum Beispiel wegen der Getränkesteuer, werden nicht zu kompensieren sein, so dass oben erwähnte Rechnung nicht aufgeht.“ Meine Damen und Herren, das sind die Tatsachen, die diese verfehlte Politik hervorruft.

Und deswegen, meine Damen und Herren auf der rechten Seite, ersuche ich Sie wirklich, einmal Rückgrat zu zeigen, wenn es um die Belange der Gemeinden geht. Ich weiß schon, dass es leichter ist, vor der Gemeinderatswahl durch die Lande zu ziehen und sich als Bürgermeisterpartei feiern zu lassen. Stehen Sie auch nachher dazu und tun Sie etwas für die Gemeinden, tun Sie etwas für die Gemeinden, indem Sie diesem Antrag zustimmen. Das wäre der erste Punkt.

Und eine ganz spezielle Bitte an meine Freunde bei der ÖVP: Stärken Sie Ihrem Parteikollegen, dem Herrn Mödlhammer, seines Zeichens Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, den Rücken bei den kommenden Finanzverhandlungen, denn nur dann wird es möglich sein zum Wohle der Gemeinden gesunde finanzielle Politik für die Gemeinden zu betreiben. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 20.43 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dirnberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dirnberger (20.43 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Eigentlich habe ich herausgehen wollen und nur um Unterstützung ersuchen wollen im Interesse der Gemeinden, weil beim letzten Teil, da geht es wirklich um die Interessen der Gemeinden. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Ja, das sehe ich ein. Nur, Kollege Stöhrmann, ich habe dich eigentlich als sachlichen Kollegen schätzen gelernt, heute habe ich dich anders kennen gelernt. Und wenn du wirklich schon alles aufrollst, dann beginnen wir bei der eigentlichen Ursache. Und die eigentliche Ursache, dass es dieses Dilemma gibt, sind die Beitrittsverhandlungen. Da hat der liebe Herr Finanzminister Lacina verabsäumt, das in den Beitrittsvertrag hinein zu schreiben. (Abg. Stöhrmann: „Dann lies die Protokolle!“)

Der Gemeindebund hat da sehr wohl angefragt und da gibt es eine mündliche Zusage des Herrn Finanzministers Lacina, dass das eh konform ist. (Abg. Stöhrmann: „Lies die Protokolle!“)

Und das wird dazu führen, sollte der Musterprozess, den die Wirtschaftskammer und der Gemeindebund jetzt führen, tatsächlich dahin gehen, dass wirklich die Getränkesteuer rückbezahlt werden muss, was wir ja alle nicht hoffen, weil dieser depperte Satz im OGH-Entscheid „ein ähnlicher Rechtsbehelf“ ist, wie soll der ausgelegt werden, das weiß keiner so genau, dann kann nur die Folge sein, dass die Gemeinden schlussendlich wirklich den Bund klagen gehen. Das ist die Konsequenz.

Aber zur Sache selbst. Hier ist es einfach notwendig, dass man dieses Wort „einfügen“ oder „Verwendungsanspruch gemäß Paragraph 163“, weil im Paragraph 163 der LAO drinnen steht, wenn jemand Guthaben bei der Gemeinde hat – sprich die Getränkesteuer bezahlt hat –, sind allfällige andere Schuldsigkeiten dadurch zu tilgen. Da gehen dann manche her und sagen, aha, Müll, Wasser, Kanal und dergleichen, das rechnen s' mir auf, weil ich habe eh ein Guthaben. Und dieses Schlupfloch wollen wir schließen.

Ich bitte um Unterstützung, weil das ist für die Gemeinden wirklich enorm wichtig, dass die Rückzahlung nicht kommt. Es geht da nicht um 16 Milliarden, tatsächlich geht es um 12 Milliarden Schilling in ganz Österreich. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 20.46 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als Nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Hochegger, der gerade abwinkt.

Darf ich dem Kollegen Purr das Wort erteilen.

Abg. Purr (20.46 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In aller Kürze. Bitte, wenn da hier das Thema Getränkesteuerrückzahlung angeprangert wird, muss ich sagen, es war reichlich bekannt, Herr Kollege

Stöhrmann, und ich frage Sie, bitte, was hat denn Ihr Finanzminister getan in diesem Zusammenhang? (Abg. Stöhrmann: „Was hat der Herr Khol getan?“)

Doppelnull hat er getan, nämlich gar nichts. (Abg. Schleich: „Der Khol ist umgefallen!“)

Wir haben von unserer Warte aus alles getan und ich bin überzeugt davon, dass diese Sorge in diesem Zusammenhang unberechtigt ist. Denn eines steht fest, bei all dieser Thematik darf es nicht dazu kommen, dass jene davon profitieren, die am wenigsten darauf Anspruch haben. Und wie Sie selbst wissen, ist bitte die Getränkesteuer eine Konsumsteuer, die an jenem Ort zu entrichten ist, wo das Getränk konsumiert wird. Infolgedessen ist es unfeststellbar, wo die Konsumation erfolgte und ich bin überzeugt davon, dass es keinerlei Konsequenzen für die Gemeinde haben wird und haben darf.

In diesem Sinne schöne Grüße an Ihren Finanzminister Edlinger, den Sie so wohlwollend zitiert haben. (Abg. Schleich: „Du bist ein erfahrener Abgeordneter, aber tun tust du nichts!“)

Sie hätten müssen sagen, der hat auf uns alle in den anderen Bundesländern vergessen, weil der Herr Finanzminister hat primär auf seine Bundeshauptstadt Wien geschaut. Dort sind die Finanzmittel in erster Linie hingeflossen. (Allgemeine Unruhe. – Abg. Gennaro: „Was ist das für eine Schreierei?“)

Die Länder haben ein gutes Recht darauf zu verlangen was ihnen zusteht. (Beifall bei der ÖVP. – 20.48 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. (Abg. Dietrich: „Doch!“) Es liegt eine Wortmeldung vor, die Frau Abgeordnete Dietrich.

Abg. Dietrich (20.48 Uhr): Herr Kollege Stöhrmann, bei aller Wertschätzung, aber war es für Sie als Bürgermeister wirklich so neu, haben Sie wirklich nicht gewusst, dass die Getränkesteuer nicht EU-konform ist? Also schon längst vor dem Beitritt war das bei uns ein Thema und haben wir darauf hingewiesen und Sie als Regionalpolitiker haben das nicht gewusst? (Abg. Stöhrmann: „Frau Kollegin Dietrich, Sie haben ja die Abschaffung der Getränkesteuer verlangt. Ihre Partei hat die ersatzlose Streichung der Getränkesteuer wiederholt verlangt!“)

Sie haben die Spielregeln gekannt, welche Folgen ein EU-Beitritt nach sich ziehen wird. Es war Ihnen genauso bekannt wie uns. Dass es den Gemeinden jetzt so schlecht geht, diese Finanzmisere, das ist Ihr Sumpf, den Ihre Partei hinterlassen hat und den wir jetzt aufarbeiten müssen. Und da finde ich es schon eigenartig, dass gerade Sie sich als Fraktion herausstellen und Sie sich ständig aufregen. Da kann ich nur lachen dazu. (Beifall bei der FPÖ. – 20.49 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schleich.

Abg. Schleich (20.49 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Zwei Minuten muss ich mir nehmen, aber wenn man da zuhört, dann muss man glaube ich schon annehmen, der Kollege Purr, ein erfahrener Abge-

ordneter, und jetzt auf einmal schaut es so aus, als ob er von den Gemeinden überhaupt keine Ahnung hätte. Das glaube ich wirklich nicht. Also ich glaube, man sollte die Wahrheit sehen und wenn der Kollege Stöhrmann hier ganz genau aufgezeigt hat, wo die Krankheiten sind und der Kollege Purr behauptet, es hat damals der Finanzminister darauf vergessen das hineinzuschreiben, da frage ich mich wirklich, war die ÖVP damals nicht in der Regierung, ist sie Juniorpartner jetzt oder wo war sie überhaupt? Also für mich ist so viel verwunderlich, dass es unwahrscheinlich ist. Aber eines wissen wir alle. Es hat ein fertiges Paket gegeben mit der Zweckbindung und das alles wäre repariert gewesen, nur, dann ist Herr Klubobmann Khol umgefallen und auf einmal ist keiner mehr bereit gewesen das zu beschließen und zu reparieren.

Wenn man sich das heute anschaut, jetzt habt ihr natürlich in Wirklichkeit den Scherben auf, weil jetzt versucht man natürlich bei Speisen und, und diese Steuer hereinzuholen. Jetzt sind die Wirte aber auch nicht mehr glücklich, denen ihr zuerst helfen wolltet, weil ihr wisst ganz genau, dass bei den Speisen am wenigsten Spanne oben ist und dass sie damit am meisten Probleme haben und auch im Fremdenverkehr und im Tourismus. Das ist eine schwierige Sache, aber sie muss erledigt werden. Und wenn dann erfahrene Gemeindepolitiker – ich will gar nicht mehr dazu sagen – hier behaupten, dass die Gemeinden keinen Schaden davontragen werden, ihr wisst ganz genau, dass die Gemeinden auch weniger in der Tasche haben werden und wir werden uns nachher darüber unterhalten können. Es wird uns treffen und es trifft uns jetzt schon und wir haben ja einige Bürgermeister da und auch von der ÖVP und mich wundert es schon, dass ihr kein Problem habt damit, dass es jetzt keine Einnahmen gibt. Habt ihr alle Überschüsse? (Abg. Purr: „Du hast ja mehr Geld bekommen als alle anderen, du brauchst dich am wenigsten aufregen!“) Kollege Purr, deine Aussage zeigt eigentlich wieder, dass du eigentlich nichts weißt. (Abg. Purr: „Danke für deine Komplimente!“) Du tust mir leid. Weil du weißt ganz genau, dass nach Bairisch Kölldorf nicht mehr Bedarfsmittel geflossen sind – ich rede es jetzt an – nur, wir haben geschickter gearbeitet und das wollt ihr einfach nicht akzeptieren, dass manche auch wirtschaftlich etwas umsetzen können, was die ÖVP glaubt, dass sie es gepachtet hat, aber verlernt hat. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 20.52 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Nachdem sich keine Wortmeldung mehr findet, kommen wir zur Abstimmung. Darf ich Sie darauf aufmerksam machen, dass es sich hier um einen handylosen Raum handelt, wir machen uns unseren Lärm selber! Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke, einstimmige Annahme des Antrages.

24. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1440/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2000 (zweiter Bericht für das Rechnungsjahr).

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (20.52 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nachdem ich weiß, dass die Lautstärke den Inhalt nicht verändert, darf ich aus dem Finanz-Ausschuss berichten, dass in der Zeit vom 6. März bis 20. März dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 5,448.459 Schilling durch die Landesregierung genehmigt wurden. Im ordentlichen und im außerordentlichen Haushalt wurde dieser Mehraufwand durch die Bindung von Ausgabenersparungen und die Entnahme aus der Rücklage Fernseh- und Rundfunk-schilling bedeckt.

Festgestellt wird, dass sich die Mehraufwendungen, die aus Rücklagenentnahmen mit einer Gesamthöhe von 5,250.000 Schilling bedeckt wurden, negativ auf das Maastricht-Defizit auswirken.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich daher den Antrag:

Der zweite Bericht für das Rechnungsjahr 2000 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 5,448.459 Schilling wird zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. (20.54 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke der Frau Abgeordneten für ihren Bericht und bitte jene Damen und Herren, die dem Gesagten zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Bei den Tagesordnungspunkten 25 und 26 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

25. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1071/2, betreffend Verkauf des Grundstückes 504/2 der EZ. 584, KG. Innere Stadt, im Ausmaß von 131 Quadratmeter mit zwei darauf befindlichen Garagen an Christine Pichler, 8010 Graz, Ruckerlberggasse 4 zum Preis von 828.600 Schilling.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (20.54 Uhr): Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage 1071/2.

Der Steiermärkische Landtag hat in seiner Sitzung am 16. März 1999, Nr. 1169 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Verkauf des Grundstückes 504/2 der EZ. 584, KG. Innere Stadt, im Ausmaß von 131 Quadratmeter mit zwei darauf befindlichen Garagen an Helmut Pichler, 8010 Graz, Ruckerlberggasse 4 zum Preis von 828.600 Schilling wird genehmigt.“

Der Kaufvertrag konnte wegen der beabsichtigten Einräumung einer Dienstbarkeit noch nicht errichtet werden. Eine Entscheidung der Stadtgemeinde Graz muss abgewartet werden.

Mittlerweile ist Helmut Pichler verstorben. Seine Frau Christine Pichler hat mit Schreiben vom 25. Februar 2000 mitgeteilt, dass sie als Rechtsnachfolgerin das gegenständliche Grundstück erwerben möchte.

Es ist daher ein neuerlicher Beschluss des Steiermärkischen Landtages erforderlich.

Zufolge des Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung vom 27. März 2000 wird der Antrag gestellt: Der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Beschluss Nr. 1169 des Steiermärkischen Landtages vom 16. März 1999 wird reasumiert.

Zweitens: Der Verkauf des Grundstückes 504/2 der EZ. 584, KG. Innere Stadt, laut Lageplan des Dipl.-Ing. Gerhard Krajcek vom 20. Oktober 1998 um 828.600 Schilling an Christine Pichler, 8010 Graz, Ruckerlberggasse 4 wird genehmigt. (20.56 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke der Frau Berichterstatterin.

26. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1433/1, betreffend Grundeinlösung für das Bauvorhaben „Umlegung Pichling“ der L 301.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Herrmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Herrmann (20.56 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Amt der Steiermärkischen Landesregierung hat die Grund- und Objekteinlösung für das Bauvorhaben „Umlegung Pichling“ der L 301 unter sinngemäßer Anwendung des Eisenbahnteilungsgesetzes 1954 durchgeführt.

Die seitens des gerichtlich beeedeten Sachverständigen Direktor Dagobert Pantschier ermittelte Entschädigung von 3,487.433 Schilling ist angemessen und vertretbar und setzt sich wie folgt zusammen:

Grundstück-Nr. 398/1 909 Quadratmeter, Objekte sowie Nebengebäude, Pipus Hildegard, Wohnhaus, 8561 Packer Straße 156.

Da Entschädigung über das Limit von einer Million Schilling im Einzelfall zu leisten ist, ist die Genehmigung des Steiermärkischen Landtages hierfür erforderlich.

Zufolge des Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung vom 13. März 2000 wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend den Kostenbeitrag zur Grund- und Objekteinlösung Pipus Hildegard, 8561 Packer Straße 156 für das Bauvorhaben „Umlegung Pichling“ der L 301, Hitzendorfer Straße, im Betrag von 3,487.433 Schilling zu Lasten der Voranschlagsstelle 1/611203-0020 wird genehmigt. (20.58 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Herrn Berichterstatter. Das Wort hat Herr Abgeordneter Dirnberger.

Abg. Dirnberger (20.58 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Bei der Verlegung der L 301 geht es vor allem um die Kreuzung B 70–Autobahnzubringer A 2 und hier um das Anwesen der Familie Pipus, das ja schon mehrmals durch Verkehrsunfälle arg beschädigt wurde. Hier ersuche ich wirklich um Zustimmung.

Dieser Kreisverkehr soll im heurigen Jahr noch ausgebaut werden und auch die Verlegung der Straße in weiterer Folge. Beim Kreisverkehr wird auch eine Finanzierungsbeitragung der ASFINAG von 50 Prozent erfolgen.

Diese Verlegung hat auch zur Folge, dass eine Entschärfung der Kreuzung B 70, L 301 ein paar 100 Meter weiter nördlich entsteht, die auch jetzt ein Unfallhäufigkeitspunkt ist.

Man muss es eigentlich gesamt sehen. Diese Verlegung mit dem Ausbau des restlichen Teilstückes der B 70, die Abschnitte Krottendorf–Gaisfeld und Mooskirchen–Krottendorf, diese zwei Abschnitte sind jetzt zum Teil in der Planung so weit, dass sie auch realisiert werden können. Es fehlt noch die wasserrechtliche Genehmigung.

Leider haben wir in den letzten Tagen erfahren, dass 150 Millionen Schilling für den Bundesstraßenbau nicht in die Steiermark fließen. Das hat natürlich zur Folge, dass hier die Bauzeit verzögert wird. Es ist im heurigen Jahr noch keine Katastrophe, aber im Jahr 2001 würden wir dringend diese Mittel brauchen, damit hier mit dem Ausbau begonnen werden kann. Sie waren ja ursprünglich budgetiert. Auch die alte Regierung hat schon eine Streichung von 170 Millionen vorgenommen. Tatsächlich sind jetzt 150 gestrichen worden und das betrifft vorwiegend den Bundesstraßenbau. Hier kann ich nur den Landesrat Ressel ersuchen, alles daranzusetzen, in Wien auch durchzusetzen, dass diese Mittel in die Steiermark kommen, weil der Ausbau der B 70 für unseren Bezirk und für unserer Region von enormer Bedeutung ist. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 21.00 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Porta. Ich erteile es ihm.

Abg. Porta (21.00 Uhr): Sehr verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Damen und Herren!

Lieber Herr Kollege Dirnberger, ich habe heute auch in der Zeitung davon gelesen, dass da groß angekündigt worden ist, mit Ressel- und ÖVP-Stellungnahme und die Bürgermeister der Region, dass eben von Seiten des Infrastrukturministers Mittel für den Ausbau der B 70 gestrichen worden sind. Also das ist unzutreffend, das ist eine Schuldzuweisung, wenn man weiß – das hat ja die Zeitung auch herausgehoben –, dass dieses Problem jahrzehntelang schon schwelt und dass es eine unendliche Geschichte ist. Jetzt finde ich es schon sehr unverfroren, wenn man dann sagt, unser Herr Minister, der aus Graz kommt, der ehemalige Landesrat, versagt die Mittel. Man

muss auch einmal den Mut haben und sagen, woran das wirklich hängt. Es hängt ja auch an den Rechtsverfahren. Die ganzen Rechtsverfahren sind noch gar nicht abgeschlossen. Es scheitert, glaube ich, auch an Grundstücksablösen. Da kann ja der Herr Dirnberger, der Bürgermeister von Sankt Johann, eigentlich auch etwas dazu sagen. Eines habe ich auch im Gespräch von Herrn Bundesminister Michael Schmid herausgehört, das hat er uns dezidiert zugesagt, dass, sollte die rechtliche Seite abgeklärt werden, natürlich das Projekt sofort in Angriff genommen wird.

Lieber Herr Landesrat, ich erwarte mir schon ein bisschen mehr Fairness bei diesen Aussagen. Jahrzehntlang hat es einen roten, also sozialdemokratischen Verkehrsminister gegeben, der für die Straße, für die Infrastruktur zuständig war. Plötzlich, seit einigen Monaten, gibt es einen steirischen, freiheitlichen, sehr guten Bundesminister und dann wird alle Schuld auf diesen Bundesminister abgeschoben. So kann man nicht Politik machen! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 21.02 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Der Herr Landesrat hat ums Wort gebeten.

Landesrat Ing. Ressel (21.02 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es tut mir sehr leid, Herr Abgeordneter Porta, wenn es für Sie schmerzhaft ist feststellen zu müssen, dass halt das, was man in der Vergangenheit gefordert hat, jetzt, wenn man selber entscheiden kann, unter Umständen auch nicht sofort realisieren kann.

Tatsache ist, dass 150 Millionen im Bereich der Investitionen, die im Normalfall in der Größenordnung von 400 Millionen liegen, dem Land entzogen wurden, aber nicht nur der Steiermark, sondern das ist in etwa in allen Bundesländern gleich, dass wir im heurigen Jahr in der Situation sind – und ich habe mich heute noch einmal erkundigt –, dass wir im gesamten Bereich der Bundesstraßen mit Ausnahme der Schnellstraßen und der Autobahnen, denn dort gilt das, was wir mit der ASFINAG vereinbart haben, nämlich dass in den nächsten Jahren dort 13 Milliarden verbaut werden, dass wir also im gesamten Bereich der Bundesstraßen keine neuen Investitionen in diesem Jahr durchführen können, weil der verbleibende Betrag erforderlich ist für jene Vorhaben, die in der Vergangenheit begonnen wurden und jetzt fortgeführt werden.

Und wenn Sie meine Presseaussendung, die den Herrn Minister für mich in einer unverständlichen Art und Weise aufgeregt hat, sehen, dann waren dort zwei Meldungen. Ich habe das festgestellt.

Und zum Zweiten habe ich gesagt, ich hoffe, dass es uns gelingt, in den Gesprächen hier zusätzliche Mittel wieder zu bekommen. Es ist ja nicht sehr angenehm, denn Sie haben Recht bei der B 70, dass dort im Bereich des Wasserrechtes auf der einen Seite und in der Frage der Beeinspruchung durch einen Grundeigentümer auf der anderen Seite es im Moment nicht möglich wäre. Es sieht für mich aber so aus, dass wir diese Fragen wahrscheinlich bis Oktober oder November geklärt haben, wahrscheinlich – bei den Verfahren kann man das nie genau sagen –, dass wir

dann beginnen könnten. Wir haben es im heurigen Jahr unter jenen Projekten gehabt, die begonnen werden sollten und wenn, nach derzeitigem Stand, das durchgesetzt werden würde, könnten wir es nicht machen.

Ich sage Ihnen noch etwas. Wir haben Bauvorhaben im heurigen Jahr beginnen wollen – und das ist nichts Außergewöhnliches, wirklich nichts Außergewöhnliches –, die in weiterer Folge ein Bauvolumen in der Größenordnung von 900 Millionen auslösen. Es sind dies auf der B 21 Terz-Halltal, die Ortsdurchführung Halltal, B 24 Hochleiten, B 54 die Ortsdurchführung Hartberg, B 69 Weixelbaum-Unterpurkla, B 70 Krottendorf-Gaisfeld und Kreisverkehre Köflach, B 72 Liebiggasse-Hilmteichstraße, Deponiebrücke Weiz und Ortsdurchfahrt Peesen, B 73 Guggitzberg, B 74 Ortsdurchfahrt Fresing und Ortsdurchfahrt Heimschuh, B 76 Kriechspuren Johngraben und Anschluss Johngraben (Abg. Purr: „Sehr gut, sehr gut!“) Sie wissen, wie oft wir da geredet haben.

B 76 Frauental-Schweizer Höhe inklusive Lärm-schutz (Abg. Purr: „Ebenfalls sehr gut!“) und Limberg, B 77 Kreuzerhöhe, B 78 Zeltweg-Weißkirchen – alles fertig in dem Verfahren, alles fertig – und Obdach-Landesgrenze, B 115 Hubertushof, B 116 Kapfenberg-Bruck, B 146 Kreuzung Pürgschachen-Ost, B 317 Unzmarkt-Ost und Unzmarkt-Scheiflinger Ofen, B 320 Lärmschutzmaßnahmen Weissenbach und Maßnahmenkatalog Ennstal.

Das waren die Projekte, die rasch realisierbar sind, die waren besprochen mit dem Ministerium zu einem Zeitpunkt, wo der Herr Minister Schmid noch nicht Minister war, sind dann in der ersten Phase noch unter der „alten“ Bundesregierung gesperrt worden, vom Betrag her. Es hat geheißen, es wird allenfalls freigegeben. Es ist nicht freigegeben worden. Das ist eine Kürzung, die uns ganz, ganz vehement trifft und wir können das nicht anfangen. Ich kann ja nicht ausschreiben lassen, wenn die Bedeckung nicht gegeben ist. Und wir werden in dem Gespräch mit dem Herrn Minister Schmid diese Frage zu behandeln haben. Das ist kein Angriff, das sind Tatsachen.

Schauen Sie, ein Jahr wird nicht das Problem sein, meine Sorge ist ja, dass im nächsten Jahr – das befürchte ich, ich weiß es nicht – wir mit einer gleichen Kürzung zu rechnen haben und dann werden wir erhebliche Beeinträchtigungen haben, denn wenn man das für ein Jahr verschiebt, ist das Unglück nicht sehr groß, das ist nicht angenehm, aber, bitte schön, damit muss man rechnen, aber wenn das so weitergeht, dann ist das ein echtes Problem.

Ich kann Ihnen sagen, wir sind in der Instandhaltung für die Bundesstraßen – ich habe die Unterlagen jetzt nicht da – von ursprünglich zugesagten, vom Ministerium empfohlenen 226 Millionen pro Jahr sind wir jetzt auf 88 Millionen herunten, für sämtliche Bundesstraßen in der Steiermark! Was das heißt, meine sehr geehrten Damen und Herren, das werden Sie vor Ort feststellen und ich werde ja mit Interesse Ihre weiteren Beschlussfassungen im Bereich der Bundesstraßen zur Kenntnis nehmen. Aber wie man von 226 Millionen auf 88 Millionen in der Instandhaltung vorgehen soll, unabhängig welches Couleur das Infrastrukturministerium hat, das ist gewaltig schwer. Man kann immer, auch in der Instandhaltung,

etwas verschieben. (Abg. Dr. Tremmel: „Sie wissen ja, wie es entstanden ist, Herr Landesrat!“) Bitte? (Abg. Dr. Tremmel: „Sie wissen ja, wie es entstanden ist!“) Herr Kollege, ich sage Ihnen etwas. Wir sind ja nicht seit gestern in der Politik, wir wissen, jedes Budget ist schwer und es klappt halt nicht, das werden wir vielleicht noch zwei Jahre sagen können, aber dann wird man nicht einmal das mehr sagen können. (Abg. Dr. Tremmel: „Aber wenn Sie die Spuren aufzeigen, dann zeigen Sie die ganzen Spuren auf!“) Herr Kollege, ich zeige keine Spuren auf, ich zeige auf, wie sich das für uns auswirken wird. (Abg. Dr. Tremmel: „Aber wer hat es verursacht?“) Herr Kollege, diese Polemik können die Abgeordneten austragen, das tue ich mir wirklich nicht an, verstehen Sie, das tue ich mir nicht an! Ich werde ja Rede und Antwort bei den Straßen stehen müssen und das ist das Problem, von 226 auf rund 90 Millionen, also ich sage Ihnen sehr schwierig, sehr, sehr schwierig und ich rechne hier mit der Unterstützung des Landtages, die da enorm wichtig ist, dass hier argumentativ und beschlussmäßig untermauert wird, um das gegenüber Wien durchzusetzen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 21.10 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Klubobmann Peinhaupt. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Peinhaupt (21.11 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren, lieber Herr Landesrat!

Ich teile Ihre Bedenken und Ihre Sorgen um die infrastrukturelle Entwicklung der Steiermark. Ich möchte mich nicht darüber verschweigen, dass schon ein bisschen Polemik aufkommt, wenn Sie sagen, ich habe im heurigen Jahr um 150 Millionen Schilling weniger und deswegen kann ich 130 Projekte nicht machen. Wenn ich mir diese Projekte mit dem erforderlichen Kostenaufwand jetzt vor Augen führe, auch beginnend mit einer Million Schilling, Herr Landesrat, werden Sie nicht einmal ein Projekt beginnen können oder höchstens solche, die zum Scheitern verurteilt sind. Nur denke ich auch, dass Sie der einzige Landesrat, der für Verkehrssachen zuständig ist, in ganz Österreich sind, der es bis jetzt nicht der Mühe wert gefunden hat, mit einem ehemaligen Kollegen, mit dem Sie sich, so glaube ich, ja immer gut verstanden haben, Verbindung dahin gehend aufzunehmen – (Landesrat Ing. Ressel: „Herr Kollege, hören Sie mit dieser Märchenbildung auf, sonst lege ich Ihnen meinen Terminkalender vor, wann ich mit dem Minister Schmid in Wien in seinem Büro zusammengesessen bin. Das muss doch wirklich einmal ein Ende haben und morgen ist der nächste Termin!“) Nein, ich denke, dass das eine offizielle Mitteilung ist, die wir erhalten haben, dass Sie einer der wenigen sind oder der Einzige sind, der sich um die infrastrukturellen Bereiche des eigenen Bundeslandes nicht schert. (Landesrat Ing. Ressel: „Hören Sie zu, ich werde Ihnen den Termin sagen!“) Ja, ja, ich höre Ihnen schon zu. (Landesrat Ing. Ressel: „Am 16. März hat die Besprechung im Ministerbüro stattgefunden!“) Und am 16. März haben Sie eine Besprechung gehabt, in der Sie alle Bereiche, die Sie hier für die Steiermark

sicherstellen wollen, als Verhandlungsgegenstand angeführt haben. (Landesrat Ing. Ressel: „Selbstverständlich, Punkt eins, und Punkt zwei gibt es eine Reihe von Schreiben, die diesem Gespräch sowohl vorausgeschickt wurden als auch im Nachhinein und das nächste Gespräch ist vereinbart worden!“)

Ich denke nur, dann sollte Ihnen der Landtag den Auftrag dahin gehend mitgeben, das Bestmögliche für die Steiermark zu verhandeln. (Landesrat Ing. Ressel: „Das glaube ich!“) Bei der Zielgebietskulisse hat es ja nicht so gut funktioniert und manche böse Stimmen behaupten auch auf Grund mangelnden Verhandlungsgeschickes. (Landesrat Ing. Ressel: „Wer hat das verhandelt? Sie, Herr Kollege? Ich nicht!“ – Beifall bei der FPÖ. – 21.14 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Herr Abgeordneter Schrittwieser ist gemeldet und hat das Wort.

Abg. Schrittwieser (21.14 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Kollege Peinhaupt, diese Wortmeldung, ich kann es noch überhaupt nicht begreifen, dass man sich hier herstellen kann – (Abg. Ing. Peinhaupt: „Ja, das glaube ich, dass du das nicht begreifen kannst!“), dass man sich überhaupt als Klubobmann der Freiheitlichen Partei, wo man jetzt den Infrastrukturminister stellt – (Abg. Dr. Tremmel: „Herr Abgeordneter Schrittwieser, wie soll ich das begreifen, dass Sie da stehen? Ich tue mir schwer!“) Kollege, ich begreife auch vieles nicht, was Sie sagen, und vieles von dem, was Sie sagen, will ich auch gar nicht begreifen. Aber ganz etwas anderes. Es ist doch ein Witz, Kollege Peinhaupt, und wir kennen uns wirklich schon lange und irgendwo habe ich noch immer einen Kern gefunden, wo ich mir gedacht habe, naja gut, du hast auch viele Dinge gesagt, die durchaus Sinn gemacht haben und für das sitzen wir ja da. Nur, wenn du dich da herstellst und dem Landesrat Ressel sagst, er spricht nicht mit deinem Minister, wo es viele Termine gegeben hat, wo auf der anderen Seite dein Minister im Wesentlichen alle Mittel für die Steiermark kürzt, so hat er den Semmeringtunnel eingestellt, wo er da immer gestanden ist und gesagt hat, wie sehr er dafür ist. (Abg. Porta: „Das ist die Unwahrheit!“)

Er hat jetzt verkündet – hört nur zu, ich weiß, dass ihr das nicht hören wollt, aber das ist wichtig –, dass er den vierspurigen Ausbau Graz-Werndorf nicht macht, weil das ganze Geld in die Aufschließung von Wien nach Linz hineinfließt, in die Westbahn. Das heißt, alle wesentlichen Projekte – (Abg. Purr: „Das war eine Kurzschlussbehandlung!“) das sind nur die großen, lieber Freund. Alle wesentlichen Projekte, die für die Steiermark wichtig sind, hat diese Regierung und unter Führung eures Ministers Schmid – und sage ihm einen schönen Gruß, dem Michel Schmid, ich bin mit ihm auch immer gut ausgekommen –, aber alle wichtigen Projekte (Abg. Porta: „Tu genau aufpassen!“), da kommt dein Koralmtunnel genauso dazu. (Abg. Purr: „Danke dir, Schrittwieser, ich freue mich, dass du den einmal erwähnst!“) Da unterscheiden wir uns, für mich hört die Südbahn nicht in Bruck auf, sondern die geht auch noch bis zum Koralmtunnel. Wir haben ein Konzept gehabt, das von diesem Hause, wie ich glaube, getragen wurde, dass wir gesagt

haben, wir bauen die Südbahn aus, wir bauen den Semmeringtunnel. Dass er immer wieder verhindert wurde von Leuten, die nicht meiner Gesinnungsgemeinschaft angehören, wissen wir, jetzt stellen diese sogar den Bundeskanzler. Er wird nicht kommen, der Minister hat ihn zurückgestellt. Er macht nicht Graz-Werndorf, bitte das ist ein fertiges Projekt, wo wir gesagt haben, das ist wichtig auch für den Großraum Graz, dass wir das haben, dass wir den Terminal unten haben. Und ich erinnere mich, wie sich der Kollege Strassberger da hergestellt und zum Minister Klima gesagt hat, wo hat er denn den Spaten für den Spatenstich. Der Spatenstich ist in ein paar Monaten viel weiter weg, als man sich das jemals vorstellen konnte. Darum sage ich, ihr seid jetzt an der Regierung. Ich bin sehr froh darüber, dass ihr einmal zeigen könnt, was ihr könnt. (Abg. Porta: „Ihr habt nichts können!“) Aber dass die ersten Projekte und die großen Projekte, die für uns von der Infrastruktur her für die Weiterentwicklung dieses Landes, für die Arbeitsplätze, für die Beschäftigung so wichtige Projekte sind, dass Minister Schmid der Erste ist, der diese zurückstellt und sagt, sie sind zwar nicht gestorben, aber in den nächsten Jahren sind sie weg, ja da wird es ihn dann nicht mehr geben und den Semmering und die Südbahn noch immer nicht.

Aber Freunde, wir haben doch immer wieder – und das verstehe ich jetzt nicht – so viel Gemeinsamkeit gehabt beim Semmeringtunnel und bei der Koralmbahn und bei der Südbahn. Die ist jetzt weg, nur weil ihr auf einmal in der Regierung seid. Damals habt ihr es halt verhindert und jetzt macht ihr es nicht, es ist eh Wurscht. Aber das kann ich euch nicht ersparen. Und wenn ich jetzt die Mittel weiter kürze und so viele Projekte der Landesrat nicht machen kann, noch dazu bei Bundesstraßenprojekten, die fertig sind, die in der Planung und im Verfahren fertig sind und dann die Mittel dafür gekürzt werden. Dann stellst dich du da her und sagst, eigentlich ist das deswegen, weil der Landesrat nicht geschickt verhandelt hat. Das glaubt euch erstens keiner und zweitens ist das so ein, ich würde fast sagen, Unsinn und Blödsinn, dass ich es nicht begreifen kann, dass es so etwas überhaupt gibt. Ich würde euch auffordern, dass ihr euch für die fertigen Projekte, die wir haben und die für uns wichtig sind, bei der Tür des Ministers draußen anstellt – ich weiß nicht, wann ihr einen Termin bekommt, der Herr Landesrat hat schon ein paar gehabt –, dass sich die ÖVP beim Bundeskanzler und ihr bei eurem eigenen Minister anstellt und dafür eintretet, dass diese Projekte kommen, denn sie werden wichtig sein, denn nur schön reden, dass man für die Steiermark eintritt und dort etwas weiterbringt, ist zu wenig. (Abg. Dr. Lopatka: „Hast du einen Sonnenstich oder was?“) Ihr habt bis jetzt mitgetragen, dass für die Steiermark nur Nachteile gekommen sind, ob das bei der Finanzierung des Kunsthuses war ob das der Semmeringtunnel war, ob das Werndorf war oder ob das bei den EU-Förderungen war. Diese Regierung hat die Steiermark nur benachteiligt und dagegen werden wir auftreten, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ. – 21.19 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ums Wort gebeten hat der Herr Landesrat. Ich erteile es ihm.

Landesrat Ing. Ressel (21.19 Uhr): Entschuldigung, Herr Präsident, aber es schmerzt natürlich, wenn man mir unterstellt, dass die Kontakte unterblieben sind.

Am 4. Februar ist die neue Regierung gekommen. Am gleichen Tag die erste Kontaktnahme – fernschriftlich – eine Gratulation des Verkehrslandesrates an seinen ehemaligen Kollegen, den Herrn Landesrat und jetzt Bundesminister Schmid. Am 7. Februar Übermittlung des Forderungspaketes an die neue Bundesregierung im Bereich der Verkehrsinfrastruktur, Broschüre des Verkehrsgipfels zum Beispiel. Am 25. Februar Schreiben mit dem Ersuchen, den Projektstand aller für die Steiermark planungs- oder bauübertragenen Infrastrukturprojekte zu übermitteln. Der Hintergrund war die Nichtplanung zwischen Werndorf und Spielfeld durch die ÖBB. Die haben also den Planungsauftrag und tun nichts. Bis dato, meine sehr verehrten Damen und Herren, keine Antwort. Am 16. März, wie von mir erwähnt, Termin bei Herrn Bundesminister Schmid. (Abg. Dr. Tremmel: „Persönlich?“) Persönliches Gespräch, ja selbstverständlich, ich bin ja nicht mit ihm verheiratet, sondern ich arbeite mit ihm zusammen. (Abg. Dr. Tremmel: „Der Michel Schmid ist normal figuriert, Herr Landesrat!“) Das haben Sie gesagt, das habe nicht ich gesagt.

Am 16. März Übermittlung, in Absprache mit dem Herrn Minister, dass das noch einmal formuliert wird, zusätzliche Übermittlung des Forderungskataloges im Verkehrsinfrastrukturbereich nach dem Gesprächstermin. Am 4. Mai Übermittlung der Unterlagen zur Umfahrung Stainach. Am 8. Mai ein Schreiben an Herrn Minister Schmid mit dem Ersuchen, einen Aufsichtsratsbeschluss der ÖBB für die Umfahrung Stainach zu ermöglichen. Diese Ermöglichung ist nicht zustande gekommen. Der Aufsichtsrat der ÖBB hat das bis zur nächsten Sitzung verschoben, weil der Herr Minister über Stainach noch Informationen haben wollte, und zwar im Zusammenhang mit dem zweigleisigen Ausbau des Ennstales. Wir haben daraufhin informiert.

Zu diesen persönlichen, schriftlichen Kontakten gibt es natürlich eine Unmenge von Kontakten zwischen den Fachabteilungen und den zuständigen Sektionen des Ministeriums. Das brauche ich, glaube ich, nicht betonen. Das ist wahrscheinlich auch nicht im Sinne der hiesigen Behauptung gelegen. (Abg. Gennaro: „Kollege Peinhaupt, jetzt musst du dich entschuldigen!“)

Ich will also nur sagen, wir haben das getan und, wie gesagt, morgen findet das nächste Gespräch statt, wie ich glaube oder wie ich hoffe, in einer guten Atmosphäre. Vielleicht ist die eine oder andere Maßnahme in diesem Gespräch möglich zu erreichen. Hoffen wir es, werden wir sehen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 21.22 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als Nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Straßberger (21.22 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Zum Semmeringtunnel will ich eigentlich gar nichts mehr sagen, weil das grenzt ja schon an Frechheit, Siegfried, was du da heraufen von diesem Pult aus von dir gibst. (Abg. Schrittwieser: „Du musst genau sagen worüber du sprichst!“) Ich will hier gar nichts mehr sagen, das ist eine Frechheit. Du verbreitest hier die Lügen. Punkt! (Abg. Schrittwieser: „Sprichst du über den Semmering- oder den Koralmtunnel?“ – Allgemeine Unruhe.) Regt euch nicht so auf, hast ein schlechtes Gewissen? (Abg. Schrittwieser: „Was hast du durchgesetzt?“) Bleibt ruhig!

Zum Zweiten: Bundesstraßen. Herr Landesrat, okay, die Mittel sind gekürzt. Sie haben hier heute gesagt, auch in der sogenannten oder bei der „alten“ Regierung haben Sie das gemeint, nicht erst jetzt. Ich glaube, Sie als Verkehrsreferent des Landes Steiermark haben sich immens zu bemühen, um hier Abhilfe zu schaffen. Sie haben gesagt, morgen gibt es den neuen Termin.

Zum Dritten: Wir haben im Jahr 1998 hier im Landtag einen Beschluss gefasst für ein Sonderinvestitionsprogramm der steirischen Landesstraßen von 500 Millionen Schilling. 275 Millionen Schilling sind bereits geflossen, der Rest ist – 225 Millionen Schilling – noch ausständig. Ich ersuche Sie, Herr Landesrat, dass Sie zumindest bezüglich der Landesstraßen diesen Beschluss einlösen. Hier gibt es keine Ausrede auf Bundesebene. (Abg. Schrittwieser: „Tu nicht ablenken!“)

Und jetzt zum Vierten: Zum Kunsthaus. Da habe ich am Samstag Folgendes gehört, Siegfried, und jetzt halte dich an. Weißt du, was mit dem Versprechen von deinem ehemaligen Chef (Abg. Schrittwieser: „Ich habe so viele Chefs!“) in Wien, vom Klima, mit den 400 oder 450 Millionen für das Kunsthaus, weißt du, was da war? 1,1 Milliarden Schilling sind versprochene Projekte von Wittmann und Klima – die haben ja das Kulturressort gehabt – und 9 Millionen waren nur bedeckt. Nimm das zur Kenntnis. (Abg. Schrittwieser: „Ist ein Märchen, was du erzählst!“) Das ist ja ungeheuerlich. Du musst einmal dort nachschauen. Zusage ohne Bedeckung, na, das kann jeder, danke vielmals. (Beifall bei der ÖVP. – 21.25 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Herr Kollege Straßberger, ich kann nicht umhin, einen Ordnungsruf zu erteilen. Es gibt keine Lügen in diesem Haus, es kann Unwahrheiten geben. Ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen und in Zukunft darauf zu achten.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schreiner. Ich erteile es ihm. (Allgemeine Unruhe.) Darf ich die Damen und Herren nunmehr bitten, die Zwiegespräche wieder einzustellen. Am Wort ist der Abgeordnete Schreiner. (Glockenzeichen des Präsidenten.) Wir brauchen hier im Hause keine Scharfrichter, sondern wir brauchen nur Ruhe, damit der Abgeordnete Schreiner seine Wortmeldung unterbringen kann.

Abg. Ing. Schreiner (21.25 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Abgeordnete!

Ich werde versuchen, mich sehr kurz und sehr sachlich zu halten. Etwas anderes ist man von mir ja nicht gewöhnt. (Abg. Mag. Erlitz: „Es muss nicht sachlich sein, aber kurz!“)

Herr Kollege Schrittwieser, Herr Verkehrssprecher Schrittwieser, ich habe das Gefühl, dass, wenn du da rausgehst an das Rednerpult, dass du das richtig genießt, dass da 40 Milliarden mehr Schulden gemacht wurden und dass jetzt bei Investitionen gespart werden muss. Du genießt es.

Und was diese böse Bundesregierung in 102 Tagen alles an Projekten verhindert hat, das ist die Wunderwuzi-Regierung. Wenn nämlich die SPÖ- und ÖVP-Regierung in 30 Jahren, oder wie viele Jahre auch immer, nur 10 Prozent zusammengebracht hätte, was diese Regierung in 102 Tagen verhindert hat, dann wäre Österreich das Wunderland schlechthin. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Schrittwieser: „Ich habe gar nicht geglaubt, dass du so polemisch bist!“) Nein, das ist nicht Polemik, sondern das ist der Vergleich von Tatsachen.

Und nun zu vier Projekten – in gebotener Kürze. Der Herr Klubobmann Flecker hat heute am Vormittag schon gesagt, der Herr Bundesminister Schmid betreibt Piraterie, weil er das Geld vom Semmeringbasistunnel umleitet zur Westbahn. Wörtliche Aussage.

Ich möchte das folgendermaßen relativieren: Erstens, der Semmeringbasistunnel wurde von Schmid nicht eingestellt, er war eingestellt. Aber auf Grund einer enorm schlaun Vorgehensweise und enorm schlaun konzipierter Baumaßnahmen findet zurzeit noch eine Wasserhaltung statt, die jedes Monat 1,5 Millionen Schilling kostet, weil nämlich auf Grund enorm schlaun Maßnahmen, die der Verkehrsminister – zuerst Klima, dann danach Einem, so viel ich weiß – zu verantworten hat, ein Tunnel ausgeführt wurde bis zur Landesgrenze im fallenden Vortrieb. Im fallenden Vortrieb baut man Tunnels nicht, weil erstens einmal das Gestein relativ schwer zu transportieren ist. (Abg. Schrittwieser: „Das hat die Bau-firma gemacht, und nicht der Minister!“) Nein, das ist Planung. Herr Kollege, Herr Verkehrssprecher, es gibt Firmen, die nehmen einen Plan, schauen den Plan an und versuchen wirklich, nach diesem Plan zu bauen. (Abg. Schrittwieser: „Den hat aber nicht der Minister gemacht!“) Das ist beim Semmeringbasistunnel tatsächlich gelungen, deswegen fallender Vortrieb. Der fallende Vortrieb hat den Nachteil, erstens dass man das Ausbruchmaterial schwerer herausbringen kann, Punkt eins. Punkt zwei fließt dann das Wasser nicht heraus, komischerweise! Und das kostet jetzt komischerweise viel Geld. (Abg. Schrittwieser: „Du bist Experte. Du wirst doch nicht glauben, dass Klima gezeichnet hat!“)

Und da bin ich schon fast wieder in den Fußstapfen des Herrn Hagenauer, der immer sagt, alles Schweinerei, alles Betrug, alles Korruption, Bau-firma böse. Weil ich weiß noch, es wurde der Semmeringbasistunnel, dieser Probestollen dafür angeboten zirka um 400 Millionen Schilling und inzwischen belaufen sich die Baukosten auf über eine Milliarde, hirnlos – sage ich jetzt – verbuddelt worden, weil es gibt nämlich niemanden, der sagen kann, dass jemals der Semmeringbasistunnel, von der Rechtslage her gesehen, wirklich fertig gebaut werden kann. Das ist die Tatsache. Und jetzt kommt ein Bundesminister, der zufälligerweise und außergewöhnlicher Weise von dem Geschäft etwas versteht und das ist man in Wien über-

haupt nicht gewohnt und sagt, diesen Blödsinn bauen wir nicht mehr weiter. Na, wo ist das Problem? Wenn wir diese 1,5 Milliarden Schilling, die im Semmering verbuddelt worden sind, planlos und hirnlos, nehmen, dann können wir damit 100.000 Kreisverkehre bauen und alle diese Maßnahmen beginnen, die der Herr Landesrat Ressel jetzt moniert, dass er nicht beginnen kann. Und zwar deswegen nicht beginnen kann, weil Ihre Vorgänger in Wien ein herrliches 40-Milliarden-Schilling-Loch hinterlassen haben. Das ist Sache, ohne Polemik, ganz einfach, sonst gar nichts. (Beifall bei der FPÖ.)

Punkt zwei, Koralm-tunnel, großes Geschrei. Landesrat Ressel, Finanzreferent und Herr Landesrat Paierl, das kann nicht sein, es wird nach Werndorf nicht vierspurig ausgebaut. Wenn man nachdenkt und eine Milchmädchenrechnung macht, dann wird man draufkommen, dass man den vierspurigen Ausbau nach Werndorf, momentan haben wir ein Gleis da hinunter, jedenfalls von Kalsdorf weg, nur dann braucht, wenn irgendwo diese Züge auch weiterfahren können. Nachdem wir sie ja nicht umladen auf Lkw nach Spielfeld oder nach Klagenfurt, werden wir Schienen brauchen. Herr Kollege Schrittwieser, Verkehrssprecher, wir brauchen Schienen, Schienen! (Abg. Schrittwieser: „Aber überall!“) Die müssen wir legen und beim Koralm-tunnel durch den Berg durchlegen. Und da gibt es einen Vorstand in der HLAG, der ist Ihnen parteinahe, der heißt Brenner. Dieser Vorstand hat vor drei Jahren erklärt, schlüssig erklärt, um den Koralm-tunnel bauen zu können – ich habe mich offensichtlich einmal versprochen –, braucht man von jetzt ab bei politischem Willen 27 Jahre. Drei Jahre sind vergangen, bleiben noch 24. Bitte sagen Sie mir, wozu wir jetzt einen vierspurigen Ausbau brauchen nach Werndorf, wenn frühestens in 20 Jahren der Koralm-tunnel fertig ist. Erklären Sie mir das. (Abg. Schrittwieser: „Du meinst die Südostspange, aber nicht den Koralm-tunnel!“) Der Koralm-tunnel, Brenner-Aussage. Es waren sogar Kollegen von Ihrer Fraktion dabei. (Abg. Schrittwieser: „Für die Südostspange brauche ich 25 Jahre, aber nicht für den Koralm-tunnel. Das brauche ich dir nicht sagen, du bist Experte!“) Es gibt niemanden, der sagen wird, dass man bei günstigstem Verlauf unter 20 Jahren von jetzt ab gesehen den Koralm-tunnel fertigbringen wird. Den gibt es nicht, den werden Sie nicht finden.

Dann gehen wir noch zu zwei Strecken. Fürchterliches Geschrei in Österreich. Es geht wieder um die Westbahn. Schmid gibt das Geld für die Westbahn aus, Wien-Sankt Pölten. Ist erstens einmal logisch, zweitens genehmigt, drittens baubar. Um die Westbahn zu bauen braucht man zehn Jahre. Um in zehn Jahren diese Westbahn zu bauen, hat man aber Zeit, in der Zwischenzeit etwas anderes zu tun, muss es aber nicht. Jetzt passiert Folgendes, dass beim Lainzer Tunnel die im baulich sensiblen Bereichen zu führenden Anschlussstrecken auf der West- und Südseite tatsächlich schon ausgeführt werden, aber das Kernstück des Tunnels bleibt ungefähr sechs, sieben, acht Jahre zurück, weil man das auch noch später bauen kann und auch zu einem späteren Zeitpunkt noch gleichzeitig mit dem Fertigwerden der Westbahn diese Tunnelstrecke eröffnet ist. Das sind absolut technisch fundierte, sinnvolle Maßnahmen. Natürlich kann man politisch dagegen sein.

Aber noch einmal, das ist offensichtlich ein Riesenproblem, dass einmal ein Infrastrukturminister in Wien sitzt, nachdenkt, Dinge entscheidet, befindet. Mit dem kann man offensichtlich nicht umgehen. (Abg. Schrittwieser: „Baustopp heißt, noch zehn Jahre später. Er hat gesagt, das lassen wir einmal liegen. Er hat nicht die Interessen der Steiermark vertreten!“ – Abg. Dr. Tremmel: „Er macht nicht den Baustopp, fix noch einmal, ist ja eh erklärt worden!“)

Herr Kollege Schrittwieser, ich werde versuchen, das noch einmal zu erklären. Herr Kollege Schrittwieser, ich erkläre es dir ganz einfach, dass du es auch verstehst. Ich versuche es. Weißt du, warum die Politiker im vergangenen Jahrhundert so verantwortungslos waren und keine Autobahnen gebaut haben? Weil es noch keine Autos gegeben hat. Und deswegen braucht man jetzt auch keine vier Geleise bis nach Werndorf, weil es dort keine Züge gibt, die dort irgendwohin weiterfahren können. Die gibt es nicht. (Abg. Schrittwieser: „Wenn ich alles einstelle, dann brauche ich das auch nicht, aber er soll das bauen. Man muss einmal die Infrastruktur herstellen!“) Herr Kollege Schrittwieser, es gibt Verfahrenslängen und die dauern eben so lange und deshalb hat man furchtbar viel Zeit, das Kernstück des Lainzer Tunnels zu bauen, wir haben furchtbar viel Zeit wieder beim Semmeringbasistunnel wieder zu beginnen und wir haben furchtbar viel Zeit, Werndorf vierspurig auszubauen, weil dazu brauchen wir die Koralm.

Und noch einmal, es ist ein Problem, wenn man nur einen Minister hat, der mit den Dingen, mit der Sache umgehen kann. Und es ist ein Riesenproblem erkennen zu müssen, dass man es in 102 Tagen nicht so falsch machen kann, wie es Ihre Regierung in 30 Jahren geschafft hat. (Beifall bei der FPÖ. – 21.35 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Es lag keine Wortmeldung mehr vor, zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hagenauer. Ich erteile es ihm.

Abg. Hagenauer (21.35 Uhr): Eine kleine Anmerkung sei mir doch noch gestattet zum Thema Semmeringbasistunnel, Koralmbahn und Co. Halten wir fest, Herr Bundesminister Schmid hat anlässlich der von ihm verfügten Einstellung der Arbeiten am Semmeringtunnel, der Umschichtung der Finanzierungsmittel gesagt, dass sich Herr Landeshauptmann Pröll die Vorstellung, dass diese Mittel auf die Westbahn umgeschichtet werden können, in die Haare schmieren könne. (Abg. Gennaro: „Dabei hat er gar keine!“) Die Formulierung war deftig genug, dass wir uns alle daran erinnern können. Was ist denn passiert? Fangen wir am Anfang an. Wo sind denn diese Semmeringmilliarden geblieben, wo es geheißsen hat, die kommen in den Süden Österreichs? Wo sind denn die? Auch eine Schmid-Äußerung. Wo sind denn die?

Zweite Geschichte. Wenn Herr Bundesminister Schmid den Herrn Landeshauptmann Pröll mit seinen eigenen Waffen geschlagen hätte und gesagt hätte, okay, lieber Pröll, du verbindest dein persönliches Schicksal mit dem Semmeringbasistunnel, dann nimm zur Kenntnis, ich schlage dich mit deinen eigenen

Waffen, du kannst dir den Ausbau der Westbahn in die Haare schmieren oder wir reden Klartext und handeln das dort ab, wo es nämlich abzuhandeln ist, wie Herr Landeshauptmann Pröll das selber richtig sagt, nämlich auf der persönlichen politischen Ebene. Es gibt für den Ausbau der Westbahn keine Mittel, solange auch nicht das grüne Licht für den Semmeringbasistunnel kommt. Was hätte ihn daran gehindert? Ich frage Sie, was? Ist nicht passiert. Semmeringbasistunnel ist keine Rechtsfrage, wie wir alle wissen, das ist ein Politikum. Frau Landeshauptfrau ist der Meinung, das ist eine Rechtsfrage, weil politisch das nicht durchsetzbar war. Das wollte ich nur der Vollständigkeit halber hier sagen, damit die Äußerungen vom Herrn Abgeordneten Schreiner nicht unkommentiert im Raum bleiben. Ich will allerdings dem Herrn Bundesminister Schmid eines zugute halten, was er nicht zu verantworten hat und was jetzt indirekt aus meiner Wortmeldung hervorgeht, ist das, dass es im Süden Österreichs gar keine Bahnprojekte gibt, die man ausbauen konnte. Das fällt nicht unbedingt und wenn, dann nur zu einem ganz geringen Teil, zu einem vernachlässigbaren Teil in seine Verantwortung. Der Umstand, dass es im Süden Österreichs und in der Steiermark gar keine Bahnprojekte gibt, dass man den Koralmtunnel, den Tunnel, der am längsten braucht, nicht zuerst geplant und genehmigen hat lassen, das hat vorrangig jemand anderer zu verantworten, zum Beispiel die ehemalige Verkehrsreferentin und amtierende Landeshauptfrau.

Und ein zweites Problem haben wir schon auch noch, der Vollständigkeit halber, dass diese Bundesregierung die Mittel für den Bahnausbau insgesamt gekürzt hat. Damit das auch in der leidenschaftlichen Debatte nicht ganz untergeht und für das Protokoll sage ich das noch dazu. Die Regierung hat die Mittel für den Bahnausbau nicht aufgestockt, was an sich sinnvoll gewesen wäre angesichts des enormen Nachholbedarfs, den wir seit 1945 haben, aber nicht nur angesichts des Nachholbedarfs, sondern auch angesichts des Umstandes – jeder von Ihnen weiß das, da braucht man kein Verkehrsexperte sein –, dass im ganzen übrigen, vor allem westlich gelegenen Europa bereits viele 1000 Kilometer von Hochleistungsbahnen errichtet und in Bau sind und das eine Infrastruktur ist, von der die EU selber sagt, in ihrem Weißbuch, das wird das Rückgrat sein des Funktionierens einer Wirtschaft der Europäischen Union. Die EU macht sich keine Illusionen, dass man den Wettlauf mit dem Stau auf den Straßen gewinnen kann. Lesen Sie einmal das Weißbuch. Das waren keine Grünen, die das geschrieben haben.

Dass bei uns dort oder da auf der Straße noch etwas geht, das liegt an unserer Randlage. Das soll uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das zukünftige Schlüsselement, der zukünftige zentrale Standortfaktor, der wirklich in Europa eine Rolle spielt, ein schienengebundenes Verkehrssystem ist, hauptsächlich also Containerverkehr mit einer enormen Pünktlichkeit. Kleine Anmerkung auch von mir: Der Verkehrsminister der Schweiz hat vor kurzem gesagt: „Kann er die Pünktlichkeit von Zügen garantieren, kann er über Nacht das Verkehrsaufkommen auf der Schiene verdoppeln.“ Das ist damit gemeint.

Und jetzt schauen wir uns an die Bahnverbindungen von Graz über Bischofshofen nach Deutschland oder über Linz nach Deutschland. Geschwindigkeit keine 50 Kilometer, und das dann auch noch nicht einmal verlässlich. (Abg. Purr: „Versäumt!“)

Vor dem Hintergrund, bitte schön, diese Debatte zu betrachten. So viel einerseits zur Entlastung des Herrn Bundesministers, andererseits natürlich zur Belastung dieser Bundesregierung und auch des Herrn Ministers Schmid, dass er in der Situation hergeht und etwas Richtiges macht, dass er sagt, wir bauen die Westbahn durchgängig fertig, weil von einem Fleckerlteppich hat niemand etwas. (Abg. Purr: „Schwierig. Bin ich ganz deiner Meinung!“) Keine Frage. Die österreichische Praxis mit dem Stop and Go hat noch nie etwas gebracht und ist vollkommen richtig, aber der Vorwurf, und damit höre ich auf, der Vorwurf ist natürlich zu erheben aus demselben Grund und umso ernster, dass man die Mittel nur für den Ausbau der Westbahn auf die Beine stellt und gleichzeitig sagt, die Südbahn – ich habe das heute Vormittag schon einmal erwähnt –, die kommt dann, wenn der Bedarf gegeben ist, eine gefährliche Drohung, weil auf der Südbahn wird nie bei dem Zustand, wie sie sich jetzt befindet, jemals irgendein Verkehr oder eine Nachfrage vorhanden sein. (Beifall bei der SPÖ. – 21.43 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nunmehr nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1072/1, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichtstatters zur Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1433/1, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Bei den Tagesordnungspunkten 27 bis 29 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

27. Bericht des Ausschusses für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung über den Antrag, Einl.-Zahl 1426/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Tasch und Dr. Flecker, betreffend B 145, Lawingalerie Klachau-Multerecklawine.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (21.44 Uhr): Der Bericht zum Tagesordnungspunkt 27. Der Ausschuss für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung hat in seiner

30. Sitzung am Dienstag, dem 9. Mai 2000 über den Antrag, Einl.-Zahl 1426/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Tasch und Dr. Flecker, betreffend B 145, Lawingalerie Klachau-Multerecklawine, beraten, die Notwendigkeit festgestellt und diesen Antrag einstimmig zur Kenntnis genommen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, für eine Verlängerung der an der B 145 bestehenden Lawingalerie von Klachau bis zur großen Grimmbachbrücke (zirka 100 Meter südwärts) einzutreten. Ich bitte um Annahme dieses Antrages! (21.44 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

28. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1368/1, der Abgeordneten Wiedner, Schinnerl und Ing. Schreiner, betreffend „Fuchswirt-Kreuzung“.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Schreiner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Schreiner (21.45 Uhr): Hoher Landtag!

Der Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur hat getagt und in seinen Sitzungen am 1. Februar und 9. Mai 2000 über den Antrag der freiheitlichen Abgeordneten, betreffend „Fuchswirt-Kreuzung“, beraten.

Der Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur stellt daher auf Grund dieser Beratungen den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1368/1, der Abgeordneten Wiedner, Schinnerl und Schreiner, der Ihnen vorliegt, betreffend „Fuchswirt-Kreuzung“, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme! (21.45 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

29. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1310/1, der Abgeordneten Straßberger und Ing. Löcker, betreffend Weiterführung und vollständiger Ausbau des Radweges von Bruck an der Mur zum Grünen See.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (21.45 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich bringe den Mündlichen Bericht Nr. 351:

Der Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 11. Jänner 2000 und am 9. Mai 2000 über den Antrag, Einl.-Zahl 1310/1, der Abgeordneten Straßberger und Ing. Löcker, betreffend Weiterführung und vollständiger Ausbau des Radweges von Bruck an der Mur zum Grünen See, beraten.

Zum Netzschluss sind noch 8,3 Kilometer an straßenbegleitendem Radweg entlang der L 111, Tragösser Straße, und 2,6 Kilometer abseits der Landesstraße auszubauen. Die dafür geschätzten Errichtungskosten betragen rund 20 Millionen Schilling, wobei unter Berücksichtigung der geltenden Kostentragungsrichtlinien die anteiligen Kosten zwischen dem Land und den betroffenen Gemeinden zu je 50 Prozent zu tragen sind.

Entsprechend den für das Jahr 2000 bereitgestellten Kreditmitteln in der Höhe von 4 Millionen Schilling ist für den R 41, Lamingtalradweg, der Lückenschluss des 2,6 Kilometer langen Abschnittes Sankt Katharein-Unterort vorgesehen. Der weitere Ausbau des R 41, Lamingtalradweg, wird in den nächsten Jahren sukzessive erfolgen.

Der Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1310/1, der Abgeordneten Straßberger und Ing. Löcker, betreffend Weiterführung und vollständiger Ausbau des Radweges von Bruck an der Mur zum Grünen See, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme! (21.47 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tasch. Ich erteile es ihm.

Abg. Tasch (21.47 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte Präsident Vesko und Kollegen Flecker danken, dass sie den Antrag über die Verlängerung der Lawinengalerie in Klachau-Multreck gestellt haben. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Faktor.

Bereits im Jahr 1974, wie die Grundablöse war, und im Jahr 1978, wie die Straße von Trautenfels bis Bad Aussee eröffnet wurde, wurde von den Einheimischen in Untergrimming gewarnt, dass diese Straße nicht lawinensicher ist. Es wurde aber von den so genannten Experten nicht zur Kenntnis genommen.

Im Jahr 1988 ist dann eine Lawine mit 300 Meter über die Straße drübergerumpelt und es hat einen Autofahrer erwischt, der unwahrscheinliches Glück gehabt hat, dass er mit dem Leben davongekommen ist. Gott sei Dank ist ein Autobus, in dem 50 Insassen waren, Minuten vor der Lawine die Straße runtergefahren.

Und auf Grund der Lawine im Jahr 1988 ist dann die Galerie im Jahre 1993 gebaut worden. Dort sind wieder Bedenken geäußert worden, dass die Lawinengalerie unter Umständen zu kurz ist. Aber auf Grund des Abganges der Lawine im Jahre 1988 hat man das vermessen und ist der Meinung gewesen, die Länge der jetzigen Galerie sei ausreichend. Es hat voriges Jahr im Jahre 1999 wieder eine Lawine gegeben und auch dort haben wir großes Glück gehabt, es ist eine Staublawine über die Straße, einen 40-jährigen Bestand, gegangen und hat auch 100-jährige Bäume rasiert, so als ob sie nie dagestanden wären. Mein Hausarzt hat mir gesagt, kein Mensch hätte, wäre er dort gefahren, diesen Druck überlebt. Der Luftdruck

hätte ihm sicherlich die Lungen zerrissen und er wäre dem Tod sicherlich nicht entronnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, als Bürgermeister dieses Stückes der Gemeinde Pürgg-Trautenfels, wo die Galerie besteht, bin ich Vorsitzender der Lawinenkommission und ich kann nur sagen, dass das eine unwahrscheinliche und riesige Verantwortung ist und ich möchte meinen Kommissionsmitgliedern, von denen zwei jetzt ausgezeichnet wurden für 25-jährige Zugehörigkeit zur Lawinenkommission, ganz herzlich danken. Ich glaube, ein Kommissionsmitglied muss nicht nur Rückgrat und Ruhe beweisen, sondern muss auch unwahrscheinliche Geduld beweisen.

Wenn ich Ihnen nur ein Beispiel erzählen darf. Beim Kulmfliegen im Jahr 2000 ist ein unwahrscheinlich schlechtes Wetter gewesen, starkes Schneetreiben, Sturmböen, so dass wir auf den Grimminggipfel nicht hinaufsehen konnten. Es hat ungefähr pro Tag 50 Anrufe gegeben, ob die Straße offen bleibt oder ob sie gesperrt wird. Wir hatten keine Möglichkeit, mit einem Hubschrauber auf den Grimming hinaufzufliegen, um Schneemessungen durchzuführen und Windverfrachtungen zu sehen, sondern wir mussten auf gut Glück eben sperren oder nicht sperren. Ich kann euch nur sagen, dass diese Großveranstaltung abgesagt hätte werden müssen, hätten wir die Straße sperren müssen. Wir haben also einiges riskiert und haben auf Grund dieser Großveranstaltung und auch auf Grund der Einsicht der Lawinenkommission, die geglaubt hat, dass der Schneefall nicht so kräftig ist, es riskiert diese Straße nicht zu sperren. Es ist eine unwahrscheinlich große Verantwortung und es ist leider Gottes auch so, dass das Stimulierungsgutachten von Innsbruck, von der Wildbachverbauung bereits vor zwei Jahren in Auftrag gegeben wurde und noch nicht fertig ist. Es ist schade, dass solche Aufträge, solche Gutachten so lange dauern, weil ich glaube, es wäre höchste Zeit, diese Galerie zu verlängern.

In diesem Sinne darf ich euch bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben und ich hoffe, dass dieses Gutachten sehr bald fertig ist, um die Sicherheit auf dieser Straße für die Menschen zu gewährleisten. Es ist ein Tourismusproblem und es ist ein starkes wirtschaftliches Problem, weil wenn wir diese Straße sperren, dann können nicht nur die Bauern von Hinterberg die Milch nicht in die Molkerei bringen, sondern es ist der Tourismuswechsel nicht möglich, die wirtschaftliche Zubringung nicht möglich, darum ist, glaube ich, Gefahr in Verzug und diese Verlängerung der Galerie dringend notwendig. In diesem Sinne ein herzliches Danke für die Unterstützung. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 21.53 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schreiner. Ich erteile es ihm. (Abg. Gennaro: „Kurz!“)

Abg. Ing. Schreiner (21.53 Uhr): Herr Kollege, man muss Straßensänger sein, wenn man dafür zuständig ist und die Thematik versteht, so glaube ich.

Zu den zwei letzten Sätzen des Mündlichen Berichtes zum Tagesordnungspunkt Nr. 28, der vorletzte Satz heißt folgendermaßen: „Nach der derzeitigen Budgetlage ist eine Bedeckung im Jahre 2000 nicht

möglich.“ Und der letzte Satz heißt: „Seitens der Landesregierung wird trotzdem angestrebt, eine finanzielle Bedeckung zu finden.“ Und jetzt wollen wir im Widerspruch zum letzten Satz und um den Herrn Landesrat Ressel zu unterstützen, einen Unselbstständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraf 51 der Geschäftsordnung einbringen, und zwar der Abgeordneten Schreiner und Wiedner, wir sprechen hier über die Fuchswirt-Kreuzung und da steht jetzt drinnen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, auf Grund der besonderen Gefährlichkeit die Errichtung eines Kreisverkehrs bei der Fuchswirt-Kreuzung in Deutschlandsberg so rasch wie möglich in Angriff zu nehmen, damit dieser neuralgische Verkehrsknotenpunkt entschärft wird. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der FPÖ. – 21.54 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Straßberger. (Abg. Gennaro: „Geh, Straßi, mach kein Theater, jetzt hast du eh im Ausschuss so lange geredet. Es ist ja keiner mehr da!“)

Abg. Straßberger (21.54 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren!

Nachmittag redet ihr und am Abend reden dann wir, Punkt, so ist es Kurtl. (Abg. Gennaro: „Morgen lese ich in der „Steirerpost“, was du heute gesagt hast!“)

Ich darf zum Tagesordnungspunkt 29 ganz kurz Stellung nehmen, und zwar geht es da um den Radweg von Bruck nach Tragöß zum Grünen See. Wir wissen, dass das ein hervorragendes Ausflugsziel für viele Familien im Müürztal ist. Und es ist schon sehr verwunderlich, es schaut fast aus – es wäre dort ein Lückenschluss zu machen –, wenn ein diesbezüglicher Antrag von der steirischen Volkspartei kommt, dann muss man von der Seite der Sozialistischen Fraktion generell einmal dagegen sein. Das sage ich auch ganz offen. Denn wir haben in unserem Antrag nichts anderes gefordert oder um nichts anderes ersucht, umgehend den vollständigen Ausbau dieses Radweges zu bewerkstelligen.

Auf der zweiten Seite ist dann wieder eine Regierungsvorlage beziehungsweise eine Stellungnahme der Regierung mit fast demselben Antrag und letztendlich wissen wir genau, dass wir im vorletzten Absatz diesen Lückenschluss nicht auf einmal machen können, sondern dass der sukzessive zu machen ist. Aber das braucht uns niemand zu sagen, wir wissen, dass die finanziellen Mittel hier begrenzt sind, darum finde ich es schon sehr verwunderlich, dass zum Einen durch die Stellungnahme der Regierung eine Verzögerung von sechs Monaten, glaube ich zumindest, hier stattgefunden hat und dass man grundsätzlich für solche Projekte, die vielleicht der zuständige Abgeordnete im Bezirk übersehen hat und andere sich hier bemühen, dass man die einfach verhindern oder blockieren will. Ich verstehe das nicht und ich darf ganz offen sagen, meine Fraktion wird diesem Ausschussantrag nicht zustimmen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 21.56 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke, es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Berichterstatters zum Punkt 27, Klachau-Multereck, Lawingalerie, die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Wer dem Bericht des Abgeordneten Schreiner bezüglich der Fuchswirt-Kreuzung zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Wer dem Bericht des Abgeordneten Straßberger zum Radweg zum Grünen See zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Wir haben noch einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Porta, Schreiner, Wiedner, betreffend die Fuchswirt-Kreuzung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Bei den Tagesordnungspunkten 30 und 31 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

30. Bericht des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 1470/1, über den Landesrechnungshofbericht Nr. 89, betreffend die Überprüfung der Hauser Kaibling Seilbahn- und Liftges.m.b.H. & Co. KG.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tasch (21.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Kontroll-Ausschuss hat in seinen Sitzungen am 9. November 1999, 28. März 2000 und am 9. Mai 2000 über den Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 89, betreffend die Überprüfung der Hauser Kaibling Seilbahn- und Liftges.m.b.H. & Co. KG., Einl.-Zahl 1470/1, beraten und nachstehenden Beschluss gefasst:

Der Kontroll-Ausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 89, betreffend die Überprüfung der Hauser Kaibling Seilbahn- und Liftges.m.b.H. & Co. KG., wird zur Kenntnis genommen. (21.59 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Berichterstatter.

31. Bericht des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 1471/1, über den Landesrechnungshofbericht Nr. 102, betreffend die Überprüfung der Hauser Kaibling Betriebsges.m.b.H. & Co. KG.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Günther Prutsch (21.59 Uhr): Meine Damen und Herren!

Der Kontroll-Ausschuss hat in seinen Sitzungen am 28. März 2000 und am 9. Mai 2000 über den Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 102, betreffend die Überprüfung der Hauser Kaibling Betriebsges.m.b.H. & Co. KG., Einl.-Zahl 1471/11, beraten und nachstehenden Beschluss gefasst:

Der Kontroll-Ausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 102, betreffend die Überprüfung der Hauser Kaibling Betriebsges.m.b.H. & Co. KG., wird zur Kenntnis genommen. (22.00 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Wir kommen zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 30, den der Abgeordnete Tasch soeben vorgetragen hat.

Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir stimmen auch ab den Tagesordnungspunkt 31, ebenfalls zum Hauser Kaibling, und ich bitte um Ihre Zustimmung. Gegenprobe.

Auch das ist einstimmig angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten 32 und 33 gibt es ebenfalls einen inneren sachlichen Zusammenhang, selbe Prozedur. Wenn Sie damit einverstanden sind, dass wir gemeinsam besprechen und separat abstimmen, bitte ich um ein Handzeichen.

Danke, das ist die Annahme.

32. Bericht des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 1378/1, über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes Steiermark, Verwaltungsjahr 1998.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Brunner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Brunner (21.01 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich erstatte folgenden Bericht:

Der Kontroll-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 9. Mai 2000 über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes Steiermark, Verwaltungsjahr 1998, Einl.-Zahl 1378/1, beraten und nachstehenden Beschluss gefasst:

Der Kontroll-Ausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes Steiermark, Verwaltungsjahr 1998, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme dieses Antrages! (22.01 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

33. Bericht des Kontroll-Ausschusses, Einl.-Zahl 1376/1, über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Konsolidierungspakte im Land Steiermark sowie in den Gemeinden Graz, Kapfenberg und Leoben.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (22.01 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bringe den Mündlichen Bericht Nr. 353.

Der Kontroll-Ausschuss hat in seiner Sitzung am 9. Mai 2000 über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Konsolidierungspakte im Land Steiermark sowie in den Gemeinden Graz, Kapfenberg und Leoben, Einl.-Zahl 1376/1, umfassend beraten – er liegt Ihnen allen vor – und nachstehenden Beschluss gefasst:

Der Kontroll-Ausschuss stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Konsolidierungspakte im Land Steiermark sowie in den Gemeinden Graz, Kapfenberg und Leoben wird zur Kenntnis genommen. (22.01 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke der Frau Berichterstatterin.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1387/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1376/1 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen, kommen Sie gut nach Hause. (Ende der Sitzung: 22.03 Uhr.)